

# DER KAMPF

Jahrgang 2

1. Juli 1909

10. Heft

## Fritz Austerlitz: Das Intermezzo Bienenrth

Der ragende Bau der Beckschen Pyramide, die auf breitester Basis ruhen wollte, ist zusammengestürzt, und statt der mittleren Linie, die noch vor Jahr und Tag der Fetisch der österreichischen Regierungskunst war, der mit gläubiger Demut verehrt wurde, sehen wir das Abgeordnetenhaus in die zwei Heerlager der Regierungs- und der Oppositionsparteien geteilt. Und der Szenenwechsel hat sich mit einer geradezu verblüffenden Gründlichkeit vollzogen. Die Idee des Beckschen Regierens war, wenngleich mehr Vorstellung als Wille, das Regieren mit allen und für alle; aber in der bewussten Anziehung von Parteien durch Abstossung von Parteien besteht Bienenrths Regierungssystem. Beck verfügte über Zweidrittelmehrheiten und hatte doch keine Mehrheit; die Mehrheit Bienenrths ist um so treuer, je knapper sie ist. Becks Parteien stimmten höchstens für seine Vorlagen, aber ihr Mann war er nicht; die Bienenrthsche Mehrheit lässt wohl die Vorlagen, aber nie den Mann im Stich. Und vor allem und über alles der Unterschied der Menschen selbst! Nach dem übergeschäftigten, unermüdlichen Beck, den jeder Tag ein verlorener dünkte, an dem er nicht eine Krise „löste“, der bis zum Spotte rastlos unterhandelte, beschwichtigte, ausglich, nach diesem Ministerpräsidenten, der die Ressortminister zu Handlangern degradierte, und wie alle Macht, so auch alle Arbeit in seiner Person konzentrierte, nun der Herr v. Bienenrth, der Virtuose der Gelassenheit, der aus der Not seiner Persönlichkeit die höchste politische Tugend macht, der sich die Zurückhaltung als Prinzip erkoren, weil die Führung ihm unerreichbar, der beschaulich zusieht und beruhigt wartet, und der ohne Anstrengung doch fast sicherer ans Ziel gelangt als der findige Beck, der sich in Mühsal verzehrte — in dem Unterschied der Menschen muss sich auch eine tiefgreifende Veränderung der Auffassungen bergen. Wie mag es wohl gekommen sein, dass die Methode Beck, die einstmals und vor gar nicht langer Zeit, als die unentbehrliche erschien, nun durch die entgegengesetzte verdrängt werden konnte? Und dass sich die unentbehrliche so rasch überleben musste und die als unmöglich erkannte möglich ward und als die notwendige begriffen wird? Das möchte man gern verstehen.

Was ist die Regierungspolitik in Oesterreich? Das, was Regieren heisst und sein soll, ist sie schon längst nicht mehr, wenn sie es überhaupt jemals war: nämlich die planmässige organische Fortentwicklung von Staat und Volk, die durch Gesetzgebung und Verwaltung bewusst angestrebt und herbeigeführt wird. Weit mehr als es nützlich und erträglich, ist das österreichische Regieren, soweit es das Verhältnis der Regierung zum Parlament betrifft, heute Technik und Taktik; die Kunst besteht darin, durch das Gestrüpp der nationalen Forderungen, die im Grunde den Krieg gegen den Staat bedeuten, so gut als möglich durchzukommen, aus dem Wirrsal der Parteien für den Staat das zu retten, was ihm eben unumgänglich nötig ist. Deswegen rangieren die Regierungen schon lange nicht mehr nach ihren Absichten und Vorsätzen, in denen sie sich ja so ziemlich gleichen; weit mehr nach der Geschicklichkeit, mit der sie das Kunststück treffen oder nicht treffen, den widerspenstigen Parteien und dem undisciplinierten Hause das abzugewinnen, was der Staat nicht entbehren kann. Deshalb ist es in Oesterreich das alleinige Kriterium der Brauchbarkeit einer Regierung geworden, ob sie von dem Parlament die berühmten Staatsnotwendigkeiten erlangt, ob sie das nackte Leben des Staates sichert; wogegen ihr das Scheitern grosser Reformen, die



Unergiebigkeit ihres Wirkens unschwer nachgesehen wird. Und so kommt der Schluss: Jede Methode des Regierens ist gut, die diesen Erfolg erreicht, und die beste Methode nützt nichts, wenn ihr jenes Ziel unerreichbar war. An sich ist keine richtig und keine falsch; nur ihr unmittelbarstes Ergebnis entscheidet ihren Wert. Als Herr v. Beck mit der Kunst des Verhandeln, mit dem Scharfsinn der Kompromisse die Wahlreform durchsetzte, war er ein grosser Staatsmann. Da sie bei der Bewältigung der Werkeltagsarbeiten versagte und die Erreichung eines Budgetprovisiums schwerer wurde als der Ausgleich mit Ungarn, hatte die Methode sich überlebt. Geschicklichkeit ist keine Eigenschaft, sondern eine Wirkung; und da diese ausblieb, verlor ihre Quelle den Wert. So konnte und musste schier eine andere Methode kommen.

Weil aber die Regierungspolitik in Oesterreich schon lange nur eine Methode in der Behandlung des Parlaments ist — im Leben draussen bleibt ja alles beim alten — so ist ihr charakteristisches Merkmal die Unbeständigkeit. Sie ist nicht Kunst, sondern Künste, und diese verlieren rasch ihren Zauber, rascher als dem, der sie übt, lieb ist. Erst wird der Mann, der sich um alles kümmert, immer auf den Beinen ist, jeden Konfliktskeim austreten möchte, erst wird er bestaunt, geschätzt, als eine wohltuende Abwechslung empfunden. Dann fängt man zu rasonieren an; wenn es mit den Erfolgen hapert, lächelt man, und wenn die Dinge erst einmal schief zu gehen anfangen, und das ist unvermeidlich, wird just das, was vorher die Ursache der Erfolge sein sollte, gescholten und verworfen. Man wird von dieser Allgeschäftigkeit, die für die kleinste Leistung die grösste Kraftaufwendung zahlen muss, ermüdet und gereizt, die Empfänglichkeit für eine Routine, die sich manchmal als Selbstzweck präsentiert, stumpft sich ab, und was zuerst als wahre Sensation wirkte, flösst zum Schluss beinahe Widerwillen ein. Deshalb verschwinden selbst die Tüchtigsten unter den österreichischen Ministern, nicht bloss die Premiers, sondern auch viele Ressortminister, in einer Wolke von Missmut, und in der Atmosphäre der so charakterlosen österreichischen Stimmungsmacherei können selbst Unbeträchtliche einen tragischen Zug annehmen. Ist es nicht ein tragisches Geschick, dass von dem Minister, der Oesterreich aus der Wüste der Obstruktion herausgeführt hat und Aufgaben löste, an denen sich ein halb Dutzend Regierungen verblutet hatten, heute nur in dem wegwerfendsten Ton gesprochen wird und das von den Parteien, die er in den Sattel gesetzt hat? Vor einer österreichischen Regierung steht eben als unabwendbares Ende, dass sie abwirtschaftet. Also nicht stürzt durch Wandlungen in den politischen Anschauungen der Wähler oder auch nur der Abgeordneten; dass ihr der Boden unter den Füßen schwindet, weil ihr Witz ausgespielt hat. Und so fängt mit jedem Regierungswechsel ein neues Spiel an. Und dieses macht das neue „System“ aus.

Braucht man also Herrn v. Bienert zu definieren? Er macht es anders, beinahe umgekehrt, als es Beck getrieben. Beck lief dem Parlament gleichsam nach; Herr v. Bienert wartet, bis es zu ihm kommt. Die Unzulänglichkeit Bienerts würde rasch sichtbar werden, wenn er Beck nachahmen wollte; je enthaltsamer er sich gibt, desto origineller erscheint er. Seine kühlgelessene Natur stimmt so zu der Methode, die dem abwechslungs-lüsternen Parlamentspublikum im Augenblick die genehmste sein musste, dass es sie beinahe als eine kausale Notwendigkeit empfindet; aber in der Beharrlichkeit ihrer Beschränktheit erscheint sie geradezu als gewollt. Natürlich ist sie ebenso zeitlich bedingt wie alle vor ihr und alle nach ihr. Herr v. Bienert wird den Leuten, die ihn heute bestaunen (wozu man sich schon einigermassen anstrengen muss), einmal ebenso langweilig werden, als ihnen die wurden, die sie mit entgegengesetzten Künsten zu verblüffen wussten. Dann wird das, was heute als Festigkeit gilt, Bequemlichkeit genannt werden; dann wird man finden, dass es sich Herr v. Bienert mit dem Regieren eigentlich gar zu leicht mache und seine Kunst vornehmlich darin bestehe, zu warten, bis ihm die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Dann wird man über den Mann, den man sich heute als Inkarnation der Staatsautorität hypostasiert, die Achseln zucken und ihn belehren, dass dem Problem der Beherrschung und Meisterung eines Parlaments, das nicht gesünder sein kann, als der Staat ist, den es widerspiegelt, mit Eifer und Fleiss, also ununterbrochen nachgegangen werden müsste. Herr v. Bienert scheint als berechtigte Kritik nur ungestümes Lob anzuerkennen, aber auch er wird erfahren, wie rasch das politische Wetter hier zu Lande wechselt.



Bloss psychologisch ist das Experiment Bienenrth und sein vorläufiger Erfolg nicht zu erklären. Es hat natürlich auch seine politischen Gründe. Nicht zum wenigsten hat mitgewirkt, dass die sogenannten parlamentarischen Minister ein bisschen in Verruf gekommen sind. Ein wirkliches parlamentarisches Kabinett ist ja in Oesterreich schlechthin unmöglich, denn es fehlt die Voraussetzung: nämlich die einheitliche, geschlossene Mehrheit, die Mehrheit aus dem Willen der Wähler, die auf dem Felde der Wahl gewachsene Majorität, der die Portefeuille nicht eine parlamentarische Konjunktur verschafft, die zum Regieren das Volk selbst beruft. Eine solche Majorität kann der Nationalitätenstaat nicht erzeugen, und so ist man in Oesterreich vorweg auf das Surrogat der Koalitionen angewiesen, durch die sich keine höhere Idee ausdrückt, aus der kein packendes Programm redet. Was bieten aber die parlamentarischen Minister dem Staate? Dass sie, wie man so gern meinte, in die verstaubten Amtsstuben einen frischeren, regsamen Geist bringen, den einrostenden Mechanismus beflügeln und in die Stickluft der Bureaukratie die Gedanken der Zeit tragen, diese hübsche und von allen strebsamen Seelen verkündete Vorstellung hat die Wirklichkeit doch arg entwurzelt. Man ist ja auch schon anderswo darauf gekommen, dass es, rein sachlich betrachtet, zumeist blutiger Dilletantismus ist, der mit den Parteihäuptlingen in die Verwaltung des Staates einzieht, und auch darauf, dass die parlamentarischen Minister, die bestimmt sein sollten, die Uebermacht der Beamtenkaste zu mildern, sie eher stärken, und dies um so mehr, je öfter sich der Wechsel vollzieht. Denn der Ministerneuling ist nicht der Beherrscher der Bureaukraten, vielmehr ihr Knecht: auf ihre Ratschläge, die er nicht zu kontrollieren vermag, angewiesen, ihren Meinungen untertänig, sieht nur mit ihren Augen, hört nur mit ihren Ohren, spricht sogar nicht selten nur ihre Reden; kurz er steigert eher die Unbeweglichkeit und Verstocktheit der Bureaukratie, als dass er sie schwächen und brechen würde. Der eigentliche Sinn der parlamentarischen Minister war in Oesterreich wohl auch nicht die Erwartung, dass die Portefeuillejäger in die Administration Leben und Bewegung bringen werden, war nur die bescheidene Hoffnung, dass mit ihnen die Parteien für den Staat gewonnen werden könnten, dass sie, ihre parlamentarischen Minister als Gunst und Besitz wertend, dem Staate eine gewisse Schonzeit gönnen werden, in der die nationalen Aspirationen schweigen und den allgemeinen Sorgen Raum verschafft wird. Aber just diese Hoffnung hat die zweite Parlamentarisierung gründlich getrogen, und so konnte natürlich die Frage entstehen, was denn jene Pyramide trage, wenn sie das Parlament und dessen Funktion zu fundieren nicht vermöge. Auch ist die ursprüngliche Idee der Führer als Minister durch das gemeine Strebergelüste allmählich ins Gegenteil verzerrt worden. Da die leitenden Männer, die Generale, nun so ziemlich allen bürgerlichen Parteien mangeln, so musste man zu den Unteroffizieren greifen, und so erwachte in jedem Schreiner und Weber der Ehrgeiz, Minister zu werden und keiner hielt sich mehr für zu gering, um es nicht werden zu können. Aber die Institution des parlamentarischen Ministeriums verträgt am wenigsten die Schmutzkonkurrenz, denn dann entartet sie zur plumpen Streberei. Sieht man schärfer zu, so erkennt man, dass es vornehmlich die zweite Becksche Rekonstruktion war, die der an sich nicht unverständigen Idee, die Parteien zu binden, indem man sie an der Regierung interessiert, den Garaus gemacht hat. Mit der Koalition sollte eine Verknüpfung der bürgerlichen Elemente der drei grössten Nationen bewirkt werden und so weit war der Gedanke gut; aber die Auswechslung der Minister nach den Gelüsten der Drahtzieher hat ihn gründlich entwertet. Dass Dzieduszycki durch Abrahamowicz, Forscht durch Fiedler, Prade durch Peschka, Pacak durch Praschek ersetzt wurde, konnte weder ein Bedürfnis des Staates noch der Nationen erklären; waren doch die Weggeschickten und die Einberufenen der gleiche Faden und dieselbe Nummer. Als die Koalition sich bildete, um die Wahlreform durchzusetzen, ward sie durch die grosse Aufgabe legitimiert; als sie auf den Zweck zurückgebildet worden war, den Befehlshabern der Cliques nacheinander Amt und Versorgung zu schaffen, wurde sie lächerlich und sinnlos. Nun sind die Bienenrthschen Leute, die Parlamentarier ohne Mandat, die Minister werden, weil sie nicht Abgeordnete werden konnten, natürlich auch nicht vom lautersten Idealismus erfüllt und um ihre Beweggründe wird es wahrscheinlich nicht anders stehen wie um die der Konkurrenten im Hause, die das Rennen verloren haben. Aber der Bodensatz der parlamentarischen Regierung war doch allgemeine Enttäuschung, und was



zu seiner Zeit der Stein der Weisen schien, empfing nachträglich den Charakter des Experiments, ohne dessen sofortige Wiederholung die Welt auch leben werde. Man weiss nämlich nun, was dabei herauskommt: dass ein Viertel- oder Halbdutzend anderer Drahtzieher Minister werden. Und dafür sich zu echauffieren und darum sich aufzuregen, kommt einem fast als überflüssige Behelligung vor. Bienenrths Statisten profitieren von der Kompromittierung der Komödianten.

Allerdings ist das Bienenrthsche Intermezzo, und als mehr sieht es ja auch der Herr und Meister nicht an, an eine politische Voraussetzung geknüpft, die in den Tatsachen, die es ermöglicht haben, die wichtigste ist: dass nämlich im Abgeordnetenhaus die Obstruktion ausgerottet ist. Bei dem grotesken Einfall, das Ministerium Bienenrth als eine deutsche und die deutscheste Regierung auszugeben, braucht man sich natürlich nicht aufzuhalten; aber sicher ist, dass sie ihre Freiheit gegenüber den Tschechen mit Bewusstsein pointiert. Das aber, und viel weniger noch, hätte im Kurienparlament durchaus ausgereicht, um das Haus mit Obstruktion zu überziehen, die der Regierung das Regieren im Parlament, das Durchsetzen der Staatsnotwendigkeiten auf normalem und legalem Wege unmöglich gemacht hätte. Deshalb galt es ja als Dogma, dass eine Regierung keine Majorität haben dürfe: weil sie dann auch eine Opposition hätte und die Opposition nicht lange fackeln, sich auf die unfruchtbaren Abstimmungen nicht einlassen würde, vielmehr rasch zur Obstruktion überginge, an der sich zum Schluss jede Regierung verbluten müsse. Nun wirken dabei, dass sich die Slawische Union, in der die routiniertesten Obstruktionisten versammelt sind, der Obstruktion so peinlich enthält, auch andere Erwägungen mit, vor allem die, dass man hofft, mit Bienenrth, wenn man ihn nicht stürzt, schon rechtzeitig in Geschäftsverbindung zu kommen; aber im letzten Grund ist die immer befürchtete Obstruktion ausgeblieben, weil sie nun überhaupt unmöglich geworden ist. Die Obstruktion tötet die Regierung, aber vorher verletzt und verwundet sie das Parlament: dies aber wagt keine ernste Partei mehr, auf ihr Gewissen zu laden. Die Stellung und Geltung des Hauses des allgemeinen und gleichen Wahlrechts im Bewusstsein der Menschen ist doch von der des Kurienparlaments grundverschieden: dieses war jedem gleichgültig, empfand man als Last und niemand brauchte zu fürchten, wenn er es im Marke traf; das demokratische Parlament ist aber als das höchste Gut der politisch reifgewordenen Völker erkannt, in ihrem Bewusstsein verfestigt und in ihrem Willen verankert. Und darum und dadurch vor der Obstruktion behütet. Deshalb ist es schnöde Undankbarkeit, wenn Herr v. Bienenrth das Parlament unausgesetzt schilt und lästert, denn wenn das demokratische Parlament nicht einen geläuterten Parlamentarismus ermöglicht hätte, so wäre er mit seiner Weisheit schon längst auf den Verfassungsbruch gekommen. Von der Wahlreform lebt auch Bienenrth.

Und dennoch ist es der politische Sinn des Systems Bienenrth, dass er gegen das Parlament Prozess führt. Man sieht's schon äusserlich: Während Beck in Dithyramben auf das Haus des allgemeinen Wahlrechts förmlich schwelgte und dessen gesunkenen Lebensmut durch die dicksten Schmeicheleien aufzurichten suchte, gefällt sich Herr v. Bienenrth in mehr oder minder hämischen Standreden und lässt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne dem Parlament zu sagen, dass es noch nicht auf der Höhe stehe, die es einer guten ministeriellen Zensur würdig machen würde. Nun pflegen Vorwürfe und Anklagen sonst nicht das richtige Mittel zu sein, um sich beliebt zu machen, und dass man ein Parlament gewinnt, wenn man es kränkt und demütigt, scheint eigentlich von keiner besonderen Schlaueit zu zeugen. Aber was ehemals paradox war, bestätigt nun die Erfahrung: nichts hören gewisse Leute im Abgeordnetenhaus lieber, als dass man aufs Parlament schimpft, und je ärger es einer treibt, desto reichlicher der Beifall. Dass auch hier jene spezifisch österreichische Charakterlosigkeit waltend ist, die heute in Staub wirft, was sie gestern in den Himmel erhoben, braucht nicht gesagt zu werden; nur ist leider auch wahr, dass das Parlament selbst kein ganz reines Gewissen hat, sich schuldbewusst fühlt und die Scheltworte daher in dem Bewusstsein hinnimmt, sie ein wenig verdient zu haben. Wohl könnte unschwer bewiesen werden, dass das meiste, was man dem Hause zur Last legt, unvermeidliche Kinderkrankheiten und vom Staate ererbte Geburtsfehler sind; aber auch ein Parlament ist in übler Lage, wenn es allzu oft auf mildernde Umstände plaidieren muss. Herr v. Bienenrth weiss also, dass



seine Gardinenpredigten Resonanz finden und er macht sich das reichlich zunutze. Das frühere Verhältnis zwischen Regierung und Parlament, das zwar an sich nicht das normale ist, aber in Oesterreich das gewohnheitsmässige geworden war, hat sich einigermaßen verschoben: die Frage ist nicht mehr, ob die Regierung das Talent habe, die Schwierigkeiten des Hauses zu bezwingen, ist vielmehr, ob das Parlament die Fähigkeit besitze, zu liefern, was die Regierung nicht entbehren kann. Die Präsumpation steht heute auf Seite der Regierung: nicht sie hat zu erweisen, ob sie regieren, das Parlament muss erweisen, dass es leben könne. Und Herr v. Bienenrth ist durchaus der Mann, und das ist der eigentliche Grund, dass das Misstrauen wider ihn nicht schweigen will und sich in lautem Widerwillen gegen dieses falsche und treulose Regime äussert, er wäre ganz fähig, den augenblicklichen Vorteil bis zur Neige auszuschöpfen und das Parlament, wenn er den Prozess nicht anders gewinnen kann, schuldig werden zu lassen. Nicht als ob wir die Geschmacklosigkeit wagen wollten, den manierlichen, jeder starken Emotion unzugänglichen Herrn v. Bienenrth der Welt als einen Alba vorzustellen, der über düstere Pläne brütet und auf Vernichtung sinnt; da sei Gott vor. Aber dass Herr v. Bienenrth das Parlament nur anerkennt, wenn es willig ist und auch vor Gewalt nicht schwanken würde, wenn er nicht anders erweisen könnte, dass sein Scheitern nicht seine Schuld war, das wird er zwar nicht bejahen, aber auch nicht bestreiten. Nur irrt der Herr v. Bienenrth sehr, wenn er vermeint, dass er sich in dieser günstigen Prozesslage dauernd erhalten könne. Dass man der Welt einzureden vermag, das Haus sei schuld, wenn die Regierung stecken bleibe, ist leider wahr; aber für lange wird der Wahn nicht vorhalten können, dass eine Regierung durch ihre Ernennung einen Anspruch darauf erlange, dass ihr das Parlament die immer zweideutiger werdenden Staatsnotwendigkeiten zu aporrieren habe. Schliesslich ist das Parlament, wenngleich es manchmal auch seine Schätzer auf eine harte Geduldprobe stellt, eine durch die härtesten Tatsachen gegebene Realität, wogegen die Talentlosigkeit der Regierung, so dürftig das Inventar an Talenten in Oesterreich auch sein mag, noch immer behoben werden kann. Dass Herr v. Bienenrth ein zureichender Ministerpräsident sei, muss heute das Parlament beweisen; aber wenn er nicht vorzeitig zum Orkus wallen will, wird sich Herr v. Bienenrth um diesen Beweis einmal auch selber bemühen müssen. Dem Parlament wird das Intermezzo Bienenrth aber sicherlich nicht schaden. Es zwingt die Parteien, wie so fasslich die Budgetdebatte zeigt, zur Selbstzucht, ruft das schwer vermisste allgemeinparlamentarische Solidaritätsbewusstsein hervor, das der eingerissenen Zerfahrenheit entgegenarbeitet; das Haus, das zu sorglos geworden war und sich in dem Wahne wiegte, es könne ihm nichts geschehen, lernt nun, sich zusammenzunehmen und auf der Hut zu sein. Herr v. Bienenrth hat dem Parlament eigentlich die Kabinettsfrage gestellt, aber das Haus des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wird den Prozess nicht verlieren.

Für Herrn v. Bienenrth streitet — oder eigentlich stritt: denn der österreichische Imperialismus hält nicht lange vor — auch jener seltsame Aufschwung des „Oesterreicherthums“, der auf die bescheidene Tatsache gegründet ist, dass das kleine Serbien die Courage nicht hatte, mit der Militärmonarchie anzubinden. Für solvente Staaten wäre die Genugtuung nicht gerade gross, aber den verschüchterten und verprügelten schwarzgelben Patrioten hat der Annexionssieg doch mächtig imponiert. Und so haben sie das „Autoritäre“ gekriegt und alle schreien nach der fabelhaften starken Regierung, die Ordnung machen soll und den Untertanen, die allmählich zu selbstbewusst geworden waren, Zucht und Respekt vor der Staatsgewalt beizubringen habe. Dass es die Gracchen sind, die über Aufruhr klagen, und über die Zerstörung der Ordnung, die das Gesetz erschafft, am meisten jene Parteien zeteren, die durch Verachtung von Gesetz und Recht emporgekommen sind, ist die Ironie dieser Begeisterung für die Erhöhung der Staatsautorität und gehört auf das unerschöpfliche Konto der österreichischen Heuchelei, die nur den Splitter im Auge der gegnerischen Partei, nicht den Balken im eigenen sieht. Aber dass die Wellen des österreichischen Patriotismus im Augenblick recht hoch gehen, ist unverkennbar und erklärt auch die Tatsache, dass das Ministerium Bienenrth, das dazu doch so wenig Anlass zu geben scheint, von den Regierungsparteien mit einer wahren Schwärmerei beurteilt wird. Freilich erkennt man hier auch, dass Hass ein stärkeres Bindemittel als alle Liebe ist. Beck hat den Parteien Minister gegeben und war ihr Diener; Bienenrth hat sie ihnen



genommen und ist ihr Herr. Als die Deutschfreiheitlichen ihre Derschatta und Marchet im Kabinett hatten, folgten sie der Regierung nur widerwillig: jetzt, wo ihre Vertrauensmänner ausgeschifft sind und als Minister sich Leute etablieren konnten, die ihnen zu Abgeordneten untauglich erschienen, nun gehorchen sie auf den Wink. Für Beck zu stimmen, erschien den Koalitionsparteien als lästige Pflicht; für Bienenrth exponieren sie sich mit freudiger Hingebung. Warum? Weil sie zu sehen glauben, dass die Regierung Bienenrth nicht bloss eine Regierung für, sondern dass sie auch eine gegen Parteien ist. Weiskirchner ist es nicht, der für Bienenrths Kabinett die Christlichsozialen zu treuer Gefolgschaft zwingt; aber dass sie bei Bienenrth Tendenzen gegen die Sozialdemokratie wittern und dass sie hoffen, ihm Feindseligkeit gegen die Arbeiterbewegung einzupflanzen, erweckt ihr Entzücken. Und für die Deutschfreiheitlichen genügt der magische Schimmer der Regierung „gegen die Tschechen“, um sie um alle Besinnung zu bringen; eine Bemerkung gegen die Slawen reicht aus, um sie glücklich zu machen. Das hat sich Bienenrth in seinen kühnsten Träumen nicht erträumt: dass er einstmals ein Fahnenführer der Deutschen sein könne und zum k. k. Protektor des gesamten österreichischen Deutschtums avancieren werde. Aber in Oesterreich kann man eben auch von Lebenslügen leben, und man lebt dabei besser als von der Wahrheit.

Und die Bilanz der Regierung Bienenrths? Beweist das Intermezzo dieses Ministeriums, dass man auch „so“ regieren könne? Das scheint Herr v. Bienenrth selbst nicht zu glauben, denn sonst würde er seiner Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der Koalition, die den Abstimmungen die Gefahren nimmt, nicht so offen Ausdruck geben. Die Wahrheit ist, dass eine Regierung, wie es die Bienenrthsche ist, nicht mehr sein kann als eine Regierung der primitivsten Staatsnotwendigkeit; in diesen bescheidenen Umkreis gebannt und ausser ihm zur Unfruchtbarkeit verdammt. Das Unerlässliche, nicht zu Missende kann eben auch im Kriegsfeuer erobert werden; aber zur Lösung weiterreichender Aufgaben braucht es eines gewissen Waffenstillstandes im Parlament, einer Dämpfung und Dämmung des Streites, die nur dann eintreten kann, wenn die Existenz der Regierung für eine längere Zeit kein Streitobjekt mehr ist. Am wenigsten darf man aber jene providentielle Mission der Regierung ernst nehmen, die in der Behebung der Mängel und Gebrechen der Verwaltung liegen soll. Das ritzt kaum die Oberfläche, und die gerühmte Energie ist nur Dekoration, die ministerielle Unfähigkeit ausstaffieren soll. Dass irgend ein tschechischer Rebell die Macht der Regierung zu spüren bekommt, mag den bescheidenen Deutschfreiheitlichen imponieren, und dass die Minister recht selbstbewusst reden, den Christlichsozialen Freude bereiten. Aber dort, wo die Willkür und Gesetzverhöhnung am üppigsten wuchert, wo ihr Schlinggewächs die Verwaltung tödlich umklammert, dorthin wird sich die Staatsautorität nicht verirren, denn dort ist ja der schwarzgelbe Patriotismus zu Hause. Ueberhaupt muss man Oesterreich gut verstehen: Hier ist auch die Achtung vor dem Gesetz nur Opportunität, und wenn die Minister von Gesetzestreue zu reden anfangen, so führen sie sicher eine ausgemachte Schelmerei im Schilde. Das Krebsübel der Verwaltung und Rechtsprechung ist in Oesterreich aber gerade der Mangel an Charakterfestigkeit, an Redlichkeit und Zuverlässigkeit; und was eine Volk und Staat befruchtende Funktion der Verwaltung erschwert und hindert, das ist die Verwischung, die Abbröckelung des Charakters der Beamten, die immer mehr in das Fahrwasser der Parteilichkeit geraten und zu Verwesern des Gesamtinteresses unfähig werden. Das Intermezzo Bienenrth bezeichnet hier nicht einmal eine Zeit gutgemeinter aber vergeblicher Anläufe, und mehr als eine kurze Frist notdürftig auszufüllen, vermag es nicht.

---

## Karl Renner: Kulturkampf oder Klassenkampf?

Die furchtbare Geistesknechtung, die Fesselung des Gedankens und die Erstickung des Gewissens, welche von der ungeheuer grossen, einen Teil der Welt umspannenden katholischen Priesterorganisation mit ihrem päpstlichen Zentrum, mit der unfehlbaren Diktatur des Papats, ausgeht, hat uns Genosse Max Adler in seinem Artikel „Kirche und Schule“ glänzend veranschaulicht. Er hatte recht, wenn er bei der Besprechung



des Einflusses der lehrenden Kirche auf die lehrende Schule das ganze Gewicht auf das Lehrsystem der Kirche legte, auf jenes Dogmengebäude, das ähnlich wie Ritterburgen in Fabriksorte, alte Stadtmauern in Bahnhöfe, hereinragt in das Reich der triumphierenden Naturwissenschaften. Im Hinblick auf die moderne Schule ist es jedenfalls das Nächstliegende, die Kirche als Versuch einer die ganze Welt beherrschenden Unterrichts- und Erziehungsanstalt zu fassen. Von diesem rein intellektualistischen Ausgangspunkt wird auch der scharfe Gegensatz des kirchlichen Lehrsystems und des modernen Geistes sofort sichtbar. Die Kirche unterrichtet erstens im Glauben und zwingt uns Dogmen auf, die wir annehmen müssen, selbst wenn, ja weil sie absurd sind (*credo, quia absurdum est*) — der moderne Geist fordert Wissen, Ueberzeugung aus zwingenden Gründen, immerwährende Nachprüfung der Gründe, Freiheit des Zweifels und der Forschung. Ueber die letztere ist kein Richter als jedermanns Vernunft. Statt des die Dogmen offenbarenden Gottes entscheidet also die menschliche Vernunft — in strikter Konsequenz dieses intellektualistischen Standpunktes hat das Aufklärungszeitalter die Vernunft vergöttert und *la Déesse Raison* (die Göttin Vernunft), der die grosse französische Revolution vorübergehend huldigte, drückt geschichtlich und faktisch den Gegensatz der beiden Gedankenwelten aus. Die Kirche erzieht zweitens zum Heil, zur Seligkeit; nach ihrem Ideal ist der Mensch als Erdenkind nicht Selbstzweck, er ist hier auf Erden nur eine Spanne Zeit Gefangener des Staubes und Fleisches, nur auf Probe, um sodann auf die lange, lange Ewigkeit in sein eigentliches Leben einzugehen, in unabänderliche Seligkeit oder Verdammnis. Für jenes andere Leben erzieht die Kirche, nicht für dieses. Aber der moderne Geist hat dieses Erziehungsideal längst überwunden, er hat das Gotteskind längst zum blossen Menschen auf Erden gemacht und das hat schon der Humanismus (etwa „Menschlichkeitssystem“) vor mehr als vier Jahrhunderten vollzogen.

Es ist sehr heilsam, immer wieder zu betonen, dass das ganze Lehrgebäude der Kirche seit Jahrhunderten geistig überwunden ist, dass das Urteil über dasselbe längst gesprochen, aber noch lange nicht vollstreckt ist.

Max Adler hat gewiss recht, wenn er sagt: „Nicht am Atheismus und Freidenkertum, nicht an der Naturwissenschaft und am Materialismus“ ist die Kirche zugrunde gegangen. Diese Tatsache ist gewiss auffällig. Im Zeitalter des Humanismus, des Rationalismus und Materialismus, in der Zeit der Aufklärung hat der gesamte Intellekt der Gesellschaft sich von der kirchlichen Lehre abgekehrt und niemals war sie so von allen Geistern verlassen, weder vor- noch nachher. Wie konnte sie diese furchtbare Krisis überdauern? War sie doch nicht bloss bekämpft und widerlegt, sondern fast einmütig verspottet! Ist also die Kirche vom Standpunkt des Intellekts aus überhaupt nicht zu besiegen? Vielleicht schon deshalb nicht, weil sie auf den Intellekt bewusst verzichtet! (*Credo, quia absurdum est.*)

Was Atheismus und Naturwissenschaft nicht vermögen, das wird nach Max Adlers Ansicht „die Renaissance eines wirklichen, die Masse gerade aus ihren Bildungsbedürfnissen heraus ergreifenden religiösen Bewusstseins“ vollbringen. Es wird hier auf die religionswissenschaftliche Bewegung in Deutschland und ganz Europa hingewiesen, welche die Evangelienkritik, die Bibelforschung überhaupt, die gesamte Religionswissenschaft auf hohe Stufe gehoben und durch populäre Darstellung ihrer Forschungsergebnisse weitere Kreise vorwiegend der Intelligenz interessiert hat. Ich unterschätze diese Richtung nicht, aber was ist sie gegen die gewaltigen Geistes- und Gemütseruptionen der Reformation? Was sind Harnack und Kalthoff, geschichtlich-dynamisch gesehen, gegen Luther und Münzer, gegen Zwingli, gegen Calvin? Und doch hat der religiöse Sturm der Reformation die Kirche nicht vernichtet und insbesondere das Lehrgebäude der Kirche gar nicht wesentlich erschüttert, sondern vielmehr zu neuem, stärkerem Leben wiedererweckt (das Tridentinische Konzil). Ich kann in den theoretischen Untersuchungen jener Forscher auch noch nicht die Ansätze zur Reform des religiösen Bewusstseins finden, aber wenn sie da wären, so ist nicht anzunehmen, dass irgend eine religiöse Bewegung unseres irreligiösen Zeitalters mehr vermöchte als die tiefe Religiosität der Reformationsepoche. Uebrigens ist es allbekannt, dass jener Bewusstseinsreformation gewaltige ökonomische und politische Umwälzungen vorangingen, die sie erst verständlich machen.



Also kämen wir zu dem überraschenden Ergebnis, dass der Kampf gegen das Denksystem der katholischen Kirche auf dem Boden der Wissenschaft sowohl wie auf jenem einer höheren Religiosität erfolglos ist? Eine verzweifelnde Aussicht!

Man kann und darf nicht leugnen, dass der Liberalismus und die bürgerliche Wissenschaft von den Zeiten der Aufklärung her diesen „Kampf der Ideen und Weltanschauungen“ redlich und eifrig geführt haben. Und dennoch war er im ganzen erfolglos — trotz zahlreicher Verdienste im einzelnen. Und zum Schluss sahen wir das Bürgertum selbst ins Lager der Gläubigen abmarschieren. Und also soll das Proletariat die Fahne des Kulturkampfes, die jene verraten haben, aufnehmen und den Kampf gegen das, was man die Gewissenstyranei der Kirche nennt, allein fortführen? „Immer mehr wird das Proletariat hier aus seiner bisherigen blossen Verteidigerstellung in die des Angriffes übergehen müssen“, sagt Max Adler.

Ich glaube die gesamte Auffassung meines Freundes über dieses Problem gut zu kennen und weiss, dass er das Proletariat nicht zum blossen oder vorwiegenden „Kulturkämpfer“ machen will. Aber solche Schlussfolgerungen könnten aus seinen Darlegungen gezogen werden. Falsche Ausdehnungen seiner Sätze sind darum möglich, weil er eben nur das Verhältnis der lehrenden Kirche zur lehrenden Schule, des Dogmas zur Wissenschaft behandelt. In dieser Einschränkung hat er ja auch im einzelnen recht. Aber im ganzen, was die gesamte Einrichtung der Kirche betrifft, stellt sich die Sache einem Sozialdemokraten doch anders dar als dem kommunen, bürgerlichen Aufklärer und Freidenker.

Wir wissen seit Karl Marx, dass der blosse Streit einer Ideologie gegen die andere nichts anderes ist als der Kampf mit Papierschwertern gegen Windmühlflügel. Es wäre ganz falsch, die katholische Kirche nach ihrem Lehrsystem zu beurteilen.

Ist es denn wahr, dass die Dogmen der Lateranischen und des Tridentinischen Konzils, der Syllabus und das Infallibilitätsdogma die Kirche ausmachen? Wer nur oder vor allem die aus den finstersten Zeiten des Mittelalters, aus dem 13. Jahrhundert, stammenden Dogmen sieht, nur der kann behaupten, dass die Kirche starr und unveränderlich ihr antiquarisches Wesen behauptet und sich nicht ändere. Die Kirche wirksam bekämpfen kann man aber am allerwenigsten, wenn man glaubt, ihr Reich sei nicht von der heutigen Welt, man habe bloss ein fatalerweise heute noch umgehendes Gespenst aus dem 13. Jahrhundert in die Grube zu beschwören. Unser Gegner ist von heute, nicht vom Mittelalter her, er ist keine blosse Lehre, sondern eine praktische Realität, und er ist heute konkret anders als in allen Zeiten vorher. Zu jeder Zeit aber ist die Kirche die Gesamtheit der konkreten Menschen mit ihren konkreten Interessen, die reale Gemeinschaft der gläubigen und ungläubigen Anhänger.

Nicht in den Konzilsbeschlüssen lebt die reale Kirche, auch nicht in den Vorstellungen, Lehrmeinungen und Lebensauffassungen ihrer Priester. Wer die lebendige Kirche schauen und fassen will, der gehe in die Dörfer, wo die frommen Bauern zu Hause sind, in die Werkstätten und Wohnungen der Kleinmeister, auf die Schlösser unserer Feudalherren, in die Bureaus unserer jüngsten Beamtenkategorien und so fort. Und dort überzeuge er sich davon, welche reale Potenz bei ihnen die Dogmen darstellen! Der ganze papierene Streit zwischen Orthodoxen und Modernisten, Evangelienkritik und Jesusforschung, Index und Syllabus sind ihnen völlig Hekuba, sie schenken ihnen kaum Beachtung. Man beachte doch folgendes tatsächliche Geschehnis: Der entschieden christkatholische Universitätsprofessor und Minister Bilinski weist die Angriffe auf das Dogma der unbefleckten Empfängnis im Budgetausschuss zurück und kein Mitglied der christlichen Parteien merkt das, was der Sozialdemokrat Seitz feststellen muss: dass der gelehrte Mann unter der unbefleckten Empfängnis nicht das versteht, was die Kirche lehrt, nämlich dass Maria selbst ohne den Makel der Erbsünde im Leibe ihrer Mutter empfangen worden ist, dass er vielmehr die Tatsache, dass Maria als Jungfrau Jesum geboren habe, unter der unbefleckten Empfängnis begriffen hat. Das geschieht am grünen Holze der katholischen Professoren und Geheimräte! Wie erst bei den Millionen Laien!

Wir haben in Wien eine Renaissance des Katholizismus erlebt, grosse Massen des Bürgertums sind aus dem Lager der „Aufklärung“ in das Lager der „Finsternis“ über-



gegangen. Es zeige mir doch jemand auf, welche werbende Rolle dabei das katholische Dogmensystem gespielt hat!

Diese wenigen Beispiele müssen uns doch schon dahinführen, das reale Leben der Kirche in ganz anderen Dingen zu sehen.

Besteht denn die Geistesknechtschaft innerhalb der Kirche wirklich in jenen Dingen, welche die liberalen Aufklärer so oft denunzieren? Die wahrhaft Religiösen versichern im Gegenteil, dass die katholische Kirche es den Gläubigen heute am allerbequemsten mache: Sie mache das Sündigen gerade durch die Beichte, das Glauben gerade durch die äusserlichen Formalitäten der Sakramente sehr leicht. Eher sei es doch Luther, der auf die innere Reue, auf den inneren Glauben dränge, während die Papstkirche sich mit den äusseren Bezeugungen begnüge. Wen geniert denn heute die Inquisition, wen der Index der verbotenen Bücher, wen der Syllabus? Ist es doch fast die Hauptanklage der wahrhaft Religiösen anderer Konfessionen, dass die katholische Kirche gar keine seelische Kirchengenossenschaft mehr kenne.

Doch halt! In einem Punkte kennt sie eine stramme Zucht: in der Erziehung ihrer Kleriker. Von ihnen und ihren Lehrern, also von den Intellektuellen der Kirche, fordert sie unbedingte Unterwerfung des Intellekts unter das Credo. Für die Novizen und Kleriker, für die Professoren und Pfarrer besteht also ebenso die Glaubensknechtschaft wie etwa für preussische Beamte die politische Ueberzeugungsknechtschaft. Und das gibt jedes Jahr fünf ebenso die Tragödie eines Modernisten wie das preussische System die Tragikomödie eines liberalen Bürgermeisters. Aber die Masse der Gläubigen und Untertanen wird dort und da durch den Krakeel der Intellektuellen höchstens vorübergehend erregt. Diese Geistesknechtschaft reicht aus für Jesuitenromane und Leitartikel liberaler Blätter, die Massen des Proletariats müssen sie wohl in ganz anderen Dingen sehen. Wir werden diese bald kennen lernen.

Die reale Kirche, als die lebende Gemeinschaft der Heiligen und Unheiligen, ihrer Himmels- und Höllenwärter ist in jeder Zeitepoche etwas anderes. Vom Urchristentum will ich gar nicht reden, ich gehe vom Mittelalter aus. In dem altsächsischen Gedicht des 9. Jahrhunderts „Heliand“ (das ist Heiland) erscheint Christus als ein germanischer Volkskönig mit adeligen Jüngern. Drei Jahrhunderte später predigt Franziskus von Assisi (1182 bis 1226) im härenen Gewande, einen Strick um den Leib, wieder den Jesus der Armen. Das geschah in jenem 13. Jahrhundert, das auch Max Adler das finstere nennt. Seine Ordensregel wird auf derselben lateranischen Synode 1215 festgelegt, auf der die heilige Inquisition eingeführt wird. Die Blütezeit der Feudalität und des Rittertums ist hingewelkt und in einer durch und durch revolutionären Epoche (eben jenem 13. Jahrhundert) erheben sich die Städte, formieren sich die Landstände, empört sich an allen Ecken und Enden das junge Bürgertum und das zum erstenmal heraustretende Proletariat: Schon 1145 steht Arnold von Brescia in Rom auf, um 1170 verteilt Peter Waldus, der Stammvater der Waldenser, sein Hab und Gut unter die Armen und begründet die erste kommunistische Sekte unter den Webern von Lyon. Um die Jahrhundertwende 1300 folgte der gewaltige Bauernaufstand des Dolcino — unter Berufung auf Christus und das Evangelium. Im 13. Jahrhundert befestigen die Städte ihre Macht, versucht Friedrich II., der Hohenstaufe, die erstmalige Begründung eines modernen Staatswesens wider Papst und Kirche.\* Wie ganz anders ist das Christentum jener Zeit als das Christentum der Renaissance, in der Michel Angelo Jesus in der leidlosen und kleidlosen Lichtgestalt des Apollo für die Sixtinische Kapelle malt. Das jäh hereinbrechende Unheil der Reformation macht den Katholizismus muckerisch — und der Christus Michel Angelos erhält von einem späteren Maler ein keusches Band um

\* Die grandiosen materiellen und politischen Umwälzungen des 13. Jahrhunderts finden ihre Krönung in der Philosophie des Thomas v. Aquino (1225 bis 1274), der die Lehren des Aristoteles in scharfsinnigster Weise auf die Theologie anwendete und einen Kommentar zur Politik des Aristoteles schrieb. Dabei wird er zum Grundleger der katholischen Naturrechtstheorie, zum Verteidiger des bürgerlichen Eigentums auf der Basis der einfachen Warenproduktion und zum Vorkämpfer der bürgerlichen Staatsidee. Man halte dagegen, dass das Lehnswesen und Rittertum eben fast seine höchste Blüte hinter sich hatte, dass die Städte auf der einen, das Fürstentum auf der anderen Seite eben erst in den Anfängen ihrer grossen Entwicklung standen, und man wird die revolutionäre Kraft dieser Philosophie für ihre Zeit wohl zu würdigen wissen



die Lenden. Nun werden Ignaz von Loyola und Canisius die geistigen Interpreten des Katholizismus. Was hat Loyola noch mit dem Sänger des Heliand gemein?

Diese historischen Proben dürften hier genügen. Und wie steht es in der Gegenwart? Beim Ave-Läuten geht fern auf dem Lande ein Bauer mit entblostem Haupte heim. In ihm lebt Christus wahr und lebendig — aber sein Christus, der den Hagel abwehrt und dem heiligen Leonhard die Macht gegeben hat, das Vieh zu schützen, dem heiligen Florian, das Feuer fernzuhalten; sein Himmelvater, der die Welt regiert, wie er als Hausvater sein Haus. Und gegen dieses Christentum halte man die christlichsoziale Gesinnung mancher unserer Kleinmeister oder den „Glauben“ eines Gutsherrn oder Bureaukraten, der in die Messe geht, „weil dem Volke die Religion erhalten werden muss“. Welch ein Unterschied im ganzen Denken! Ein Blinder muss greifen, dass nicht zu allen Zeiten und nicht bei allen Klassen das Christentum das gleiche ist. Was aber in allem Christentum heute allerdings noch gleich ist, werden wir ja bald erkennen.

Tatsache ist also, dass jede Klasse heute und jede der grossen Klassen der Gesellschaft in der Geschichte ihr eigenes Christentum besitzt, die ihr eigentümliche religiöse Verbrämung ihres besonderen Weltbildes. Wie prächtig offenbart sich diese Ideologisierung für die Ritterschaft zum Beispiel in der Gralssage, wie naiv für die Bauernschaft in den Heiligenlegenden! Was uns heute als mystische Dichtung oder als abstruse Torheit erscheint, hatte seinerzeit für die bestimmten Klassen auf bestimmter wirtschaftlicher Höhe seinen tiefen Sinn und war notwendiger Ausdruck dieses Sinnes. Und so hatte auch das Proletariat vom ersten Tage seines geschichtlichen Auftretens seine bestimmte Denkform: Das kommunistische Christentum in Anknufung an die evangelische Ueberlieferung von der kommunistischen Urgemeinde der Jesujunger. So hat ein Teil — nur ein Teil! — der Klöster seinen Ursprung in den kommunistischen Tendenzen des Proletariats seiner Epoche. „Der liberale Aufklaricht,“ sagt Kautsky einmal, „sieht in der Ehelosigkeit der Mönche und Nonnen das Ergebnis völligen Idiotismus. Aber der Geschichtschreiber tut gut daran, wenn ihm irgend eine historische Massenerscheinung unbegreiflich erscheint, den Grund dafür in seinem Mangel an Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge zu suchen und diesen nachzuforschen. Die Ehelosigkeit der Klosterleute beweist nicht, dass die Klostergründer Idioten waren, sondern dass die ökonomischen Verhältnisse unter Umständen stärker werden können als die Gesetze der Natur.“ Die Entstehung und Geschichte des Franziskanerordens und der Bettelmönche überhaupt ist ein Teil der Geschichte des proletarischen Kommunismus. Die kommunistische Sekte der Begharden hatte ihren Ursprung in den proletarischen Wollwebern von Brügge im 13. Jahrhundert, die der Lollharden in der Weberschaft von Norfolk in England. Die kommunistischen Hussiten in Tabor, die Wiedertufer in Deutschland sind — trotzdem sie die christliche Ideologie nirgends preisgeben — Vorkämpfer des Proletariats, Vorläufer des Sozialismus. Andererseits ist die Reformation zu begreifen als Klassenbewegung des Bürgertums und der Landesfürsten. Das hindert nicht, dass das Bürgertum später die religiöse Verbrämung des Klassenkampfes abgestreift und in der Aufklarungsepoche zum Teil deistisch (Freimaurer), zum Teil atheistisch geworden; was abermals kein Hindernis für dasselbe war, später reumütig zur Kirche zurückzukehren, als das Proletariat sich in seinem Rücken erhob.

In diesen Klassenkämpfen hat das Papsttum mit der ihr Gefolgschaft leistenden Hierarchie sehr oft den Standpunkt gewechselt: Es hat gesucht, sich jederzeit auf die mächtige oder die emporsteigende Klasse zu stützen und hat deren „Christentum“, so gut es ging, zu dem seinigem gemacht, es war zu Zeiten geradezu revolutionär. Zur Zeit der aufkommenden Fürsten- und Staatsgewalt war — das darf nicht vergessen werden — die Kirche die demokratische Organisation des Volkes. Sozialdemokraten müssen die Dinge doch wohl anders beurteilen, als liberale Professoren: Wenn der Papst Gregor VII. (Hildebrand), der Sohn eines Maurers, entgegen den Fürsten verlangt, dass die Bischöfe vom Klerus und Volk gewählt werden, so strebt er natürlich die Herrschaft der Kirche an, aber dennoch drückt er den Widerstand der Massen gegenüber dem aufstrebenden Stände- und Furstenstaat aus. Und als Jahrhunderte später die Fürsten darangingen, die Stände zu beseitigen, erhoben sich in den sogenannten



Monarchomachen (unter ihnen der Jesuit Mariana) fromme katholische Revolutionäre, welche die Volkssouveränität der Fürstensouveränität entgegenhalten und den Tyrannenmord predigen und üben. Dieselbe Kirche geht zu anderen Zeiten mit den Fürsten, mit der Staatsgewalt, mit dem Adel, mit dem Bürgertum gegen andere Klassen, je nach den Machtverhältnissen der Gesellschaftsepoche. Und so weit geht diese Anpassung, dass in vielen Fällen die Person des Papstes ein Symbol der Richtung wird. In der monarchischen Epoche 1848 bis 1870 nimmt die fürstliche Erscheinung des Grafen von Mastai-Ferretti, jeder Zoll ein Herrscher, als Pius IX. den päpstlichen Stuhl ein und während sich die konstitutionellen Monarchen in ihren Verfassungen die Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit sanktionieren lassen, umgibt er seinen Thron mit der Mauer der Unfehlbarkeit. In der folgenden Epoche, in der das Proletariat vordringt, macht Leo XIII. als Sozialpolitiker seine Verbeugung vor der aufstrebenden Klasse (in der Bulle „de conditione opificum“) und optiert für die bürgerliche Republik gegen die feudal-plutokratische Monarchie in Frankreich, er selbst wie zu jenen Tagen die Politiker aller Wege — ein Literat! Und in unseren armseligen Kleinbürgertagen haben sie das Kind des Schneidermeisters Sarto mit dem Purpur bekleidet.

Natürlich will ich durch solche symptomatische Zufälligkeiten nicht beweisen, höchstens illustrieren. Aber unzweifelhaft ist doch, dass das reale Leben der Kirche in ihrem Verhalten zu den Klassenschichtungen der Gesellschaft liegt, dass in diesem der reale Kern aller ihrer Riten, aller Gebräuche und endlich auch die solide Basis ihrer Politik zu suchen ist. Die Umzüge im Ackerland an den Bitttagen sind für sie gewichtiger als das Unfehlbarkeitsdogma. Ist es etwa nicht charakteristisch, dass just in die Zeit der Städteentwicklung (1264) die Stiftung des Fronleichnamfestes durch den Papst Urban IV. fällt? Durch Urban IV., den Sohn eines Schuhmachermeisters des französischen Städtchens Troyes? Oder bleibt es nicht merkwürdig, dass die Kirche, solange sie die demokratische Opposition gegen Fürsten und Stände führte, den Kalender mit Nebenfeiertagen überfüllte, um die hörige Bevölkerung zu entlasten, dass sie jene Notburga heilig sprach, welche am Sonnabend durch das Wunder der in der Luft schwebenden Sichel der Herrschaft erhärtete, dass die Arbeiter Samstag früher Feierabend haben müssen? Bekannt ist, dass dieselbe Kirche später, als sie mit dem Adel und der Unternehmerschaft vereint das Volk beherrschte, bereitwillig die alten Feiertage streichen liess. (In Tirol machte sie 1809 Revolution dagegen, dort war sie eben noch zum Teil ein Stück der Bauerndemokratie.)

Und nun nach diesen Schlaglichtern — die ja nicht vollen Beweis erbringen, aber doch die Realitäten anschaulich machen können — zurück zu dem Thema selbst, zur Schule. Wieso hat die Kirche wieder Macht über unsere Schule gewonnen? Viele Gründe fließen zusammen. Aber keinem aufmerksamen Beobachter kann entgangen sein, dass Bauern und Grundbesitzer genug und billige Arbeitskräfte wollen und darum die achtjährige Schulpflicht hassen. Für sie ist die Schule nicht eine Dogmen-, sondern eine Arbeiter-, eine Klassenfrage! Niemandem kann entgangen sein, dass die grosse Masse der Handwerker sich durch die Lehrlingsausbeutung erhält, also möglichst früh und möglichst lang seines Ausbeutungsobjektes sich freuen will; der Meister will den Jungen selbst in die Schule nehmen und nicht einem hochnasigen Herrn Lehrer überlassen, der den Burschen gescheiter machen will, als der Meister selber ist. Die grösseren Unternehmer brauchen allerdings gut vorgebildete Arbeitskräfte, sie sind also schulfreundlich, soweit die Schule sogenannte positive Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, also unterrichtet. Aber die Schule erzieht auch — und schon darin ist die Unternehmerschaft anderer Meinung als früher: sie soll zur Genügsamkeit, zur Anspruchslosigkeit und — am allerbesten nicht für diese Welt erziehen. Denn diese Welt, die gehört ja den Herren selbst. Der Bürokrat will ja intelligente Untertanen, natürlich: Leistungsfähige Steuerzahler, gesunde, schlagfertige Soldaten, Staatsbürger, welche alle Amtstafeln, Warnungstafeln, Kundmachungen lesen können; Idioten zu regieren ist ja auch kein Vergnügen. Aber die Gesinnung, die Gesinnung — das ist die Hauptsache. Jede einzelne der herrschenden Klassen hat ihren besonderen Wunsch an die Schule. Aber alle diese Wünsche fließen zusammen in dem einen: allerart Kenntnisse, Fertigkeiten, Tüchtigkeiten — gut; aber nur eines nicht — den freien Geist!



Und was ist dieser gefürchtete freie Geist? Er ist intellektuell die Erkenntnis, dass die Dinge dieser Welt wandelbar sind, dass sie gestaltbar sind durch die Tat der Menschen, dass jede Generation der Menschen ihr Los bestimmen kann, dass jede Klasse nach ihrer Emanzipation gerungen hat und auch weiter ringen wird. Und von seiten des Charakters ist dieser freie Geist der Wille und die Kraft, sich selbst zu bestimmen und niemandem botmässig zu werden. Diesen freien Geist müssen für die Schule alle beherrschten Klassen fordern, alle herrschenden fürchten — für die Schule und fürs Leben der Massen. Und darum neigen die herrschenden Klassen — wider Wissen und Gewissen — kraft ihrer Klassenlage dazu, dem Lehrsystem des Glaubens jenes des Wissens, des Dogmas jenes der Forschung, dem Heilsystem des Jenseits das Erziehungssystem des Erdenmenschen zu opfern — was die Massen betrifft. Für sich und ihre Universitäten wollen sie natürlich das letztere vorbehalten. Welche Dogmen, wie viel Dogmen, eines mehr oder weniger, das macht ihnen nichts aus; sie nehmen es auch mit dem Inhalt nicht genau, kennen ihn auch nicht. Es ist ihnen auch völlig schnuppe, ob es der unfreie Geist des Canisius oder des Luther oder auch des Mohammed ist — haben sich doch unsere Christlichsozialen für die Softas und gegen die von den Salonikier Juden beeinflussten Jungtürken erklärt — wenn es nur ein überliefertes, in den Massen noch akkreditiertes System ist.

Da dem so ist, so muss es ganz wirkungslos bleiben, den Herren vom Standpunkt der Logik, der Philosophie, der Religion widerlegen zu wollen, was sie ja selbst nicht glauben. Verzichten sie doch selbst mit der grössten Bereitwilligkeit: für die Massen auf den Intellekt, für sich selber auf die Religiosität. Sie bekennen es doch selbst: Für uns die Freiheit des Intellekts, den Massen aber den Glauben! Ihnen gegenüber im Namen der Wissenschaft gegen das Dogma, im Namen des wahren religiösen Bewusstseins gegen die falsche Religion zu kämpfen, ist also buchstäblich ein Kampf mit Papierschertern gegen Windmühlen.

Oder sollen wir den Kampf um die geistige Emanzipation direkt und abge-sondert von der wirtschaftlich-politischen Bewegung in den Massen führen?

Man denke doch einmal an die Bitttagsprozession: Welchen Sinn soll es haben, dem Landmann zu beweisen, dass der Hagelschlag, das Viehsterben, der Hausbrand ein ganz natürliches Phänomen ist? Wenn der Redner nicht wegen herausfordernder Frozelei Schläge riskieren will, muss er doch wohl erst daran denken, den Landwirt ökonomisch gegen Hagelschlag, Feuer und Viehkrankheiten zu versichern, auf dass derselbe die nötige Objektivität bekomme, ein Naturphänomen mit den voraussetzungslosen Augen des Forschers zu betrachten! Und wie der Landwirt den Naturgewalten, so steht der Proletarier den Sozialgewalten gegenüber. Solange er als Geselle in primitiven wirtschaftlichen Verhältnissen seinem „Herrn und Meister“ ergeben sein muss, weil die Wirtschaftsstufe ein anderes Verhalten nicht denkbar macht, so lange ist auch Jesus „sein Herr und Meister“, das Vorbild des guten Herrn und Hirten — gegenüber all den schlechten Herren, die ihn ausbeuten. Ausserstande, sich ohne Herrn zu denken, will er den Ausbeuter durch die Mahnung an das Evangelium, durch die Berufung an die höhere Instanz, den Herrn aller im Himmel, bessern. Jedem Proletarier angeboren ist der Kommunismus als Denkform und seit dem 12. Jahrhundert hat es nicht eine einzige Bewegung von Arbeitern ohne kommunistischen Charakter gegeben, aber vor der kapitalistischen Epoche ist der Kommunismus autoritär und religiös und findet seine Anknüpfung an das Urchristentum. Genau so ist es heute dort, wo die wirtschaftliche Entwicklung rückständig ist und soweit sie es ist. Grosse Arbeiterschichten tragen heute in ihrem Herzen das revolutionäre Urevangelium, zahlreiche unserer besten Genossen, die ich persönlich kenne, haben in ihrer individuellen Seele den gesamtproletarischen Entwicklungsprozess von Franz v. Assisi bis Thomas Münzer, von Weitling bis Bebel nacherlebt — äusserlich gesehen, sie sind vom katholischen Gesellenverein ausgegangen und in unsere Kampforganisationen eingezogen. Nicht unsere Lehre hat sie aus dem Gesellenverein herausgeholt, der Widerspruch ihrer Klassenlage hat sie herausgetrieben, und so haben sie den modernen Sozialismus instinktiv gesucht und mit dem Freudenschrei der Befreiung gefunden. Was sie befreit hat, ist die — früher nie gegebene — direkte Anschauung, dass der Arbeiter, der



Knecht des Kapitals, in seiner Vereinigung faktisch und unmittelbar den Produktionsapparat des Kapitals beherrscht. Nun kann und muss er sich ohne Herrn denken, nun erst kann er auf das Idealbild des guten Herrn verzichten. Die Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung des materiellen Daseins, oder wenigstens die gegründete Aussicht auf dessen Erringung, ist die Vorbedingung des freien Geistes. Wenn die Kette gefallen, dann ist auch die Freiheit selbstverständlich. Unmarxistisch und unpolitisch wäre es von uns, diesen seelischen Prozess in zahlreichen Arbeiterschichten gewaltsam zu unterbrechen, sie durch eine aufdringliche Glaubens- oder Unglaubenspropaganda in den noch unüberwundenen Anschauungen erst recht zu versteifen und so das Ausreifen der sozialen Anschauungen zu verhindern, aus dem allein die Geistesfreiheit entspringt. Das hiesse den ökonomischen Befreiungskampf durch dogmatisches Gezänk ersetzen.

Die Geistesfreiheit ist die ideologische Blüte auf dem Grunde der ökonomischen Freiheit, ohne sie ist sie eine Topfpflanze, ein Glashausgewächs, gezüchtet in Büchern und Aufsätzen, ein Ding, höchst würdig der Beschäftigung von Dichtern, Denkern und Literaten. Wenn diese einstweilen die Glashäuser füllen, wenn sie uns in exotischer Schönheit den neuen Geist, ein neues religiöses Bewusstsein, eine neue Weltweisheit vorschauend züchten — ehrlichen und heissen Dank. Einstweilen haben wir draussen den Boden urbar zu machen im ökonomischen und politischen Klassenkampf, ist er urbar, dann werden die Pflänzchen ausgesetzt und man wird sehen, was gedeiht. Bis dahin aber ist der einzig mögliche, einzig wirksame Kulturkampf der — Klassenkampf!

---

## J. Seliger: Unsere Parteiorganisation

Die Organisation der Partei hat, wie diese selbst, seit ihren Anfängen eine mächtige Entwicklung durchgemacht. Sie weist heute ein wesentlich anderes Bild auf als im Jahre 1892, da sich die Partei zum erstenmal auf jenem Parteitag ein Organisationsstatut schuf, das einheitliche Grundlinien für den organisatorischen Aufbau im ganzen Reiche festlegte. Trotzdem aber und obwohl seither das innere Parteileben recht beträchtliche Wandlungen erfahren hat, die Trennung der Gesamtorganisation in die nationalen Glieder erfolgte und mannigfache Aenderungen des Organisationsstatuts in anderer Beziehung vorgenommen wurden — die Organisation der deutschen Soziodemokratie in Oesterreich steht noch auf den Grundmauern der 1892er Beschlüsse. Die seitherigen Aenderungen betrafen die inneren Einrichtungen des Organisationsgebäudes, der Grundriss ist intakt geblieben. Auch der letzte deutsche Parteitag vor zwei Jahren befasste sich mit der Organisationsfrage und beschloss die Abänderung des Statuts in mehreren Punkten. Es mag daher vielleicht manchem Parteigenossen als verfrüht erscheinen, die Frage der Ausgestaltung und der inneren Einrichtung unserer Parteiorganisation jetzt schon wieder, nach einer verhältnismässig so kurzen Zeit, aufs neue aufzurollen. Wenn wir es dennoch tun, so geschieht es deshalb, weil unseres Erachtens die Reform unserer Parteiorganisation auf halbem Wege stecken geblieben ist und durch die letzte Aenderung des Organisationsstatuts nicht in jenem Umfange bewirkt wurde, als dies durch die Entwicklung der Partei in den letzten Jahren im allgemeinen geboten schien und ganz insbesondere der Partei durch das Ergebnis der letzten Reichsratswahlen auferlegt worden ist. Es soll damit kein Vorwurf gegen jene Genossen ausgesprochen werden, denen die Vorbereitung der Materie für den Parteitag übertragen war. Wir wissen sehr wohl, in welchem Masse gerade die letzte Zeit vor dem Parteitag die Kräfte aller Genossen für andere Dinge in Anspruch nahm. Schliesslich blieb auch dem Parteitag selbst nicht die nötige Zeit zu einer eingehenden und erschöpfenden Beratung, so dass auch er die so ungemein wichtige Sache überhastet musste. Wir glauben daher, dass es eine dringende Aufgabe des im Herbst dieses Jahres fälligen Parteitages sein wird, sich neuerlich mit der Frage, und zwar in sehr eingehender Weise zu beschäftigen. Für die Machtstellung, Stärke und Aktionsfähigkeit der Partei wird in Hinkunft der Parteiorganisation noch viel mehr ausschlaggebende Bedeutung zukommen als in der



Vergangenheit, von dem Grade der inneren Festigkeit und Funktionskraft unserer Organisation wird entscheidend abhängen, in welchem Masse die Partei alle künftigen grossen Kämpfe siegreich bestehen wird. Das für die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs so glänzende Ergebnis der Reichsratswahlen hat die Partei in eine völlig neue Situation gestellt. In den grossen Kämpfen der Vergangenheit um das Minimum von Freiheiten und Rechten, deren das Proletariat auch in Oesterreich zur wirksamen Geltendmachung und Vertretung seiner Interessen im staatlichen Leben bedarf, kam es wesentlich darauf an, im gegebenen Augenblick grosse Massen ins Feld führen zu können, wozu nicht unter allen Umständen eine gute und straffe Organisation nötig war und eine energische Agitation, ein feuriger Appell an die Arbeiter oftmals ausreichte. In diesen Kämpfen galt vielfach das Wort: Der Krieg muss den Krieg ernähren. Nun ist das Proletariat Oesterreichs im Besitze des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, des Instruments, mit dem es sein politisches Gewicht auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates wirken lassen kann, und die bisherige Methode seiner politischen Kämpfe, die es in Massen auf die Strassen führte, ist, vorläufig wenigstens, abgelöst durch die Methode des parlamentarischen Kampfes. Nun erwächst der Partei die Pflicht, die politischen Kräfte des Proletariats in Oesterreich restlos zu sammeln und in parlamentarische Macht umzusetzen. Dazu aber bedarf es heute mehr als dessen, was genügte, die Massen des Proletariats auf die Strassen zu rufen für den Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Nun gilt es, den in der ersten Wahlschlacht erstrittenen Machtbesitz der Arbeiterklasse nicht nur zu behaupten, sondern in jedem neuen Wahlkampf zu erweitern und dauernd zu festigen. Denn dieser Machtbesitz bestimmt den Grad des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Staat, seine Gesetzgebung und Verwaltung zugunsten der Arbeiterklasse und ihr Ansehen im öffentlichen Leben. Sowenig wir nun etwa geneigt sind, jene Momente zu bagatellisieren, die den vergangenen Kämpfen des Proletariats in Oesterreich den Stempel des Heroismus aufgedrückt haben: Begeisterung, Leidenschaft, revolutionärer Elan, so sehr wir diese Gefühle als Bedingung grosser Siege anerkennen und nicht missen wollen bei allen künftigen Schlachten, die das arbeitende Volk in Oesterreich noch zu schlagen haben wird, so scheint uns doch, dass Erfolg und Sieg in der Zukunft bei der neuen Art der Kämpfe, die wir zu führen haben werden, durch solche Gefühle und Empfindungen, die vielfach durch äussere Erscheinungen, auch wirtschaftlicher Natur, beeinflusst werden, auf die wir keinen Einfluss besitzen, weniger verbürgt sein werden als in der Vergangenheit. Denken wir nur an die künftigen Wahlkämpfe. Unsere Gegner werden kein Mittel unversucht lassen, die Macht der Arbeiterklasse zu schmälern. Sie werden rücksichtsloser und in erhöhtem Masse als in der Vergangenheit ihre wirtschaftliche Uebermacht und die politische Gewalt in den Gemeinden in den Dienst ihrer Sache stellen, wirtschaftlicher Terrorismus, politische Gewaltakte werden noch häufiger in Erscheinung treten als bisher, Wahlrechtsbetrug, Wahlschwindel und Wahlerpressung werden allgemein und an der Tagesordnung sein. Nun hebt der Kampf um jeden Mann und jede einzelne Stimme an, der Kleinkrieg wird schärfer und erbitterter denn je und dem Terror der wirtschaftlich Mächtigen und der politischen Gewalthaber wird die Arbeiterklasse nur mit Erfolg widerstehen, wenn die Partei jede Stimme, die ihr gehört, schon gewonnen hat, ehe es zum entscheidenden Wahlkampf kommt. Die nächste Aufgabe der Partei ist: Erfolg und Sieg und Wachstum seiner politischen Macht dem Proletariat zu sichern auf der soliden Unterlage einer guten politischen Organisation. Auf dieser in erster Linie wird in Zukunft die Sieghaftigkeit der Arbeiterklasse beruhen, und das Mass an Energie, Kraft und politischer Stärke, das ihr die politische Organisation bieten können wird, wird den Grad des Erfolges und die Grösse künftiger Siege bestimmen. Die politische Organisation des Proletariats aber ist die Organisation der Partei; diese deckt jene, beides ist dasselbe. Darum halten wir es für notwendig und dringend, dass sich der nächste deutsche Parteitag mit der Frage der Parteiorganisation eingehend beschäftigt.

Damit soll nun freilich nicht gesagt sein, dass unsere Parteiorganisation schlecht wäre oder auch nur im argen läge. Wir wissen sehr wohl, dass die Partei heute bereits über eine gute Organisation verfügt, nur glauben wir, dass sie nicht in dem Masse, als sie den Bedürfnissen der Vergangenheit entsprach, den Anforderungen der Zukunft



gewachsen sein wird und eben darum einer Revision zu unterziehen ist, wozu einige Anregungen zu geben der Zweck dieser Zeilen sein soll.

Unsere bisherige politische Organisation ruht auf dem sehr losen Grunde des § 2 des Versammlungsgesetzes. Angehöriger der Partei ist, wer sich zu den Grundsätzen unseres Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt. Die Erfüllung der Pflicht zur materiellen Unterstützung ist bei der praktischen Durchführung des Statuts in die Form der Leistung von regelmässigen Beiträgen für die verschiedenen Staffeln der Gesamtorganisation, Reichs-, Landes-, Kreis-, Bezirks-, Lokalbeiträge, gekleidet worden. Wer die Beiträge in seiner Lokalorganisation entrichtet, ist Mitglied dieser und dadurch Mitglied der Partei, obwohl es darum nicht schon ausgemacht ist, dass er auch seiner materiellen Verpflichtung gegenüber der Bezirks-, Kreis-, Landes- oder Reichsparteiorganisation nachkommt. Doch davon später. Die Zusammenfassung der Genossen und Genossinnen in einem Ort geschieht natürlich nicht allein zum Zweck der Beitragsleistung, sondern vor allem dazu, damit sie in dieser Zusammenfassung die der Partei und für die Partei im Ort obliegende Tätigkeit entfalten, gemeinsam, einheitlich, methodisch jene Aufgaben erfüllen und jene Arbeit leisten, die erforderlich sind, Stärke, Macht, Einfluss und Ansehen der Partei zu heben. Zu dieser Tätigkeit treten die Genossen und Genossinnen eines Ortes zu fallweisen oder auch regelmässigen Versammlungen zusammen, die auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes einberufen werden. Was sie zusammenführt und zusammenhält und dazu verhält, ihrer materiellen Verpflichtung gegenüber der Partei pünktlich nachzukommen, das ist eben ihr sozialdemokratisches Bewusstsein, das Bewusstsein der Zugehörigkeit zur Partei und die Einsicht, dass auf dieser materiellen Pflichterfüllung, auf diesem Zusammenwirken der Genossen und Genossinnen das Schicksal der Partei, ihre Grösse, Macht und Aktionskraft beruhen. Es ist ganz zweifellos, dass dieses Bewusstsein und diese Einsicht ein hinreichend starkes Band bildet für den Zusammenhalt der Organisation. Aber dieses Bewusstsein und diese Einsicht sind eben nicht in gleichem Masse bei allen lebendig, die zu uns gehören, deren Ueberzeugung sozialdemokratisch ist und die die Sozialdemokratie als jene Partei erkannt haben, die einzig und allein die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Das zeigt doch schon der Umstand, dass noch so viele Tausende gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, denen es gewiss nicht an Klassenbewusstsein mangelt, der politischen Organisation nicht angehören, das heisst den Lokalorganisationsversammlungen fernbleiben und an der politischen Parteiarbeit keinen aktiven Anteil nehmen.

Wie kommt es denn, dass zwischen der Zahl der gewerkschaftlich Organisierten und der politisch Organisierten ein so grosser Abstand zu ungunsten der politischen Organisation besteht? Es wäre gewiss ein Irrtum, die weitaus geringere Zahl der politisch organisierten Genossen etwa aus dem Vorhandensein eines politischen Indifferentismus bei dem grossen Teil der gewerkschaftlich Organisierten erklären zu wollen. Wir machen doch überall die Erfahrung, dass in allen politischen Kämpfen der Partei die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter den Kern unserer Kampfheere stellen. In der Regel sind ja auch die in den Gewerkschaftsorganisationen tätigen Genossen die leitenden Funktionäre der politischen Organisation und umgekehrt. Aber wir machen ja auch in der gewerkschaftlichen Organisation die Erfahrung, dass fast in der Regel diejenigen, die in den Ortsgruppen die Arbeit leisten, die Monatsversammlungen füllen und die verschiedenen Aktionen durchführen müssen, „immer dieselben“ sind, wie die bekannte Klage unserer Vereinsfunktionäre lautet. Es ist immer ein grosser Teil der Organisierten, der von anderen Dingen abgelenkt wird und nicht den erwünschten aktiven Anteil am Organisationsleben nimmt. Das ist eine Erscheinung, die wohl zu beklagen, aber in absehbarer Zeit kaum zu beseitigen sein wird, denn sie hat sehr reale Ursachen, deren Aufhellung mit unserem Thema allerdings nichts zu tun hat. Jede gewerkschaftliche Organisation hat mit dieser Erscheinung zu rechnen; es wäre aber gewiss ein Fehler, diejenigen Mitglieder, die nicht regelmässig die Gewerkschaftsversammlungen besuchen und nicht den gewünschten lebhaften Anteil am Organisationsleben nehmen, samt und sonders als schlechte Gewerkschafter zu bezeichnen. Das Entscheidende ist, dass die Gewerkschaft alle Arbeiter ihres Berufes er-



fasst, und es ist für sie ein grosser Erfolg, dass sie auch diejenigen erreicht und in ihre Reihen bringt, die für die aktive Betätigung nicht zu haben sind. Das aber gelingt der politischen Organisation in ihrer bisherigen Form nie. In unseren heutigen Lokalorganisationen mit der losen Zusammenfügung auf der Grundlage der § 2-Versammlungen sind in der Tat nur die auch zur aktiven politischen Betätigung bereiten Genossen, die anderen, denen politisches Bewusstsein durchaus nicht mangelt, die aber aktiv nicht mitwirken, gehören der Lokalorganisation nicht einmal an. Darin steckt die Ursache der Differenz in der Stärke zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation. Das ist, so behaupten wir, bei der bisherigen Form unserer politischen Organisation, die eine Organisation nach den herkömmlichen und jedermann fasslichen Begriffen eigentlich nicht ist, gar nicht anders möglich.

Für den Arbeiter, der seiner gewerkschaftlichen Organisation beiträgt, liegt ihr Vorteil klar auf der Hand. Das Statut der Gewerkschaft sagt ihm schon, was sie ihm bietet: Arbeitslosenunterstützung, Streikunterstützung bei Lohnkämpfen, eventuell einen Zuschuss zum Krankengeld, Reiseunterstützung etc. Er weiss auch sofort, dass sie ihm Schutzwehr ist gegenüber den Ausbeutungsgelüsten des Unternehmers, dass sie ihm eine gewisse Lohnhöhe sichert u. s. w. Der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, die Notwendigkeit, ihr anzugehören, drängt sich förmlich von selbst ganz unmittelbar in das Bewusstsein des Arbeiters. Nicht so einfach und fasslich liegt die Sache bei der politischen Organisation, die ihrer Natur nach ihrem Angehörigen keine unmittelbaren Vorteile, Unterstützungen etc. bieten kann, deren Vorteil, Nutzen und Notwendigkeit nicht für jeden ohneweiters erkennbar ist. Das Erkennen der vollen Bedeutung der politischen Organisation für die Arbeiterklasse setzt schon ein gewisses Mass von Einsicht in die Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes voraus. Wer diese Einsicht nicht besitzt, wer noch nicht die Bedeutung und Unerlässlichkeit des politischen Kampfes für die Arbeiterklasse klar erkannt hat und also auch noch nicht zum völligen Verständnis der politischen Organisation vorgedrungen ist, der bleibt ihr völlig fern, der kann nicht einmal — der Ausdruck sei uns gestattet — passives Mitglied der politischen Organisation werden, denn die Form der heutigen nur auf der Zusammenkunft beruhenden Lokalorganisation kennt nur aktive Mitglieder, ebensolche, die den Lokalorganisationsversammlungen beiwohnen. Denn wer an diesen Zusammenkünften nicht teilnimmt, gehört ihnen und somit der politischen Organisation nicht an. Diejenigen Genossen — wir wählen diesen Ausdruck mit Absicht — die nicht in die Lokalorganisationsversammlungen kommen, erfasst unsere heutige politische Organisation zum Unterschied von der gewerkschaftlichen eben nicht.

Schon auf dem letzten Parteitag in Wien wurde der Versuch unternommen, diesem schweren Gebrechen unserer Parteiorganisation dadurch abzuweichen, dass man ihrem Aufbau ein neues Fundament unterlegt. Es sollte die Parteiorganisation auf die Grundlage sozialdemokratischer Vereine gestellt werden. Um diese neue Organisationsform, die übrigens in einigen Kreisorganisationen bereits mit gutem Erfolg praktisch erprobt war, wurde in der zur Vorberatung des Organisationsstatuts eingesetzten Kommission heiss gekämpft, das Resultat war ein Kompromiss: „Die Bezirksorganisation ist überall, wo und sobald es möglich ist, auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Vereines durchzuführen.“ Zu finden, „wann und wo es möglich ist“, wurde den Landes-, beziehungsweise Kreisorganisationen überlassen. Dennoch hat der Gedanke seither gute Fortschritte gemacht. In Deutschböhmen ist diese neue Organisationsform in allen Kreisorganisationen durchgeführt, auch in Schlesien wurde sie akzeptiert und in Mähren wurde ihre Einführung auf dem Olmützer Landesparteitag zu Ostern beschlossen. Selbst in Niederösterreich, wo eine wirkliche politische Organisation, wie das Genosse Winarsky kürzlich hier auseinandergesetzt hat, überhaupt nicht besteht und wo der Gedanke auf besonders entschiedenen Widerstand stiess, beschäftigt man sich auch schon mit dieser Frage, wenn auch vorläufig rein theoretisch. Da glauben wir, dass die Zeit gekommen ist, die Frage für die gesamte deutsche Organisation einheitlich zu lösen und zu trachten, die Parteiorganisation, die jetzt ein so vielgestaltiges Bild aufweist, auf eine einheitliche und feste Grundlage zu stellen. Das Problem ist: eine Organisation zu schaffen, die geeignet ist, den letzten organisationsfähigen Arbeiter zu erfassen und unseren



Reihen einzugliedern. Dazu taugt unsere bisherige Form der Lokalorganisation nicht, das kann nur die Vereinsorganisation sein, die wie in den Gewerkschaften neben den aktiv tätigen Genossen auch die Gewinnung aller jener klassenbewussten Arbeiter für die politische Organisation ermöglicht, die nun einmal, aus welchen Gründen immer, an der kontinuierlichen Arbeit im Organisationsleben nicht teilnehmen. Als einfache Mitglieder, ohne Verpflichtung zu besonderer Betätigung, zu regelmässigem Besuch der Versammlungen etc. lassen sich diese Genossen für den sozialdemokratischen Verein ebenso gewinnen wie für die gewerkschaftliche Organisation. So kann der Kreis der politisch Organisierten auch auf dieses grosse Heer der „Aussenseiter“ ausgedehnt werden. Unser Parteistatut müsste also den Grundsatz aufstellen: Politisch organisiert ist, wer dem sozialdemokratischen Bezirksverein angehört, die Mitgliedschaft beim sozialdemokratischen Verein begründet die Zugehörigkeit zur Partei und den Eintritt in die Lokalorganisation. So wird der Begriff des „Politisch-organisiert-seins“ jedem fasslich und verständlich und mit der regelmässigen Beitragsleistung für die Partei verknüpft sein. Dann wird man freilich nicht schon denjenigen als politisch organisiert qualifizieren und als mit allen Rechten ausgestattetes Mitglied der Partei anerkennen können, der allwöchentlich einmal eine sozialdemokratische Zeitung um den Betrag von 8 h kauft. Schliesslich gibt es nicht nur eine Pflicht, sondern auch ein Recht auf die Mitgliedschaft in der Partei, das durch den Bezug eines Parteiblattes allein eben nicht erworben werden kann.

Da kommen wir nun zu einer Frage, die für die künftige Aktionsfähigkeit der Partei nicht minder wichtig ist als die Form der politischen Organisation; das ist die Frage der Beitragsleistung, die natürlich mit der Organisationsfrage eng verknüpft ist. Auf dem Linzer Parteitag wurde die Beitragsleistung für die Gesamtpartei durch den Beschluss geregelt, dass jeder einer Organisation angehörige Genosse verpflichtet ist, per Monat 2 h direkt an die Reichsparteivertretung als Reichsparteibeitrag abzuführen. Der Beschluss ist heute noch gültig, wie aber sieht es mit dieser Beitragsleistung aus? Wenn die Parteivertretung in den letzten Jahren an sich immerhin ansehnliche Beträge hereinbekommen hat, so danken wir das der Mitwirkung der gewerkschaftlich organisierten Genossen. Was durch die Lokalorganisationen geleistet worden ist, denen die Einhebung und Abfuhr des Reichsparteibeitrages übertragen wurde, das ist ein solcher Pappenstiel im Vergleich zu den riesigen finanziellen Anforderungen an die Parteivertretung, dass sie davon wohl kaum die notwendigsten Verwaltungsspesen hätte decken können. Von den Lokalorganisationen erhält die Parteivertretung eben nur den Reichsparteibeitrag von jenen Genossen, die ihr angehören, das heisst von den wenigen, die an den Versammlungen der Lokalorganisation teilnehmen, die in der politischen Organisation aktiv tätig sind. Die anderen Genossen, die eben nicht regelmässig an den Zusammenkünften teilnehmen, die nicht in dieser Weise aktiv mitwirken und daher auch nicht Mitglieder der Lokalorganisation sind, erreicht auch die Pflicht der Beitragsleistung nicht. Hiefür ein eklatantes Beispiel.

In Deutschböhmen ist die politische Organisation auf Grundlage der sozialdemokratischen Vereine durchgeführt. Für jeden Agitationsbezirk ein politischer Verein, von denen jeder natürlich weit mehr Mitglieder besitzt, als in den Lokalorganisationen des betreffenden Agitationsbezirkes tätig sind und von denen die Parteivertretung den Reichsbeitrag erhält. Der Beitrag für die Landesorganisation, der genau so hoch ist wie der Reichsbeitrag, zwei Heller per Mitglied und Monat, wird aber nicht von den in den Lokalorganisationen tätigen Genossen, sondern von allen dem sozialdemokratischen Verein angehörenden Genossen eingehoben und das Resultat ist folgendes: Während die Parteivertretung in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1908 einen Eingang von etwa 1900 K zu verzeichnen hatte, belief sich die Einnahme der Landesorganisation aus dem gleichen Titel auf 6000 K. Mehr als zwei Drittel der politisch organisierten Genossen entgingen der Beitragsleistung für das Reich, da sie der Parteivertretung infolge der heutigen Form der Einhebung, die eben durch die Lokalorganisation gegeben ist, nicht erreichbar waren. Der Landesparteivertretung muss jeder dem sozialdemokratischen Verein angehörende Genosse den Beitrag leisten, weil zur Quittierung der Beiträge nur die Landesmarke verwendet werden kann, die von den Organisationen um den Betrag des Landesparteibeitrages bezogen wird. Dieser Beitrag hat



auch den Vorzug, dass ihn keiner schuldig bleiben kann. Schon beim Bezug der zur Quittierung bestimmten Marke muss er entrichtet werden.

Eine Schmälerung der Beiträge für die Reichsorganisation erfolgt auch aus dem Grunde, dass die Zahl der den Lokalorganisationen angehörenden Mitglieder beständig schwankt und eigentlich keine feste Grösse besitzt, sich vielmehr von Lokalversammlung zu Lokalversammlung verändert. In der Regel wird dann die niedrigste Zahl zur Grundlage der Beitragsberechnung genommen und einen Teil der an die Parteivertretung abzuführenden Beiträge hält die Lokalorganisation zurück. Ein etwa eintretender Mitgliederzuwachs wird natürlich der Parteivertretung nicht angemeldet und so kommt es, dass die Beitragshinterziehung in nicht wenigen Lokalorganisationen an der Tagesordnung ist. Dazu gesellt sich ein dritter Uebelstand: Viele Lokalorganisationen melden sich und ihre Teilnehmer der Parteivertretung überhaupt nicht an, namentlich bei Neugründung von Lokalorganisationen dürfte sich der Fall sehr oft ereignen und so erweist sich denn das gegenwärtige System der Beitragseinhebung als das denkbar unpraktischste, obwohl es, soll es halbwegs funktionieren, eine nicht geringe Verwaltungsarbeit erfordert, die durch den Korrespondenzverkehr mit so vielen Lokalorganisationen bedingt ist.

Und noch ein letztes schweres Uebel haftet, wie wir glauben, unserem gesamten Parteibeitragssystem an: seine Vielgestaltigkeit. Da werden Lokal-, Bezirks-, Kreis-, Landes- und Reichssteuern von dem einzelnen Parteimitglied eingehoben, die Einhebung ist kompliziert und gerade die Vielgestaltigkeit erschwert dem Leistenden das Erkennen des Zweckes dieser Beiträge. Wozu die Lokalbeiträge gebraucht werden, das geht dem Genossen noch ein, was aber mit den Bezirks-, Kreis-, Landes-, Reichsbeiträgen geschieht, das sieht er nicht, das entzieht sich seiner Kontrolle, und so möchte denn der Parteikassier — weil es doch nicht angeht, in jeder Lokalorganisationsversammlung einen Vortrag über Zweck, Wesen und Aufbau der Organisation und über Pflichtenverteilung in derselben zu halten — dem Beitragsleistenden ein Privatissimum darüber lesen. Da sehen dann die Lokalorganisationen darauf, zunächst für sich zu sorgen, und Bezirk, Kreis, Land und Reich bleiben im Nachteil.

Die Reform der Beitragsleistung, die wir schon mit Rücksicht auf die künftigen grossen Anforderungen an die Gesamtpartei für eine der dringendsten Aufgaben des nächsten Parteitages ansehen, lässt sich in einem mit der Reform der Parteiorganisation erfolgreich und wohl ohne Schwierigkeiten durchführen. Der Aufbau der Parteiorganisation auf der Grundlage der politischen Vereinsorganisation schafft eigentlich erst die Möglichkeit für ein gesundes Finanzwesen in der Partei. Die Reform müsste in folgendem bestehen:

1. Für jeden Agitationsbezirk ist ein sozialdemokratischer (politischer) Verein zu gründen, dem die Besorgung aller Parteiarbeiten im Bezirke obliegt.
2. Der Parteibeitrag wird für alle Parteinstanzen in einem Betrag eingehoben, der auf die Lokal-, Bezirks-, Kreis-, Landes- und Reichsorganisation aufzuteilen ist.
3. Zur Quittierung der Parteibeiträge wird eine einheitliche Quittungsmarke eingeführt, die durch die Landes-, beziehungsweise Kreisorganisationen von der Reichsparteivertretung um jenen Betrag zu beziehen ist, der vom Parteitag als monatlicher Reichsparteibeitrag für jedes Mitglied der Partei festgesetzt wird.

Die Bestimmung der Höhe jenes Betrages, zu welchem die Quittungsmarke von den Landes-, beziehungsweise Kreisorganisationen an die Bezirksorganisationen und von diesen wieder an die Lokalorganisationen abgegeben wird, bleibt der Beschlussfassung der Landes-, beziehungsweise Kreiskonferenzen, respektive Bezirkskonferenzen überlassen.

4. Mitglied der Lokalorganisation kann nur sein, wer politisch organisiert ist, das heisst dem sozialdemokratischen Verein angehört und seinen Vereinsbeitrag regelmässig leistet. Wer Mitglied des sozialdemokratischen Vereines ist, ist Mitglied der Partei.

5. Zur Entgegennahme der Quittierung gibt die Reichsparteivertretung eine für das ganze Reich gleiche und gültige Quittungskarte heraus, die zugleich als Legitimation für die Zugehörigkeit zur Partei gilt.

Auf diesen Grundsätzen, davon sind wir fest überzeugt, können wir auch in Oesterreich der Arbeiterklasse eine politische Organisation schaffen, die stark und gefestigt



genug sein wird, allen künftigen Stürmen zu trotzen und mit der wir imstande sein werden, an die siegreichen Fahnen unserer Partei neue Erfolge und Siege zu heften. Diese Form der Organisation, richtig ausgebaut, wird uns in den Stand setzen, in jedem halbwegs industriell entwickelten Bezirk der Partei ein festes Bollwerk zu errichten. Und darauf kommt es an. Wir haben bei unserer Betrachtung weniger die geringe Zahl der grossen Städte im Auge gehabt, als vielmehr die über das Flachland ausgedehnten Industriegebiete mit ihren zahllosen Arbeiterdörfern und Fabriksstädtchen. Dort ruht nicht zum geringen Teile die Kraft der Partei, dort aber siedeln die Arbeiter nicht in grossen Massen beieinander, sondern verstreut in zahllosen Industriedörfern. Sie alle in einem Körper zusammenzufassen, der, von einem Willen getragen und von einem Gedanken beseelt, dem Ganzen dient, das ist das politisch-organisatorische Problem. Keinen von all denen auszulassen, den Arbeiter im letzten Gebirgsdorf für die Organisation ebenso zu erfassen wie den Proletarier der Industriestadt, in der politischen Organisation selbst die letzten Reste der zerstreuten Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln, das ist die schwierige Aufgabe, die nur durch eine faktische Organisation, nicht durch das Surrogat einer solchen zu lösen ist.

Die Grundlage der Organisation bilden die Lokalorganisationen — das wird auch in der Zukunft so sein. Die Stärke und Kraft der Lokalorganisationen macht die Stärke und Kraft der Partei aus. Aber Stärke und Kraft der Lokalorganisationen drücken sich nicht nur aus in der Zahl ihrer Mitglieder, sie liegt in ihrer Aktionsfähigkeit, darin, dass sie die ihnen obliegenden Aufgaben der Agitation, Aufklärung, Besorgung einer immensen Kleinarbeit in vollem Masse erfüllen. Es ist eine Unsumme von Arbeit, das Ganze ins Auge gefasst, die da Woche für Woche unausgesetzt geleistet werden muss. Aber sie wird in neunzig von hundert Fällen nur voll geleistet, wenn sie angeregt, angeleitet, angeschult und stetig kontrolliert wird. Wo diese Einwirkung fehlt, dort verflacht das Leben in der Organisation, dort wird es für die Genossen interesselos. Diese Anleitung, Anregung, Schulung zu geben, die Tätigkeit in den Lokalorganisationen stetig zu kontrollieren und sie methodisch zu betreiben, das ist die wesentlichste Funktion der Bezirksorganisationen, zu der es aber geschulter, erfahrener und fähiger Genossen und ferner auch zureichender finanzieller Mittel bedarf, die nur durch ein Beitragssystem aufgebracht werden können, das alle der Partei nach ihrer Ueberzeugung und ihrem politischen Bewusstsein Angehörigen zu jener materiellen Pflichterfüllung gegenüber der Partei verhält, wie sie im ersten Paragraph des Parteistatuts als Voraussetzung der Parteizugehörigkeit festgelegt ist. In jeden der vielen heute noch verwaisten Agitationsbezirke mit immerhin zahlreicher Arbeiterschaft einen solchen leitenden Genossen zu bringen, halten wir für eine Vorbedingung des Ausbaues, der Stärkung und des Wachstums unserer Organisation. Hier nach dem Rechten zu sehen und helfend einzugreifen, wird neben manch anderen die künftige Sorge der Parteivertretung sein, der sie zum Vorteil der Partei nur ledig werden wird, wenn ihr hinreichende Mittel zur Verfügung stehen. Sie zu schaffen, bedarf es jener gründlichen Reformen, die wir im vorstehenden angedeutet haben. Dann aber wird die Partei stark genug sein, das Errungene dauernd zu festigen und neue Erfolge vorzubereiten. Diesem gilt's. Darum: an die Arbeit!

---

## Karl Kautsky: Ein Brief über Marx und Mach

In der russischen Sozialdemokratie finden seit längerem heftige Diskussionen über die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Marxismus statt, bei denen insbesondere mit grosser Leidenschaft die Frage erörtert wird, ob die Anschauungen Ernst Machs mit den Marxschen Lehren vereinbar sind. Ein russischer Arbeiter in Zürich, Genosse Bendianidse, hat sich an Genossen Kautsky mit der Bitte gewendet, ihm seine Stellungnahme bezüglich der strittigen Punkte mitzuteilen. Den Brief, in dem Genosse Kautsky die Fragen Bendianidses beantwortet, bietet ein über den speziellen Anlass hinausgehendes Interesse und es freut uns daher, diesen Brief, den



Genosse Bendianidse uns mit Zustimmung Kautskys zur Verfügung gestellt hat, den Lesern des „Kampf“ vorlegen zu können. Friedrich W. Adler.

\*  
\*  
\*  
Berlin-Friedenau, den 26. März 1909.

Lieber Genosse Bendianidse, ich bin sehr beschäftigt, muss mich also kurz fassen.

Sie fragen: ist Mach ein Marxist? Das kommt darauf an, was man unter Marxismus versteht. Ich verstehe darunter keine Philosophie, sondern eine Erfahrungswissenschaft, eine besondere Auffassung der Gesellschaft. Die Auffassung ist allerdings unvereinbar mit einer idealistischen Philosophie, nicht aber unvereinbar mit der Machschen Erkenntnistheorie. Mach selbst ist aber kein Marxist aus dem einfachen Grunde, weil er ein Physiker ist und einer wissenschaftlichen Erforschung der Gesellschaft fernsteht.

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es sehr klar denkende Köpfe, die Machianer sind. Bebel hat sich mit der Frage noch nicht befasst. Ich selbst finde zwischen der Marxschen und der Dietzgenschen Anschauung keinen wesentlichen Unterschied. Mach steht aber Dietzgen sehr nahe.

Man muss jedoch unterscheiden zwischen Mach und Dietzgen einerseits und ihren Anhängern andererseits. Unter den Machianern und Dietzgenianern gibt es einige, die ziemlich dummes Zeug schreiben, dem entgegengetreten werden muss. Wenn Plechanoff und seine Freunde sich gegen Mach und Dietzgen wenden, schreibe ich es hauptsächlich dem zu, dass sie durch den Unsinn einzelner Machianer und Dietzgenianer provoziert werden.

Zu diesem Unsinn gehört auch die Behauptung, Plechanoff sei Metaphysiker. Wenn Sie mich fragen, ob Plechanoff die Marxsche Philosophie richtig lehrt, muss ich antworten, dass Marx keine Philosophie, sondern das Ende aller Philosophie verkündet hat. Dass Plechanoff aber einer der besten Kenner der Marxschen Lehren ist, kann nicht bezweifelt werden.

Im übrigen muss ich aber bemerken, dass ich den ganzen Streit in der russischen Sozialdemokratie über Mach sehr bedaure. Klarheit über die Machsche Erkenntnis-kritik ist natürlich eine sehr schöne Sache, aber eine Sache, die mit den Aufgaben unserer Partei nicht enger verwandt ist als etwa die Streitfrage zwischen Lamarckismus und Darwinismus oder die Frage, ob die Atomtheorie noch haltbar ist. Es ist ganz verkehrt, diese Frage zur Parteifrage zu machen und die ohnehin schon viel zu zerklüftete russische Sozialdemokratie dadurch noch mehr zu spalten.

Es wäre Marx nie eingefallen, eine solche Frage zur Parteifrage zu machen, und darin erweisen sich weder Plechanoffianer noch Machianer als gute Marxisten. Die Führer des russischen Proletariats haben gerade jetzt dessen Interesse auf andere Fragen zu lenken, wie auf die, ob Mach Marxist sei oder nicht.

Die Hauptsache ist, dass die Proletarier die Marxsche Oekonomie und Geschichtsauffassung begreifen lernen, um mit deren Hilfe die Situation der modernen Gesellschaft und die Aufgaben des Proletariats und insbesondere ihre Aufgaben im eigenen Lande zu erkennen. Der Marxismus will dem Proletariat die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung beibringen, wie das Kommunistische Manifest sagt.

Der Ausgangspunkt dabei ist die Erkenntnis, dass nicht das Bewusstsein der Menschen ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein ihr Bewusstsein bestimmt.

Ob man diese Auffassung auf den Materialismus des 18. Jahrhunderts oder den Machismus oder den Dietzgenschen dialektischen Materialismus oder sonstwie stützt, ist ja für die Klarheit und Einheitlichkeit unseres Denkens nicht ganz gleichgültig, aber eine Frage, die für die Klarheit und Einheitlichkeit der Partei ganz belanglos ist. Die einzelnen Genossen mögen darüber als Privatleute ihre Studien machen, wie über die Frage der Elektronen oder der Weismannschen Gesetze der Vererbung, die Partei soll man damit verschonen.

Sollten diese Zeilen dazu beitragen, dass die russischen Genossen den Machianismus zur Privatsache erklären, würde ich glauben, der russischen Sozialdemokratie genützt zu haben.

Ich grüsse Sie bestens. Ihr

K. Kautsky.



## Robert Danneberg: Sozialdemokratische Erziehungsarbeit

In der ersten Nummer dieser Zeitschrift hat Genosse Viktor Adler über die neuen Aufgaben geschrieben, die der Partei erwachsen sind, seit sie das gleiche Wahlrecht erobert hat und in der Wahlschlacht ihre wirkliche Stärke zutage trat. Die neuen Aufgaben sind nicht bloss auf dem Gebiete der Ausnützung der gewonnenen politischen Macht zu suchen; sie bestehen auch darin, die sicherste Grundlage dieser Macht, die Organisation, zu festigen und so die Erweiterung der Macht durch die Ausdehnung der Partei zu ermöglichen. Dazu ist zunächst erforderlich, dass ein brauchbarer Rahmen für die Organisation geschaffen wird. Darum beschloss der letzte deutsche Parteitag ein neues Organisationsstatut für das Reich, die seither abgehaltenen Landesparteitage schufen für die politische Organisation in den einzelnen Kronländern neue Grundlagen. Aber es genügt nicht, bloss dafür zu sorgen, dass alle Genossen in geeigneter Weise organisiert werden. Dass einer seinen Parteibeitrag pünktlich entrichtet, macht ihn noch nicht zum Sozialdemokraten. Dazu ist, wie schon der § 1 des Organisationsstatuts es verlangt, auch erforderlich, dass er „sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekenne“. Wer sich aber zum Parteiprogramm bekennen soll, muss es vor allem erst kennen lernen. Den Tausenden, die der politische Kleinkampf, die Agitation für einzelne gerade aktuelle Forderungen ins Lager der Partei bringt, das ganze Programm zu zeigen, sie zu Sozialdemokraten zu machen, ist eine unerlässliche Aufgabe. „Soll die Partei nicht verflachen“ — so schrieb Genosse Adler —, „so müssen wir um jeden Preis, koste es, was es wolle, die Bildungsarbeit der Partei mit aller Kraft aufnehmen. Die Mittel dazu können und müssen beschafft werden. Die grossen Volksversammlungen, so nötig sie sind, dürfen auf die Dauer nicht den Vorträgen die Kräfte entziehen. Die intensive Kleinarbeit der sozialdemokratischen Schulung muss wieder in den Vordergrund gestellt werden und die besten Kräfte der Partei müssen sich ihr widmen. Wähler gewinnen ist nützlich und notwendig; Sozialdemokraten erziehen ist nützlicher und notwendiger.“

Freilich ist diese Bildungsarbeit ungemein schwierig. Wer am Tage neun oder zehn Stunden lang schwere körperliche Arbeit leisten muss, ist am Abend nicht mehr sehr aufnahmefähig. Dazu kommt noch, dass unsere elende Volksschule dem Arbeiter oft nicht einmal das primitivste Wissen verschafft. Wie wenige lernen in der Schule wirklich denken! Es kann nicht Aufgabe der Partei sein, den Massen der Arbeiter das zu geben, was ihnen die Volksschule des Klassenstaates nicht gegeben hat. Dazu fehlt es ihr an Kräften, Geld und Zeit. Nur einer verhältnismässig kleinen Anzahl wird sie die Möglichkeit verschaffen können, sich Allgemeinbildung anzueignen. Was die Partei aber möglichst allen ihren Anhängern geben müsste, ist die Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Auch diese Arbeit ist, selbst wenn wir voraussetzen, dass das Geld und die Kräfte hierfür überall vorhanden sind, aus oft erörterten Gründen schwierig genug. Sie ist aber in Oesterreich noch schwieriger als anderwärts, weil bei uns infolge der eigenartigen Verhältnisse des Staates der tägliche politische Kampf der Partei bis vor zwei Jahren in der Regel nicht sozialistischer Anschauungsunterricht war und es auch heute oft genug nicht sein kann. Die Partei muss auch jetzt noch einen grossen Teil ihrer Kraft zur Lösung schwieriger Probleme verwenden, die mit den eigentlichen Aufgaben der Partei unmittelbar nichts zu tun haben, aber doch gelöst sein müssen, ehe die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft auf die Durchführung ihrer spezifisch sozialistischen Aufgaben konzentrieren kann. Gerade darum, weil der politische Kampf bei uns nicht immer in direkt sozialistischem Sinne erzieherisch wirkt und so der Bildungsarbeit ein Quell gewaltiger Anregungen fehlt, ist die bewusste sozialistische Erziehung notwendiger und schwieriger als in anderen Ländern, in denen nicht das Sein oder Nichtsein des Staates fast ununterbrochen auf der Tagesordnung steht und der Klassenkampf zu jeder Stunde vernehmlich den Sozialismus verkündet.

In Erwägung dieser Umstände hat die Partei, ohne zu zögern, nach ihrem grossen



Wahlsieg die Bildungsarbeit systematisch begonnen. In Wien, wo seit jeher viel für die Erziehung der Arbeiter geschah, wurde mit der Schaffung des Unterrichtsausschusses und der Bezirksunterrichtsorganisationen der Anfang gemacht. Ueber ihre Einrichtungen und Aufgaben hat Genosse Winarsky bereits in dieser Zeitschrift berichtet.\* Was die neugegründete Institution der Partei in ihrem ersten Berichtsjahre, vom 1. November 1908 bis Ende Juni 1909, geleistet hat, soll nun dargelegt werden.

In organisatorischer Beziehung war es zunächst Aufgabe des Unterrichtsausschusses, in den Bezirken Wiens die Schaffung eigener Unterrichtsorganisationen anzuregen. In sechs Bezirken (III., X., XII., XIV./XV., XX., Floridsdorf) bestanden sie bereits, ohne jedoch überall eine sonderliche Tätigkeit zu entwickeln. In den übrigen Bezirken mussten sie erst ins Leben gerufen werden. Der Versuch gelang fast in allen Fällen. Nur vier Bezirke entbehren heute noch diese Organisation: der V. Bezirk, in dem die Gründung vorläufig misslang, ferner die Bezirke XI, XIII und XIX, in denen sie nicht versucht wurde. So existieren also heute in Wien bereits 16 Bezirksunterrichtsorganisationen. Sieben davon sind Verbände mit behördlich genehmigtem Statut, neun bestehen aus losen Vereinigungen aller im Bezirk ansässigen Arbeitervereine. Dreizehn Unterrichtsorganisationen stehen Privatlokale zur Verfügung, deren Kosten sich jährlich auf rund 20.000 K belaufen. In drei Bezirken ist auch die Zentralisation der Bibliotheken bereits durchgeführt. Die Bezirksunterrichtsorganisationen heben von den angeschlossenen Vereinen regelmässige Beiträge ein, die zwischen 1 h pro Mitglied und Monat und 2 h pro Mitglied und Woche schwanken. Dafür sind alle Unterrichte und Vorträge, die veranstaltet werden, grundsätzlich für alle Mitglieder der angeschlossenen Vereine frei zugänglich. Da viele Genossen nicht in demselben Bezirk wohnen, in dem die Organisation ihren Sitz hat, der sie angehören, haben alle Bezirke miteinander vereinbart, dass jeder Genosse, dessen Organisation in irgend einem Bezirk die Beiträge zur Unterrichtsorganisation leistet, die Unterrichte und Kurse in allen Bezirken besuchen darf. Mit den Gewerkschaften, die keine Ortsgruppen haben, trat der Unterrichtsausschuss in Unterhandlungen, um auch sie zu entsprechenden Beitragsleistungen heranzuziehen. Die Resultate stehen noch aus. Der Unterrichtsausschuss selbst hebt für sich von den Bezirken keinerlei Beiträge ein, sondern bestreitet seine Verwaltungskosten aus den Subventionen der Reichs- und Landesparteivertretung sowie der Differenz zwischen den Vortragshonoraren, die er einhebt und auszahlt. So werden auch die Spesen für die Vorträge aufgebracht, die den Vereinen der jugendlichen Arbeiter kostenlos vermittelt werden. Auch das aus der Vermittlung der Vorträge für die Frauenvereine resultierende Defizit muss so gedeckt werden. Die Bezirksunterrichtsorganisationen selbst finden namentlich in den Bezirken, in denen Privatlokale bestehen, mit den niedrigen Beiträgen nicht ihr Auskommen. Sie sind auf die Einnahmen aus Tanzunterricht und Festen angewiesen; wenn auch diese nicht ausreichen, deckt die politische Bezirksorganisation das Defizit. Im allgemeinen darf man wohl behaupten, dass die Unterrichtsorganisationen für den Anfang recht gut funktionieren, dass es auch gelingen wird, die Widerstände, die sich vereinzelt geltend machen, im Laufe der nächsten Monate zu überwinden.

Die wichtigste Aufgabe, die dem Unterrichtsausschuss gestellt war, bildete die Besorgung des Vortragswesens. Da der Wiener Arbeiter im Durchschnitt wenig Bücher liest, sind die Vorträge das wichtigste Bildungsmittel. Vor dem Unterrichtsausschuss hatte schon der wissenschaftliche Verein „Zukunft“ versucht, die Vortragsvermittlung zu zentralisieren. Es ist ihm nicht ganz geglückt. Der Unterrichtsausschuss hat diese Bestrebungen mit Erfolg fortgesetzt. Man darf wohl sagen, dass die wissenschaftlichen Vorträge, die ohne Vermittlung des Unterrichtsausschusses in den Gewerkschaften abgehalten werden, an Zahl nur mehr sehr gering sind. (Von den Fachvorträgen sehen wir hier ab.) Anders steht es natürlich mit den Wahlvereinen, die sich politische Vorträge zumeist selbst besorgen müssen; mit den Jugendlichen, denen der Unterrichtsausschuss aus finanziellen Gründen nicht so viele Vorträge vermitteln kann, wie sie brauchen, und den wenigen noch existierenden Bildungsvereinen, die sich ihre Vorträge häufig auch selbst beschaffen.

\* Siehe das Dezemberheft 1908.



Was der Unterrichtsausschuss geleistet hat, zeigen folgende Zahlen:

Es wurden Vorträge vermittelt

an Gewerkschaften . . . . .	569
„ Jugendorganisationen . . . . .	140
„ Frauenorganisationen . . . . .	52
„ politische Organisationen . . . . .	94
„ Unterrichtsorganisationen und Bildungsvereine . . . . .	338
„ Sportvereine . . . . .	12
„ verschiedene Vereine . . . . .	11

1216

104 dieser Vorträge fanden ausserhalb Wiens statt.

Was die Themen anlangt, so verteilen sich die Einzelvorträge auf folgende Gebiete:

Sozialismus und Sozialpolitik . . . . .	60 Themen	309 Vorträge
Geschichte und Politik . . . . .	40 „	174 „
Naturwissenschaften . . . . .	12 „	79 „
Medizin . . . . .	15 „	52 „
Literatur . . . . .	9 „	32 „
Rezitationen . . . . .	— „	115 „
Verschiedenes (Philosophie, Rechts- wissenschaft etc.) . . . . .	28 „	103 „
	164 Themen	864 Vorträge

Die übrigen Vorträge waren Zyklenvorträge. Nicht weniger als 60 Vortragszyklen wurden veranstaltet. Davon entfielen 46 auf Unterrichtsorganisationen, 4 auf politische Vereine, 7 auf Gewerkschaften, 2 auf Frauenvereine und 1 auf einen Sportverein. 53 fanden in Wien statt, 7 in der Provinz (Hohenberg, Liesing, Schwechat, Traisen, Hallein, Salzburg und Leoben). Ueber die Themen gibt folgende Aufstellung Aufschluss:

Themen	Zahl der Zyklen	Gesamtzahl der Vorträge
Parteiprogramm . . . . .	12	101
Die Ziele des Sozialismus . . . . .	5	26
Kapitalismus und Sozialismus . . . . .	4	25
Sozialismus und Anarchismus . . . . .	4	13
Geschichte des Sozialismus . . . . .	2	14
Sozialistische Kommunalpolitik . . . . .	1	5
Frauenfrage . . . . .	3	14
Soziale Bewegungen im Altertum . . . . .	1	4
Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung . . . . .	1	9
Theorie und Praxis der Gewerkschaften . . . . .	9	56
Geschichte der österreichischen Gewerkschaften . . . . .	1	6
Theorie des Arbeiterschutzes . . . . .	2	11
Sozialversicherung . . . . .	1	5
Arbeiterrecht . . . . .	2*	10
Geschichte Oesterreichs im 19. Jahrhundert . . . . .	1	6
„ „ seit 1848 . . . . .	1**	2
„ „ von 1848 bis 1866 . . . . .	1	3
Geistige Umwälzungen vom 16. bis zum 19. Jahr- hundert . . . . .	1	3
Einführung in die deutsche Literatur des 19. Jahr- hunderts . . . . .	1	7
Entwicklung des deutschen Theaters . . . . .	1	7
Darwinismus . . . . .	2	8
Biologie . . . . .	1	4
Erziehung . . . . .	1	6
Frauenkrankheiten . . . . .	1	4
Erste Hilfe . . . . .	1	3
	60	352

Die Vermittlung der mannigfachen Unterrichte (Sprach-, Elementar-, Stenographie-, Redeunterrichte etc.), die von den Bezirksunterrichtsorganisationen abgehalten werden, oblag in der Berichtsperiode dem Unterrichtsausschuss noch nicht, da er seine Tätigkeit erst zu einer Zeit begann, als für diese Unterrichte schon vorgesorgt war. Er hat darum im ganzen nur 8 Unterrichte mit zusammen 177 Unterrichtsstunden vermittelt. Sie sind

\*Einer dieser beiden Zyklen musste wegen Mangels an Teilnehmern vorzeitig abgebrochen werden.  
\*\* Der Zyklus musste wegen Mangels an Teilnehmern vorzeitig abgebrochen werden.



in den obigen Tabellen nirgends mitgezählt. Die Gesamtzahl der von den Wiener Arbeitervereinen per Saison veranstalteten Unterrichte beträgt, abgesehen von den von einzelnen Gewerkschaften eingerichteten Fachunterrichten, ungefähr 100.

Die Zahl der vom Unterrichtsausschuss verwendeten Referenten und Lehrer betrug

im November 1908 . . .	52
„ Dezember 1908 . . .	52
„ Jänner 1909 . . .	59
„ Februar 1909 . . .	48
„ März 1909 . . .	55
„ April 1909 . . .	45
„ Mai 1909 . . .	36
„ Juni 1909 . . .	30

Welche Arbeit vom Unterrichtsausschuss zur Bewältigung der an ihn gestellten Anforderungen geleistet werden musste, erhellt auch daraus, dass in den 8 Berichtsmonaten rund 1500 Poststücke einliefen, 4100 Poststücke ausgingen und sich in der Sprechstunde des Sekretärs 450 Genossen einfanden.

Ueber den Besuch der Vorträge liegt keine Statistik vor. Die Zahl der Zuhörer bei den Einzelvorträgen kann auch nicht annähernd angegeben, die der Besucher der 60 Zyklen wird erst ermittelt werden. Die Frequenzziffern bewegen sich zwischen 30 und 300.

Das Vortragswesen in Wien ist seit jeher stark entwickelt. Aber die grosse Zahl der abgehaltenen Vorträge darf nicht darüber täuschen, dass das Interesse für die sozialistische Erziehung nicht überall in gleichem Masse vorhanden ist. Elf Gewerkschaften veranstalteten in Wien keinerlei Vorträge während des ganzen Jahres! Bei vielen anderen ist die Zahl der Ortsgruppen, die Vorträge veranstalteten, im Vergleich zur Zahl der bestehenden Ortsgruppen ausserordentlich gering. Die Erfahrung lehrt auch, dass viele Gewerkschafts Ortsgruppen nur einmal in Monaten einen Vortrag abhalten. Vereine, die regelmässig in jedem Monat einen Vortrag abhalten, gibt es nur recht wenige. Solche, die dies öfter tun, sind besonders selten. Würde jede Gewerkschafts Ortsgruppe in Wien auch nur acht Vorträge im Jahre abhalten, so müsste deren Zahl mehr als 4000 betragen. Es ist wohl nicht zu verkennen, dass die Funktionäre vielfach den Vorträgen wenig Bedeutung beimessen und die sozialistische Erziehung der Mitglieder nicht als einen wichtigen Zweig ihrer Tätigkeit betrachten. Sonst wäre wohl auch der Besuch der Vorträge ein weit besserer. Er ist ja zweifellos absolut nicht geringer als in vergangenen Jahren. Aber er ist mit dem rapiden Aufschwung der Gewerkschaften nicht grösser geworden. Es gibt sicher eine Anzahl grosser Ortsgruppen, in denen kaum 10 Prozent der Mitglieder die Vorträge besuchen. Die Vereinslokale der Ortsgruppen waren früher die Hauptstellen für die Einzahlungen, darum erschien zu den Vorträgen ein grösserer Prozentsatz der Mitglieder. Heute ist es vielfach zur Einrichtung geworden, die Beiträge in den Betrieben einzukassieren oder durch Hauskassiere einheben zu lassen, weshalb für die Masse der Mitglieder die Notwendigkeit entfällt, im Vereinslokal zu erscheinen. Die gewerkschaftliche Nützlichkeit dieser Einrichtung zweifelt natürlich niemand an, aber gerade weil sie besteht, müssten die Gewerkschaften die Propaganda für die Vorträge weit intensiver betreiben. An der sozialistischen Erziehung ihrer Mitglieder haben sie ja genau dasselbe Interesse wie die Partei. Darum schrieb auch Genosse Hueber in seinem Bericht an den letzten Gewerkschaftskongress: „Selbstredend ist es Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass aus dem hungernden Arbeiter, der als Mitglied gewonnen wird, ein denkender und bewusster Genosse wird, der nicht nur zur Lösung der Magenfrage allein mit beiträgt und mitkämpft, sondern sich zur Aufgabe stellt, der modernen Lohnsklaverei ernstlich an den Leib zu rücken. In diesem Geiste wurden unsere Organisationen gegründet und ausgebaut.“

Es ist zweifellos, dass viele Ortsgruppen mehr Vorträge abhalten würden, wenn sie über mehr Mittel hierfür verfügten. Einzelne Gewerkschaften haben im Laufe dieses Jahres in dieser Beziehung schon Aenderungen durchgeführt, um ihren Ortsgruppen die Zugehörigkeit zu den Bezirksunterrichtsorganisationen und die Abhaltung von Vorträgen zu erleichtern.

Auch das Vortragswesen der Wahlvereine bedarf, wie die Erfahrung gelehrt hat,



einer gründlichen Aenderung. Hier gilt es vor allem die Themen zu reformieren. Um in möglichst breiten Schichten von Parteigenossen Interesse für die politischen Vorgänge zu erwecken, müsste dafür Vorsorge getroffen werden, dass in den Wahlvereinen über die Gesetzesvorlagen, die im Parlament eingebracht werden, und über aktuelle politische Fragen regelmässig vorgetragen und diskutiert wird. Eine Stätte hiefür fehlt der Partei heute, denn in den Bezirkskonferenzen, die allein in Frage kommen, ist in aller Regel nach der Verhandlung der organisatorischen Fragen keine Zeit dazu. Werden die Wahlvereine hierzu verwendet, so wird das gewiss auch zu der so notwendigen Hebung der politischen Organisation beitragen. Der Unterrichtsausschuss konnte auf diesem Gebiet heuer nur eine geringe Tätigkeit entfalten. Er wird sich im kommenden Herbst auch dieser Aufgabe widmen müssen.

Sehr gut haben sich die Unterrichtsorganisationen bewährt, wie die Zahl der Zyklen zeigt, die sie abgehalten haben. Genaue statistische Daten werden erst vom Herbst an gesammelt werden, so dass man erst dann einen klaren Ueberblick haben wird. Aber wir können auch jetzt schon sagen, dass die Erfolge, die im ersten Jahre des Bestandes dieser Organisationen errungen wurden, für den Anfang zufriedenstellend sind. Hier ist in intensivster Weise sozialistische Erziehungsarbeit geleistet worden. Die Schwierigkeiten, auf die man dabei stösst, sind sehr gross. Es konnte schon öfters beobachtet werden, dass gerade sehr lerneifrige und lernfähige Genossen für das Studium der Naturwissenschaften und der Kulturgeschichte viel mehr Interesse haben als für das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus. Dann kommt für Wien noch ein zweiter Umstand in Betracht. Ich habe früher hervorgehoben, dass der politische Kampf in Oesterreich weniger als anderwärts zu sozialistischer Erkenntnis erziehen kann. Es ist vielleicht nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, dass er speziell in Wien die sozialistische Erziehung mitunter sogar einigermassen erschwert. Die Wiener Arbeiterschaft ist seit einer langen Reihe von Jahren gezwungen, einen vehementen Kampf gegen die christlichsoziale Partei zu führen. Es ist nur zu begreiflich, dass dieser Kampf, der mit einer grandiosen Begeisterung und einer Zähigkeit ohnegleichen geführt wird, das ganze Denken und Empfinden des Arbeiters in Anspruch nimmt, der in der Tradition dieses Kampfes aufgewachsen ist. So ist der Antiklerikalismus eine starke Potenz geworden. Was antiklerikal ist, erscheint von vornherein sympathisch und kann auf Beifall rechnen. Kulturkämpferische Phrasen üben mitunter stärkere Wirkung als sozialistische Auseinandersetzungen. Die Versammlungen der „Freien Schule“ werden von den Arbeitern stärker besucht als die Parteiveranstaltungen, in denen über den Sozialismus geredet wird. Diese Zustände bergen ja gewiss vorderhand für die Partei keine Gefahr; sie können auch nicht ganz beseitigt werden, da sie ihre Wurzeln in Tatsachen haben, die nicht zu ändern sind. Denn der Kampf gegen die Christlichsozialen ist ja eine der wichtigsten Aufgaben der Partei. Aber gerade deshalb muss mit aller Kraft daran gearbeitet werden, dass in den breiten Massen des Wiener Proletariats, die aus dem praktischen Kampf mehr antiklerikale als sozialistische Anregungen empfangen, auch das Interesse für den Sozialismus geweckt wird und lebendig bleibt. Zieht man die erörterten Umstände in Betracht, dann darf die Partei mit dem Ergebnis der Bildungsarbeit des ersten Jahres sehr zufrieden sein.

Die Gewinnung geeigneter Vortragskräfte für die Abhaltung der Einzelverträge und der Zyklen bietet natürlich eine besondere Schwierigkeit. Es sind ja Vortragende für die verschiedensten Wissensgebiete notwendig, da sich der Unterrichtsausschuss nicht auf die Vermittlung sozialistischer Themen beschränken kann. Die Wiener Arbeiter haben zwar mehr als die jeder anderen Stadt Gelegenheit, in bürgerlichen Vereinen Vorträgen und Unterrichten auf allen Wissensgebieten beizuwohnen; die grossen Leistungen des Wiener Volksbildungsvereines, des „Volksheims“ und der Volkstümlichen Universitätskurse sind weltbekannt. Aber alle diese Veranstaltungen erreichen doch nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft; darum muss der Unterrichtsausschuss auch auf die Vermittlung naturwissenschaftlicher und geschichtlicher Vorträge bedacht sein und auch andere Wissensgebiete berücksichtigen. Selbstverständlich muss er auch genaue Kenntnis vom Inhalt der Vorträge haben, die er vermittelt, die Vortragenden und die Vereine in der Wahl ihrer Themen zu beeinflussen versuchen. Es ist klar, dass der



Unterrichtsausschuss, der über ein halbes Hundert ständiger Redner verfügt, die in einigen hundert Vereinen sprechen, eine grosse Verantwortung zu tragen hat; übt er doch durch seine Tätigkeit einen Einfluss auf das Denken vieler Tausender Arbeiter! Es ist nur ein Zufall, dass das Sekretariat des Unterrichtsausschusses mit dem Reichsparteisekretariat räumlich verbunden ist. Es liegt aber darin ein tieferer Sinn. Es wird dadurch deutlich ausgedrückt, dass die Partei nicht mehr bloss die politische Aktion des Proletariats lenken will, sondern ebenso systematisch, wie sie dies tut, das ganze Denken und Empfinden der Arbeiterschaft in sozialistischem Sinne zu beeinflussen sucht. Erst so wird sie ihrer Aufgabe völlig gerecht.

Das Bild der sozialdemokratischen Erziehungsarbeit, die in Wien geleistet wird, wäre nicht vollständig, wollten wir nicht die Tätigkeit der Wiener Arbeiterschule schildern, der bedeutsamsten Unterrichtsanstalt, über welche die Partei verfügt. Sie ist nicht dem Unterrichtsausschuss unterstellt, sondern dem Verein „Zukunft“, der sie im Jahre 1904 gegründet hat. Sie ist ihrem Lehrplan nach eine Hochschule, die sich auf die Sozialwissenschaften beschränkt. Die Arbeiter, die in andere Wissenschaften tiefer eindringen wollen, finden in den volkstümlichen Hochschulkursen reichliche Gelegenheit hierzu. Ihrer organisatorischen Einrichtung nach ist die Arbeiterschule eine Mittelschule. Sie kennt nicht das Prinzip der „Lernfreiheit“, gestattet also den Schülern keine Auswahl der Gegenstände, sondern verpflichtet sie zur Teilnahme an allen. In ihr werden auch nach Tunlichkeit keine Vorlesungen gehalten, sondern es wird unterrichtet. Die Schule wird von der Gewerkschaftskommission und den Gewerkschaften erhalten. Ausserdem werden Schulgelder eingehoben; für jedes Semester sind 2 K zu entrichten.

Lehrgegenstände sind: Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre, Nationalökonomie, Geschichte des Sozialismus und Oesterreichisches Recht. Jeder Gegenstand wird durch vier Semester (die je vier Monate dauern), einmal wöchentlich unterrichtet, so dass auf jeden etwa 60 Unterrichtsstunden entfallen. Da in jedem Jahre ein neuer Kurs begonnen wird, so findet stets in zwei Kursen zu gleicher Zeit Unterricht statt. Der verbesserte Lehrplan, nach dem vom Herbst an unterrichtet werden wird, ist folgender:

### Erstes Schuljahr.

#### 1. Semester.

A. Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre. Die sozialen Verbände. Herrschaft und Vertrag. Anarchismus. Liberalismus. Sozialismus. — Die antike Gesellschaft.

B. Volkswirtschaftslehre. Wirtschaftsgeschichte des deutschen Volkes. Grundbegriffe der Nationalökonomie.

C. Geschichte des Sozialismus. Thomas More. Die Klassenkämpfe in der französischen Revolution (Babeuf). Saint-Simon. Fourier.

D. Oesterreichisches Recht. Die Verfassung Oesterreichs (geschichtlicher Abriss). Die Staatsgrundgesetze samt den Ausführungsgesetzen. Die gesetzgebenden Körperschaften, ihr Wahlrecht und ihre Geschäftsbehandlung. Die gemeinsamen Angelegenheiten.

#### 2. Semester.

A. Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre. Das Christentum und die feudale Gesellschaft.

B. Volkswirtschaftslehre. Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung in England, Deutschland und Oesterreich.

C. Geschichte des Sozialismus. Robert Owen. Geschichte des Chartismus. Die deutsche Revolution.

D. Oesterreichisches Recht. Die Behördenorganisation. Das Verwaltungsverfahren. Der Zivil- und Strafprozess.

### Zweites Schuljahr.

#### 1. Semester.

A. Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre. Der Staat der Neuzeit. Machiavelli und der Absolutismus. Das Naturrecht und die Repräsentativverfassung. Die englische Revolution. Montesquieu und der Konstitutionalismus. Rousseau und die Republik.

B. Volkswirtschaftslehre. Wert und Mehrwert. Die Teilung des Mehrwertes in Unternehmervergewinn, Kapitalzins und Grundrente. Handels- und Finanzkapital. Kapitalismus und Landwirtschaft.

C. Geschichte des Sozialismus. Die Wirksamkeit von Marx, Engels und Lassalle in der Zeit von 1847 bis 1863. Lassalles Agitation.

D. Oesterreichisches Recht. Arbeiterschutz. Arbeiterversicherung. Gewerbeordnung.



## 2. Semester.

A. Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre. Der Staatsbürger und die Staatsgewalt. Menschen- und Bürgerrechte. Die Organisation der Staatsgewalt. Volksvertretung. Wahlsysteme. Die Organisation der Rechtsprechung.

B. Volkswirtschaftslehre. Die moderne Wirtschaftspolitik.

C. Geschichte des Sozialismus. Die deutsche Sozialdemokratie. Die Internationale. Die österreichische Sozialdemokratie bis Hainfeld.

D. Oesterreichisches Recht. Bürgerliches Recht (Mietvertrag, Eherecht, Eltern- und recht, Ratengesetz).

Die Arbeiterschule kann die Teilnehmerzahl nicht so weit beschränken, wie es von pädagogischen Gesichtspunkten aus erforderlich wäre und wie es die Berliner Partei- schule tut. Immerhin nimmt auch sie eine Auslese unter den angemeldeten Teilnehmern vor. Im vergangenen Jahre wurden 173 männliche und 4 weibliche Teilnehmer aufge- nommen. Von ihnen standen

im Alter bis zu 20 Jahren . . . . .	22
„ „ von 21 bis 30 Jahren . . . . .	92
„ „ „ 31 „ 40 „ . . . . .	46
„ „ „ 41 „ 50 „ . . . . .	8
„ „ „ 51 „ 60 „ . . . . .	2

Von 7 Schülern ist das Alter nicht bekannt.

Der Organisation nach gehörten an: dem Verband der Bäcker 5, Bauhilfsarbeiter 3, Bildhauer 2, Buchbinder 6, Buchdrucker 23, Drechsler 2, Eisenbahner 9, Handelsangestellten 16, Handschuhmacher 1, Heimarbeiterinnen 1, Holzarbeiter 26, Hutarbeiter 4, Lederarbeiter 2, Metall- arbeiter 42, Papierarbeiter 8, Porzellanarbeiter 1, Schneider 6, Schuhmacher 1, Textilarbeiter 6, Transportarbeiter 6, Versicherungsbeamten 2; ferner waren 3 Lehrlinge, 1 Bankbeamter und 1 Teil- nehmer, der nur politisch organisiert war.

Von den 177 aufgenommenen Schülern sind 40 wegen eingetretener Hindernisse nicht erschienen, so dass die Schule tatsächlich nur mit 137 Teilnehmern begann. Genau 100 von ihnen nahmen an mehr als der Hälfte aller Unterrichtsstunden wirklich teil.

Viele Schüler sind Funktionäre in der Gewerkschafts- und Parteiorganisation, eine Anzahl rekrutiert sich aus Gewerkschaftsbeamten. Diese sind also in der Lage, das Gelernte sofort in der Praxis zu verwerten. Wer von der Arbeiterschule irgend welche grundstürzende Aenderungen erwartet hat, die gleich sichtbar werden sollten, musste enttäuscht werden. Wer auf sie die Hoffnung setzte, dass sie alljährlich einer Anzahl eifriger Parteigenossen, die ihre wenigen Mussestunden systematischem Lernen widmen wollen, die Gelegenheit geben werde, tiefer in die Gedankenwelt des Sozialismus ein- zudringen, darf sich freuen, dass er nicht geirrt hat. Trotz der Schwierigkeiten, die unsere Arbeiterschule zu überwinden hat — Abendunterricht! Verteilung des Stoffes auf zwei Jahre! Ungleiche Vorbildung der Schüler! — leistet sie dank dem freudigen Zusammenwirken von Lehrern und Schülern ausserordentlich viel.

Die Leitung der Arbeiterschule gibt deren Teilnehmern auch nach Beendigung der Kurse noch Gelegenheit zur Fortbildung. Im Juni 1908 schlossen sich die Ab- solventen zu einer Sektion des Vereines „Zukunft“ zusammen, welche derzeit 54 Mit- glieder zählt. Diese Sektion hält zweimal im Monat eine Zusammenkunft ab, bei der stets ein Lehrer der Arbeiterschule anwesend ist. Jedesmal wird von einem anderen Mitglied ein Vortrag gehalten, dem eine Diskussion folgt. Die nötigen Bücher zum Studium der zu erörternden Themen stellt der Verein „Zukunft“ bei. Im vergangenen Jahre wurden folgende Themen behandelt:

1. Was ist Freiheit? 2. Parlamentarismus und Sozialdemokratie. 3. Anarchistische und sozialistische Gewerkschaften. 4. Der Generalstreik. 5. Die Frauenfrage. 6. Militarismus. 7. Die Gewerkschaften und der Sozialismus. 8. Die Teuerung der Industrieprodukte. 9. Die Agrarfrage. 10. Die Teuerung der Agrarprodukte. 11. Die Nationalitätenfrage und ihre sozialen und ökonomi- schen Grundlagen. 12. Die Nationalitätenfrage und der Staat. 13. Die Nationalitätenfrage und die Gewerkschaften.

Die neue Einrichtung wird sicherlich, wenn sie richtig geleitet wird und ihr nicht die nötigen Mittel fehlen, gute Früchte tragen.

Alles in allem genommen, kann man ruhig behaupten, dass die Bildungsarbeit, zu der sich Partei und Gewerkschaft in Wien vereinigt haben, trotz aller Mängel, die ihr noch anhaften, in der Internationale kaum ihresgleichen hat. Sie kann sich wohl mit dem messen, was in Berlin und Leipzig geleistet wird.



Der Unterrichtsausschuss hat seine Tätigkeit bisher nur auf die Leitung des Vortragswesens beschränkt. Er wird aber wohl sehr bald darangehen müssen, das Bibliothekswesen in den Kreis seiner Tätigkeit einzubeziehen, weil sonst seine Arbeit nur eine halbe bleibt. Um die Bibliotheken hat man sich im allgemeinen bisher noch viel weniger gekümmert als um das Vortragswesen. Wohl die allerwenigsten Vereinsbibliotheken sind planmässig angelegt, obwohl die Summen, die dafür ausgegeben werden, nicht gering sind. Und wenn gute Bücher vorhanden sind, ist in der Regel niemand da, der zu ihrer Lektüre ermuntert. Der Bibliothekar in der Gewerkschaftsgruppe hat eine wichtige Aufgabe. Trotzdem wird dieser Funktion oft gar keine Beachtung geschenkt. Was lesen die Wiener Arbeiter? Darauf vermag heute niemand eine verlässliche Antwort zu geben. Denn niemals ist noch verwertet worden, was aus den Bibliothekskatalogen darüber entnommen werden könnte. Die Resultate wären wohl nicht günstig. Man wird aber die Verhältnisse untersuchen und reformierend eingreifen müssen. Eine wenn auch nicht ganz klare Vorstellung über die Zusammensetzung der Bibliotheken erhalten wir aus den Berichten, die vom Verband der Buchdruckervereine und der Union der Textilarbeiter kürzlich veröffentlicht worden sind. Aus dem letzteren ist zu entnehmen, dass vom Jahre 1901 bis 1908, während sich die Zahl der Mitglieder der Union versiebenfacht hat und die Zahl der Ortsgruppen von 159 auf 366 stieg, sich auch die Bibliothek nahezu verdoppelt hat. Sie stieg von 12.004 auf 23.453 Bände. Davon war damals und ist auch heute ein gutes Drittel belletristische Literatur. Ein Fünftel aller Bände umfasst die „Parteiliteratur“, ein zweites Fünftel die „Geschichtliche Literatur“, während der Rest (etwa ein Viertel aller Bände) als „Wissenschaftliche Literatur“ bezeichnet wird. Es ist interessant, dass das Verhältnis der vier (etwas unklar eingeteilten) Gruppen vor sieben Jahren genau dasselbe war wie heute. Das lässt ziemlich deutlich auf die Richtung des Lesebedürfnisses schliessen. Eine Statistik der Frequenz fehlt leider. Dagegen erfahren wir hierüber sehr interessante Daten aus dem Bericht der Buchdrucker. Ihre Bibliotheken sind wesentlich anders zusammengesetzt wie die der Textilarbeiter. Von den 44.157 Bänden, die sich auf 14 Kronlandsvereine verteilen, werden 27.406 als „Unterhaltungsliteratur“, 8470 als „Wissenschaftliche“, 4340 als „Fachliteratur“ und 3941 als „Diverse“ rubriziert. Die belletristische Literatur nimmt hier also gut drei Fünftel der Bibliothek in Anspruch. Wie stark die sozialistische Literatur allein vertreten ist, lässt sich aus dem Bericht nicht entnehmen. Aus dem Katalog der Wiener Buchdruckerbibliothek zu schliessen, beträgt sie nur etwa ein Achtel der „Wissenschaftlichen Literatur“. Im Jahre 1908 wurden in ganz Oesterreich 55.674 Bände entliehen. Davon gehörten 46.187, mehr als 80 Prozent, zur Unterhaltungsliteratur, nur 4102 zur wissenschaftlichen Literatur. Die sozialistische Lektüre, die etwa ein Achtel derselben betragen haben mag, verschwindet also da vollständig. Dieses fürs ganze Reich festgestellte Verhältnis ist in Niederösterreich allein nicht besser. Von 19.862 Entlehnungen entfielen 17.660 auf Unterhaltungs- und nur 1556 auf wissenschaftliche Literatur, davon sind vielleicht 200 sozialistische Bücher. Die Ziffern geben viel zu denken, denn die Verhältnisse sind in den anderen Organisationen sicherlich nicht viel anders. In der Bibliothek des Arbeiter-Bildungsvereines Gumpendorf zum Beispiel (der ältesten Parteibildungsstätte Wiens), die Ende 1908 3987 Bände zählte, waren die „Sozialwissenschaften“ auch nur mit 663 Bänden vertreten. Und von den 9149 Entlehnungen entfielen bloss — 343, das ist 3,7 Prozent aller Entlehnungen auf sozialwissenschaftliche Bücher, von denen wieder nur ein Teil sozialistische Literatur ist. Dass die Arbeiter sehr viel belletristische Literatur lesen, ist selbstverständlich. Es kann ihnen niemand zumuten, ihre Musstunden, die sie der Fortbildung widmen, ausschliesslich zur Lektüre wissenschaftlicher Bücher, speziell sozialistischer, zu verwenden, zumal gerade sie an die Spannkraft des Lesers grosse Anforderungen stellt. Darauf muss bei einer Reformierung des Bibliothekswesens Rücksicht genommen werden. Darum sind die Musterkataloge, die in Deutschland aufgestellt worden sind, in ihrer Anlage wohl verfehlt. Wer den Parteigenossen Behelfe für die Auswahl der Lektüre geben will, darf sich nicht auf die sozialistische Literatur beschränken. Es ist ein ungeheurer Fortschritt, wenn es auf diesem Gebiet gelingt, Brauchbares zu leisten, aber es ist damit lange nicht alles getan, was geschehen sollte. Dass die sozialistische Literatur heute bei uns noch immer verhältnismässig so wenig Leser findet, daran ist sicher nicht oder nicht allein das an sich geringe



Interesse für sozialistische Bücher schuld, sondern vielfach der Umstand, dass auf Neuerscheinungen zu wenig aufmerksam gemacht wird. Die Parteipresse hätte hier eine dankbare Aufgabe, denn es fehlt an Fingerzeigen dafür, was gelesen werden soll.

Der Unterrichtsausschuss hat beschlossen, vom Herbst angefangen acht- bis zehnmal im Jahre ein „Mitteilungsblatt“ erscheinen zu lassen, das sich mit den hier erörterten Fragen befassen soll. Es wird ausser den geschäftlichen Mitteilungen des Unterrichtsausschusses Ratschläge für die Einrichtung von Bibliotheken geben, die für die Arbeiterschaft in Betracht kommenden Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt besprechen und Anleitungen zur Abhaltung von Vorträgen und Vortragszyklen bringen. Das Blatt wird sich gewiss nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz als nützlich erweisen und dazu beitragen, dass die erfreulicherweise fast in allen Kronländern schon vorhandenen Versuche, die Bildungsarbeit durchzuführen, gefördert werden.

Was bisher in der Provinz an Bildungsarbeit geleistet worden ist, lässt sich vollständig wohl kaum feststellen. Man kann nur aus den dürftigen Notizen und Vereinsanzeigen der Parteipresse ein Bild der Tätigkeit der Organisationen entwerfen.

Was der Wiener Unterrichtsausschuss in der Provinz bisher geleistet hat, ist nicht viel. Er ist den Genossen nur dort, wo es verlangt wurde, mit Rat und nach Kräften auch mit Tat beigestanden. Er hat in den acht Monaten seines Bestandes sieben Vortragszyklen mit 38 Abenden und ausserdem 67 Einzelvorträge in die Provinz vermittelt. Davon wurden drei Zyklen mit zusammen 16 Abenden und ausserdem 3 Einzelvorträge ausserhalb Niederösterreichs abgehalten.

Was ist in den einzelnen Kronländern selbst gemacht worden? \* In Böhmen wurde eine Anzahl Vortragszyklen abgehalten. In Aussig und Reichenberg fanden Zyklen über das Parteiprogramm statt, in Teplitz wurde eine Serie grösserer Vorträge veranstaltet. Im Aussig-Teplitzer Gebiet scheint das Vortragswesen weitaus am besten entwickelt zu sein. Auch das Karlsbader Gewerkschaftskartell veranstaltete eine Anzahl von Vorträgen. In Neudorf bei Gablonz wurde ein Redeunterricht eingeführt. Der Porzellanarbeiterverband liess in Westböhmen eine Anzahl Vorträge über die Alkoholfrage abhalten. Auch sonst wurden in den Parteiblättern hie und da sozialistische Vorträge angezeigt. In Mähren existiert ein aus einer deutschen und einer tschechischen Sektion bestehender Bildungsausschuss, der das Vortragswesen von Brünn und Umgebung zentralisierte. In Brünn besteht eine Arbeiterschule, ausserdem wurden ein Vortragszyklus über das Handlungsgehilfenrecht und eine erhebliche Anzahl von Einzelvorträgen abgehalten. Auch in anderen mährischen Städten (Prossnitz, Olmütz, Schönberg etc.) fanden Vorträge statt. In Mährisch-Schönberg wurde im April sogar eine Konferenz der Bibliothekare abgehalten. Auch in Schlesien begann die Bildungsarbeit. Die im März abgehaltene westschlesische Landeskonferenz beschloss die Schaffung von Wanderbibliotheken, deren erste bereits eingerichtet ist, und die Abhaltung von Vortragszyklen in den Bezirken. Auch in den Alpenländern wurde mit der Bildungsarbeit angefangen. Für Niederösterreich wird der Wiener Unterrichtsausschuss, den am Landesparteitage geäusserten Wünschen entsprechend, Vorsorge zu treffen haben. Für Oberösterreich richteten die Gewerkschaften in Linz eine Arbeiterschule ein, deren erster Kurs von Oktober bis März dauerte. Der Lehrplan ist dem der Wiener Arbeiterschule nachgebildet, das Schulgeld beträgt 2 K per Kurs. Von den 41 Schülern, die sich einzeichnen liessen, verblieben 23 bis zum Schluss. Gelegentlich fanden in den Industrieorten Vorträge statt, in Kleinmünchen eine ganze Serie. Auf der im Juni stattgefundenen Landesgewerkschaftskonferenz wurde in einer Resolution die Notwendigkeit der prinzipiellen Schulung der Genossen betont. In Salzburg veranstaltete der Landesverband zwei vom Wiener Unterrichtsausschuss zusammengestellte Vortragszyklen über die Ziele des Sozialismus in Salzburg und Hallein. In Tirol wurde auf der letzten Landeskonferenz bei der Verhandlung des Punktes „Parteiorganisation“ den Genossen nahegelegt, in den Lokalorganisationen aus Parteischriften Vorlesungen zu halten. (Diese Einrichtung findet sich übrigens in Böhmen ziemlich häufig.) In Innsbruck fand auch ein Redeunterricht statt. In Kärnten veranstaltete der Gewerkschaftsverband einen Kurs für Funktionäre, in dem

\* Wir berichten hier bloss über die Tätigkeit der deutschen Genossen.



Elementargegenstände gelehrt wurden. 63 Unterrichtsstunden wurden erteilt. Ausserdem fanden zehn Vorträge statt. In Steiermark waren die Genossen sehr rührig. In Graz wurde ein Bildungsausschuss eingesetzt, der eine Serie von Vorträgen und eine Anzahl von Unterrichten organisierte. Auch in Fürstenfeld und Leoben wurden Vorträge abgehalten. Die letzte Landeskonferenz der Gewerkschaften beschloss, dass alle Filialen des Landesverbandes Elementarkurse einrichten und Vortragszyklen veranstalten sollen. Für die entlegeneren Orte soll der Grazer Bildungsausschuss, dem die Aufsicht über die Bildungsarbeit im ganzen Kronland zusteht, Vorsorge treffen. Auch in der Bukowina bemühen sich die Genossen sehr um die Förderung der Bildung, sie lassen zu diesem Zwecke sogar eine eigene Broschürenserie erscheinen, von der bereits zwei Hefte vorliegen.

Wie man sieht, sind überall Ansätze vorhanden, die früher oder später gewiss zu einer Zusammenfassung und einheitlichen Leitung der Bildungsarbeit für das ganze Reich führen werden. Dass die Genossen überall gerade in diesem Jahre mit der Arbeit begonnen haben, ohne dass zuvor eine gemeinsame Aussprache darüber stattgefunden hat, zeigt, wie dringlich die Bildungsarbeit geworden ist. Was in der Zeit der Wahlrechtskämpfe nicht geleistet werden konnte, muss jetzt so rasch und so gründlich wie möglich nachgeholt werden. Die Lösung des Problems ist bei uns schwieriger als anderwärts, denn Kräfte und finanzielle Mittel stehen nicht in allzu reichem Masse zur Verfügung. Aber es wird nichts unversucht bleiben dürfen, damit die Zehntausende, die der Partei alljährlich zuströmen, nicht bloss Mitstreiter für diese oder jene Forderung bleiben, um nach einer Niederlage oder auch nach einem Siege wieder zu verschwinden, sondern damit sie Sozialisten werden, die ihre Aufgabe erkennen und wissen, dass es nicht nur eine Schlacht zu schlagen, dass es vielmehr eine Welt zu erobern gilt.

---

## Anton Schrammel: Die Verkürzung der Arbeitszeit in der chemischen Industrie

Der Sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhaus hat zwei Anträge betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit in gewerblichen Unternehmungen eingebracht, von denen einer die achtstündige Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben fordert. In der Begründung dieses Antrages wird hervorgehoben, dass nach den Erhebungen des Arbeitsstatistischen Amtes in Oesterreich 3267 Betriebe und Betriebsabteilungen bestehen, in welchen 106.671 Arbeiter beschäftigt sind, von denen in zirka 3000 Betrieben rund 94.000 Arbeiter noch die zwölfstündige Schichtdauer haben. Beim Schichtenwechsel, heisst es in der Begründung weiter, beträgt die Arbeitsdauer in 2395 Betrieben mit 68.314 männlichen und 11.086 weiblichen Arbeitern 18 Stunden. Nachdem in diesen amtlichen Erhebungen die Hüttenbetriebe, die mit Bergwerken verbunden sind, nicht enthalten sind, weil sie den Bergbehörden unterstehen, so erhöhen sich diese Ziffern in erheblichem Masse.

Unter diesen angeführten Betrieben und Arbeitern befinden sich auch jene, welche der chemischen und Papierindustrie Oesterreichs angehören, deren Arbeits- und Lohnverhältnisse zu den schlechtesten zählen. Beide Industriezweige bilden allerdings nur den vierten Teil der oben angeführten Betriebe und Arbeiter, aber die zu leistende gesundheitsschädliche und gefährvolle Arbeit besonders in der chemischen Industrie zwingt uns, dieser Minderzahl eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken; über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Papier- und Gummiindustrie wird in einem besonderen Artikel gesprochen werden.

Die chemische Industrie ist nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns in Oesterreich in verhältnismässig kurzer Zeit durch wissenschaftliche Forschungen und Entdeckungen, welche die Kapitalisten auszunützen verstanden haben, gross und mächtig geworden. In diesem Industriezweig spielt die Wissenschaft im Laboratorium die grosse Rolle, indem dort Teer in Farbe, Schwefelkies in Säure, Knochen in Dünger und Blut



in Arznei verwandelt wird. Was für die Studien der Chemie auf den Hochschulen vom Staate ausgegeben und all dasjenige, was von den Männern der Wissenschaft auf diesem Gebiet geschaffen wurde, kommt jenen Kapitalisten zugute, die sich diesen Industriezweig zur Verwertung ihres Kapitals ausgesucht haben. Trotz dieses grossen Vorteiles, welchen die Unternehmer der chemischen Industrie durch den Fortschritt der Wissenschaft kostenlos haben, beuten sie ihre Arbeitskräfte in der unerhörtesten Weise aus. Von den 8427 chemischen Betrieben mit 56.514 Arbeitern, welche nach den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung in Oesterreich bestehen, gehören 698 Betriebe mit 10.743 beschäftigten Personen der Industrie der „chemischen Produkte“ an. In diesen Betrieben, aber auch in jenen der „sonstigen chemischen Industrie“ besteht zum grössten Teil die zwölfstündige und beim Schichtwechsel die achtzehn- und auch vierundzwanzigstündige Arbeitszeit. In vielen Fabriken bestehen bei der Nachtarbeit nicht einmal die vorgeschriebenen Arbeitspausen, so dass die Arbeiter volle zwölf Stunden bei der Arbeit stehen müssen.

Und welche Arbeit ist in der chemischen Industrie von den Arbeitern zu leisten? Vor allem ist es die Schwefelsäureerzeugung, bei welcher in allen Fabriken Tag und Nacht in Zwölfstundenschichten gearbeitet wird und wo die beschäftigten Arbeiter bei den Kiesöfen in den Bleikammern geradezu langsam hingemordet werden. In den Kiesöfen wird der Kies geschmolzen und die Dünste durch lange Rohre geleitet und dort verarbeitet. In diesem Raum müssen die Arbeiter fast vollständig entkleidet arbeiten, da der Dampf und die Hitze unerträglich sind. Um aber immer wieder genug Luft einatmen zu können, müssen die Arbeiter jedesmal nach Bedienung des Ofens hinauslaufen und die Folge davon sind massenhafte Erkrankungen und frühzeitiger Tod. Nicht weniger gesundheitsschädlich ist die Arbeit, welche in den Bleikammern geleistet werden muss, wo die Schwefelsäure erzeugt wird. Abgesehen von der grossen Hitze und der grossen Kälte, die je ein Teil der Arbeiter auszustehen hat, leiden die menschlichen Organe durch die ausströmenden Dünste, die sogar das Eisen zerfressen, so dass die im Apparat befindlichen Eisenteile mit Blei überzogen werden müssen.

Eine für den menschlichen Organismus nicht weniger schädliche Arbeit ist jene, welche für die Gewinnung von Kupfervitriol, Sulfat, Chlorkalk, Kryolit, Alizerin, Benzol, Aetzkali, Aetznatron und Salpetersäure geleistet werden muss. Diejenigen Arbeiter, welche bei Gewinnung von Kupfervitriol beschäftigt sind, erhalten nach kurzer Zeit grün gefärbte Haare und leiden an häufigem Erbrechen. Bei Erzeugung von Sulfat aber magern die Arbeiter bis zum Skelett ab, werden häufig krank und haben eine kurze Lebensdauer. Es werden auch jene Räume, wo Sulfat erzeugt wird, gewöhnlich die Totenkammern genannt. Aehnlich ergeht es den Arbeitern bei Erzeugung von Chlorkalk. Trotzdem diese Arbeiter mit verbundener Nase und verbundenem Munde arbeiten, frisst ihnen der Chlorkalk diese sowie andere blossliegende Körperteile auf und reizt zu fortwährenden Erbrechungen. Auusserst gesundheitsschädlich und gefährlich ist auch die Erzeugung von Kryolit und Alizerin. Letzteres besonders wegen der Explosionsgefahr, die hier genau so gross ist wie bei der Erzeugung von Salpetersäure. Welche Gefahren aber die Erzeugung von Aetzkali und Aetznatron mit sich bringt, geht daraus hervor, dass der kleinste Spritzer ins Auge es bewirkt, dass das Augenlicht momentan verloren geht.

Welche furchtbare Wirkung die Erzeugung von Blausäure auf den menschlichen Organismus hat, wird von allen wissenschaftlichen Autoritäten folgenderweise geschildert: Bei chronischer Vergiftung zeigen sich Kopfschmerzen, Schwindelgefühl, Unsicherheit des Ganges, Uebelkeit, Appetitlosigkeit, Störungen der Magen- und Darmtätigkeit. Nicht minder ernst sind die Erscheinungen bei chronischer Vergiftung bei der Erzeugung von Schwefelwasserstoff und Schwefelkohlenstoff. Bei letzteren zeigen die praktischen Erfahrungen, dass die Erscheinungen bei chronischen Vergiftungen sind: Ein von der Nasenwurzel nach der Schläfe hinziehender, gegen Abend heftiger werdender Kopfschmerz und ein Gefühl von Schwindel und Betäubung, namentlich abends, später Gliederschmerzen, Jucken und Ameisenkriechen, mehr oder weniger lästiger Husten, Beschleunigung der Herztätigkeit; hochgradige geistige Aufregung, leicht erregbares, heftiges, aufbrausendes Wesen, anfangs Erhöhung des Geschlechtstriebes, später völlige Impotenz,



bei weiblichen Personen Menstruationsstörungen. Nach dem Exzitationsstadium (Zeit der Erregung) folgt nach einigen Wochen bis mehreren Monaten das Depressionsstadium (Zeit der Abspannung), Traurigkeit, träumerisches Wesen und Stumpfsinn, Schwäche des Gedächtnisses, lallende Sprache; Störung der Bewegungen; Muskelschwäche mit Zittern, Krämpfe oder fibrige Zuckungen, auch Steifheit der Gliedmassen, vorübergehende oder dauernde Lähmungen, auch mit Muskelschwund.

Auch örtliche Einwirkungen lähmender Natur des Schwefelkohlenstoffes an den Fingern, die den Gummi in die Flüssigkeit tauchen, sind beobachtet worden, wie Störungen des Sehvermögens, des Geruchs, Geschmacks und Gehörs; Geisteskrankheiten in leichter Form, in schwerer Form bei erblicher Belastung. Weiter: Verdauungsstörungen, Erbrechen, Kolik, abwechselnd Diarrhöe und Verstopfung, Abmagerung. Nicht selten bleiben auch nach dem Aufgeben der Arbeit dauernd geistige Störungen zurück.

Dass diese Schilderungen nicht übertrieben sind, geht aus einem Vortrag hervor, den Professor Lewin in Hagen gehalten hat, in welchem er zu den Vertretern der chemischen Industrie Deutschlands unter anderem sagte:

„Stellen Sie sich nur vor, wieviel Arbeiter durch die Vulkanisierungsanstalten und in ihnen durch Schwefelkohlenstoff zu leiden haben. Klingt es nicht entsetzlich, dass die englische Parlamentskommission, die beauftragt war, die Verhältnisse in solchen Betrieben zu untersuchen, auch von einem berichtete, in dem die Fenster vergittert waren, damit die durch Schwefelkohlenstoff geisteskrank gewordenen und doch arbeitenden Personen sich nicht aus den Fenstern stürzten?“

Aber nicht nur bei der Arbeit sind die Arbeiter der chemischen Industrie den Gefahren der Vergiftung ausgesetzt, sondern auch ausserhalb derselben. In seiner „Gewerbehygiene der chemischen Industrie“ (Handbuch der praktischen Gewerbehygiene, herausgegeben von Albrecht, Berlin 1896, R. Oppenheim) sagt unter anderem Doktor Springer:

„Die Arbeiter leiden unter gewissen Schädlichkeiten nicht nur während der Arbeitszeit innerhalb der Fabrik, sondern zum Teil auch ausserhalb derselben, insofern sie nämlich durch Vermittlung der Kleider giftige Stoffe in ihre Wohnungen übertragen können. Da sie ferner vielfach in der Nähe der Fabriken wohnen, können sie auch durch die flüssigen und festen Abfälle der Anlagen sowie durch gasförmige Ausdünstungen geschädigt werden, die in den Erdboden, in die Brunnen und in die Luft eindringen.“

Aus all dem Angeführten, worin die Gefahren für die Arbeiter der chemischen Industrie nur zum Teil wiedergegeben sind, ist zu ersehen, wie notwendig es ist, Mittel und Wege zu finden, um diese Zehntausende Menschen, welche in diesem Industriezweig beschäftigt sind, vor der körperlichen und geistigen Degenerierung zu schützen. Es kann mir als Laien nicht einfallen, mich auf eine Kritik der wissenschaftlichen Forschungen, welche auf dem Gebiet der Hygiene bis heute gemacht wurden, einzulassen. Aber selbst ein Laie muss zu dem Schlusse kommen, dass es in erster Linie die Pflicht der gesetzgebenden Körperschaft ist, Gesetze zum Schutze der Gesundheit und des Lebens dieser schwer arbeitenden Menschen zu schaffen.

In erster Linie ist es unsere Aufgabe, dahin zu wirken, dass in derartigen Betrieben die Arbeitszeit möglichst verkürzt und vor allem der Achtstundentag in den ununterbrochenen Betrieben gesetzlich eingeführt wird. Was aber die besonders gefährlichen und gesundheitsschädlichen Betriebe anbelangt, ist nach den praktischen Erfahrungen sogar die achtstündige Arbeitszeit zu lang.

Die Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit, welche von den Sozialdemokraten im österreichischen Parlament eingebracht wurden, sind äusserst wichtig und deren Annahme eine unbedingte Notwendigkeit. Es ist zu hoffen, dass das Volksparlament seine Pflicht baldigst erfüllt. Bei dieser Forderung kann sich kein Abgeordneter auf die ausländische Konkurrenz und auf die geringe Rentabilität der Betriebe ausreden, denn die chemischen Fabriken tragen den Aktionären 15 bis 18 Prozent Dividende. Es handelt sich hier um die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens Zehntausender Menschen, das wichtiger ist, als der erhöhte Profit einiger Kapitalisten.

Allerdings wird die Verkürzung der Arbeitszeit die Gefahren der Arbeit in den chemischen Betrieben nur mildern, aber nicht aufheben. Sie zu beseitigen, ist auch ein höherer Arbeitslohn notwendig, damit sich die Arbeiter besser ernähren können, da die



Unterernährung dem Körper jede Widerstandskraft nimmt. Diese Erhöhung der Arbeitslöhne kann aber weder von der gesetzgebenden Körperschaft noch von den Unternehmern erwartet werden, da die Gesetzgebung keinen Einfluss auf die Privatunternehmer hat und die Unternehmer nicht einsichtsvoll genug sind, um freiwillig etwas zu geben. Die Erhöhung der Arbeitslöhne muss daher durch die Organisation der Arbeiter errungen werden und deshalb ist es die Pflicht aller Arbeiter, sich derselben anzuschließen.

Nun hat aber eine starke Arbeiterorganisation nicht nur die Aufgabe, höhere Arbeitslöhne zu erringen, sondern auch die Macht, das Parlament zu zwingen, endlich jene Arbeiterschutzgesetze zu erledigen, welche seit vielen Jahren von den Sozialdemokraten gefordert werden und zu diesen gehören nebst der Verkürzung der Arbeitszeit auch noch jene, welche bei derartigen Industriezweigen wie die chemische Industrie unbedingt erforderlich sind. Professor Sommerfeld sagte in seinem Referate auf dem letzten Kongress der chemischen Arbeiter Deutschlands:

„Der Umfang der Gesundheitsgefahren lässt sich statistisch noch nicht feststellen. Die Statistiken der Krankenkassen geben kein Bild über den Umfang der gewerblichen Vergiftungen; die Unternehmerstatistiken sind äusserst mangelhaft; aber selbst die Aerzte geben manchmal eine andere Krankheitsursache an, als die offen zutage getretene Vergiftung durch chemische Stoffe, weil sie Scherereien und Benachteiligungen in ihrem Berufe befürchten, wenn sie die Wahrheit angeben. Es muss unbedingt gefordert werden: 1. Anzeigepflicht aller gewerblichen Vergiftungen. 2. Die Aerzte der Betriebe müssen in unabhängiger Stellung sein. 3. Für die Erzeugung oder Verwendung gewerblicher Gifte müsste Anzeigepflicht und Konzessionspflicht bestehen. 4. Besondere Aufzeichnungen über die Krankheiten, die in solchen Betrieben vorkommen, müssten zur Pflicht gemacht werden. 5. Die jungen Aerzte müssten in besonderen Vorlesungen über die gewerblichen Vergiftungen aufgeklärt werden. 6. Neben den Kassenärzten sind amtliche Aerzte anzustellen, die ihr Hauptaugenmerk auf die gewerblichen Krankheiten legen und den Fabrikinspektoren mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Für derartige Massnahmen sind ebenso nur die Vertreter der klassenbewussten Arbeiter zu haben, wie für die Verkürzung der Arbeitszeit und für die höhere Lebenshaltung, und deshalb müssen die Arbeiter ihrer Pflicht nachkommen und sich organisieren, damit die sozialdemokratischen Abgeordneten in dieser Organisation jenen festen Rückhalt haben, den sie in dem schweren Kampfe um Arbeiterschutz und Menschenrechte brauchen.

---

## P. Ágoston: Der ungarische Entwurf eines Gewerbegesetzes

In Ungarn steht das Gewerbegesetz von 1884 in Rechtskraft. Dieses Gesetz kann den Ansprüchen der Gewerbetreibenden und der Arbeiter nicht mehr entsprechen. Alle Interessierten fordern schon längst ein neues Gewerbegesetz, um so mehr, da das alte mit seinen 184 Paragraphen nicht nur veraltet, sondern auch unzulänglich ist.

Ungarns Industrie hat in den letzten Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen. Sie ist auf dem besten Wege, sich vom Kleingewerbe zur Grossindustrie zu entwickeln. Ungarns industrielle Bevölkerung vermehrte sich vom Jahre 1890 bis 1900 um 26 Prozent, doppelt so stark wie die erwerbstätige Bevölkerung überhaupt. Die industrielle Bevölkerung Ungarns betrug im Jahre 1890 nur 854.000 und erreichte im Jahre 1900 die Zahl 1,077.000. In diesen Zahlen sind die selbständigen Gewerbetreibenden im Jahre 1890 mit 373.000, im Jahre 1900 mit 381.000 vertreten, was im ganzen eine Zunahme von 2 Prozent bedeutet, während sich die Zahl der Angestellten und Arbeiter von 480.000 auf 695.000 erhob, sich somit um 44 Prozent vermehrte. Diese Zahlen allein können aber noch nicht beweisen, dass die Handwerksbetriebe allmählich verschwinden und dass an ihre Stellen die Fabriken treten. Dies ersieht man aber unzweideutig aus der Zunahme der Betriebe, in denen mehr als 20 Angestellte tätig sind. Im Jahre 1890 wurden nur 1257 Unternehmen dieser Grössenklasse gezählt, im Jahre 1900 aber schon 1950. Die Zahl der in den Betrieben mit mehr als 20 Personen Be-



schäftigten war 112.169 im Jahre 1890, 214.367 im Jahre 1900. Diese Zunahme der Fabriken beweist, dass auch in Ungarn die Tendenz der Konzentration zu spüren ist. Diese Tendenz müsste auch in einem Gesetzentwurf zur Geltung kommen, der nicht für die momentane Not, sondern für die Zukunft geschaffen werden soll.

Zu den fabrikmässigen industriellen Unternehmungen muss der Staat in anderer Art Stellung nehmen wie zu den kleinen Unternehmungen. Diese Erwägung allein erklärt, warum das ungarische Gewerbegesetz vom Jahre 1884 den Ansprüchen nicht mehr genügen kann, es war von der wirtschaftlichen Entwicklung überholt worden. Die Zahl der in den Maschinenfabriken Beschäftigten stieg in den zehn Jahren von 1890 bis 1900 um 56,5 Prozent, die Zahl der in den Papierfabriken Beschäftigten um 82 Prozent, in den chemischen Fabriken um 86 Prozent, in den Kunstgewerben um 82 Prozent. Die kleingewerblichen Betriebe nehmen ab oder nicht zu, so die Zahl der Schuhmachereien, der Töpfereien, der Bürstenbindereien etc. Alle Bemühungen, die Kleinbetriebe zu erhalten und zu kräftigen, sind vergeblich. Diese Tatsachen berücksichtigt der Gesetzentwurf nicht.

Der ungarische Gewerbegesetzentwurf, der 817 Paragraphen enthält, zerfällt in drei Teile. Der erste Teil behandelt die Unternehmungen, der zweite die Arbeiter und ihre Verhältnisse, der dritte die Gewerbeorganisation. Der Gesetzentwurf teilt das ganze Material in sechs Titel, und zwar: Gewerbebetrieb, Gewerbeunterricht, Arbeiterschutz, Gewerbeorganisation, Gewerbegerichte, Strafen.

Das noch in Geltung stehende ungarische Gewerbegesetz vom Jahre 1884 ist in einem Vierteljahrhundert nur durch einige Verordnungen ergänzt worden.

Zwischen dem ersten Titel des ungarischen Entwurfes und den ersten fünf Hauptstücken der österreichischen Gewerbeordnung ist kein wesentlicher Unterschied.

Der interessanteste Teil des Entwurfes ist der dritte Titel über die Arbeiterschutzverfügungen. Dieser Titel zerfällt in fünf Teile, und zwar über das Arbeitsverhältnis, die Arbeitszeit, die Vorschriften über den Gesundheitsschutz, die Arbeitsvermittlung, die Arbeitseinstellungen.

Nach den Verfügungen des Entwurfes (§ 261) kann ein Lehrling nur mit einem schriftlichen Lehrvertrag aufgenommen werden. Dieser Vertrag muss vor der Industriebehörde (nach der österreichischen Gewerbeordnung vor der Genossenschaftsvorstellung) geschlossen werden. Nach § 262 sollen in diesem Vertrag auch die tägliche Arbeitszeit, die gegenseitigen Rechte und Pflichten festgestellt werden. Dies zeigt allein schon die Rückständigkeit des Entwurfes, da er auf die gesetzliche Feststellung der Arbeitszeit verzichtet. Der Unternehmer darf nur so viel Lehrlinge halten, als ihm nach den Verfügungen des Kollektivvertrages, respektive des Gesetzes eingeräumt sind. Die Gewerbebehörde kann aber in besonderen Fällen eine Ausnahme machen und erlauben, dass der Lehrherr mehrere Lehrlinge aufnehme. Es ist eine starke Verwechslung der Rechtsbegriffe, wenn die Gewerbebehörde berechtigt wird, nicht nur das Gesetz, sondern auch die Verträge ausser Kraft treten zu lassen. Nach dem Entwurf können (§ 260) als Lehrlinge nur Personen aufgenommen werden, die mindestens zwölf Jahre alt sind. Die Lehrzeit ist verschieden lang, sie steht in Beziehung mit der Schulbildung der Lehrlinge. Die Lehrzeit beträgt (§ 268) zwei bis vier Jahre; für Lehrlinge aber, die vier Mittelschulklassen absolviert haben, ein bis drei Jahre. Die Gewerbebehörde ist ermächtigt (§ 269), in besonderen Fällen die Lehrzeit bis auf ein halbes Jahr zu verkürzen. Die Lehrzeit kann (§ 270) auch dann verkürzt werden, wenn der Lehrling die Lehrlingsschule vor dem Ende der Lehrzeit absolviert hat. Der Lehrherr ist verpflichtet (§ 275), den Lehrling gewerblich auszubilden. Wenn der Lehrherr seinen Pflichten nicht nachkommt, kann er nach dem Entwurf mit einer Strafe bis höchstens 50 K geahndet werden, was auf keinen Fall die ins Auge gefasste Wirkung haben wird, um so weniger, da einem Lehrling, der die Lehrlingsprüfung nicht besteht, seine Lehrzeit um ein Jahr verlängert werden kann (§ 298). Diese Verlängerung bedeutet für den Lehrherrn einen grösseren Nutzen wie 50 K. Der ungarische Kodifikator vergisst, dass der Lehrherr an dem schlechten Ergebnisse der Lehrlingsprüfung auch schuld tragen kann und dass man einem ungeeigneten Lehrherrn das Recht, Lehrlinge zu halten, entziehen soll. Besondere Beachtung verdient der § 293, nach dem Lehrlinge, die ihr 18. Lebensjahr noch nicht beendet haben und ihren



Lehrherrn verlassen, zu diesem zurückgeführt werden können, auch dann, wenn sie zu ihren Eltern oder zu ihrem Vormund geflüchtet sind, diese aber nicht in der Lage sind, ihre Zukunft zu sichern.

Das Arbeitsverhältnis der Gehilfen und Fabriksarbeiter ist in den §§ 307 bis 380 des Entwurfes geregelt. Der Entwurf sieht zwischen dem Gehilfen und dem Fabriksarbeiter keinen Unterschied. Der Entwurf hält an dem althergebrachten Prinzip fest, dass man den Arbeitern gegenüber ausserordentliche Massregeln treffen muss. In dieser Auffassung verharrend, kodifiziert er jene Rechtsauffassung, nach der der Arbeiter immer einen Lohnvertrag schliesst, wenn auch der abgeschlossene Vertrag nichts mit diesem gemein hat. Nach dem § 307 ist auch jener Vertrag ein Lohnvertrag, kraft dessen ein Arbeiter in seiner eigenen Werkstätte, mit seinen eigenen Werkzeugen, aus eigenem Material ein Werk verfertigt. Die Hauptsache ist, die Voraussetzungen für den Akkordvertrag zu sichern. Dass der Akkordvertrag selbst schon kein eigentlicher Lohnvertrag ist, sondern ein Werkvertrag, darum kümmert man sich nicht. Man will die Gefahr auf den Arbeiter schieben und durch die Akkordarbeit den Samen der Zwistigkeiten zwischen die Arbeiter streuen. Je abhängiger die Arbeiter sind, desto mehr kann man sie ausbeuten. Die beständige Kontrolle der Unternehmer und der Behörden hemmt den Arbeiter in seiner freien Bewegung, darum muss der Arbeiter ein Arbeitsbuch haben. Diese Erfahrung verwertet der ungarische Entwurf in den §§ 310 bis 323. Es soll jeder Schritt des Arbeiters kontrolliert und alle sogenannten Kontraktsbrüche unmöglich gemacht werden. Jeder Arbeiter muss ein Arbeitsbuch haben, nur die Tagelöhner, die nicht gelernten, ferner jene Arbeiter sind ausgenommen, die auf kürzere Zeit als acht Tage aufgenommen werden. Der Unternehmer ist verpflichtet, jeden ein- und austretenden Arbeiter bei der Gewerbebehörde anzumelden (§ 318). Die Gewerbebehörde ist wieder verpflichtet, über alle Arbeiter, die auf ihrem Gebiet tätig sind, einen Ausweis zu führen. Der Unternehmer darf nur einen Arbeiter aufnehmen, der sein Arbeitsbuch hat, und nur dann, wenn der letzte Unternehmer die Auflösung des Arbeitsverhältnisses im Arbeitsbuch bestätigt hat (§ 373). In das Arbeitsbuch dürfen keine Bemerkungen über die Arbeit und das Benehmen des Arbeiters eingetragen werden. Das Arbeitsbuch muss dem Arbeiter auch dann verabfolgt werden, wenn er den Dienst kontraktbrüchig verlässt. Ein Unternehmer, der sich gegen diese Vorschriften vergeht, ist schadenersatzpflichtig.

Das Arbeitsverhältnis wird durch den Arbeitsvertrag geregelt, der in den Rahmen des Gesetzes und Kollektivvertrages individualistisch geschlossen wird. Der Vertrag bindet prinzipiell beide Parteien und der Vertrag kann nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen aufgelöst werden. Nach den Prinzipien des Rechtes kann der Vertrag einseitig nicht geändert werden; diese Prinzipien sind aber für den Entwurf nicht bindend und darum dekretiert er ein neues Recht, nach dem dem Unternehmer das Recht erteilt wird, den Vertrag zum Nachteil des Angestellten zu verändern. Falls die Angestellten trotz dieser Veränderung im Arbeitsverhältnis verbleiben, tritt der veränderte Vertrag in 48 Stunden in Rechtskraft.

Der § 332 regelt den Arbeitsvertrag der Arbeitergruppen, die Akkordarbeit leisten. Im allgemeinen beziehen sich sehr viele Paragraphen des Entwurfes nur auf die Akkordarbeit, in einem Paragraphen (339) ist auch die zehnstündige Arbeitszeit nebenbei erwähnt.

Der Entwurf ist der klarste Beweis dafür, dass bis jetzt die Rechtsnormen nur der Ausbeutung dienen und dass keine einzige Rechtsregel existiert, die den Interessen der Arbeiter entspricht. Die österreichische Gewerbeordnung kann in dieser Hinsicht zwar auch als Beispiel dienen (§ 78), aber der ungarische Entwurf übertrifft sie noch hinsichtlich dieser Tendenz. Der § 341 bestimmt, dass dem Lohne des Arbeiters die erhaltene Wohnung, Pacht der Grundstücke, die erhaltenen Lebensmittel, Verköstigung, Heizung, Beleuchtung oder zu diesem Zwecke erhaltenes Material, Werkzeug und Stoffe und die ausser der Arbeit genossene Bedienung zum Selbstkostenpreis, auch die Forderungen der Arbeiter-Konsumvereine und die in der Arbeitsordnung bestimmten Geldstrafen abgezogen werden können. Nach § 343 können aber weiters alle Forderungen vom Lohne abgezogen werden, wenn der Arbeiter schriftlich die Einwilligung hierzu erteilt hat.



Es ist für jedermann klar, dass der Arbeitsvertrag in der Regel von den Arbeitern nur in einer Notlage abgeschlossen wird. Es erfordert keines Beweises, dass der Arbeitsvertrag vom Gesichtspunkt des Arbeiters keinen anderen Zweck hat, als seine Existenz zu sichern, zu diesem Zweck braucht der Arbeiter den Lohn; wenn er den Lohn nicht erhält, verliert der Arbeitsvertrag für ihn seinen Zweck. Diese einfache Wahrheit wurde von der österreichischen Gewerbeordnung und vom ungarischen Entwurf übersehen. Dieses Uebersehen der Zwecke bemerkt man im Entwurf nur, soweit es sich um die Arbeiter handelt.

Der Unternehmer verfolgt mit dem Arbeitsvertrag unter anderem auch den Zweck, den Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Dies ist aber nur das Mittel, ihn am leichtesten ausbeuten zu können. Diesem Zweck dient unter anderem auch die Regel, die den Unternehmer berechtigt, Geldstrafen zu verhängen. Dieses Recht erfährt im Entwurf seine gewöhnliche Regelung, nach der Geldstrafen nur auf Grund schriftlichen Vertrages oder auf Grund der Arbeitsordnung verhängt werden können. Die wegen eines Vergehens verhängten Strafen können den zwölften Teil des Taglohnes und alle die in einem Zeitraum der Lohnzahlung verhängten den zehnten Teil des Lohnes nicht übersteigen.

Der Lohn ist wöchentlich zu zahlen. Der Unternehmer ist berechtigt, den vierten Teil des Lohnes der Akkordarbeiter nach Uebereinkommen zurückzuhalten. Sollte der Unternehmer den Lohn an dem bestimmten Tag nicht bezahlen, so ist er verpflichtet, Schadenersatz zu leisten. Wenn kein Schaden bewiesen wird, muss der Unternehmer den vierten Teil des verspätet ausgezahlten Lohnes als Schadenersatz zahlen. Der Lohn ist während der Arbeitszeit zu zahlen.

Das Arbeitsverhältnis kann durch beide Parteien aufgelöst werden. Die Dauer des Arbeitsverhältnisses kann für den Arbeiter nicht auf kürzere Zeit bestimmt werden wie für den Unternehmer. Der auf unbestimmte Zeit geschlossene Arbeitsvertrag kann durch Kündigung gelöst werden. Die Kündigungsfrist ist eine Woche, ausgenommen die Probezeit, während der das Arbeitsverhältnis wann immer gelöst werden kann. Das Arbeitsverhältnis kann auch sofort aufgelöst werden, indem entweder der Unternehmer das Recht hat, den Arbeiter sofort zu entlassen, oder aber der Arbeiter, den Betrieb sofort zu verlassen. Der Arbeiter kann auch wegen Vergehen gegen den Staat oder das Schamgefühl entlassen werden. Wenn das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird und der Arbeiter vom Unternehmer auch Wohnung erhält, muss diese in drei, respektive in acht Tagen geräumt werden. Um dem Arbeiter klar zu machen, dass das viele Gerede von der Freiheit eine Unwahrheit ist, wird der Arbeiter, der sich aus dem Arbeitsverhältnis entfernt hat, auf Verlangen des Unternehmers, zu ihm zurückgeführt.

Das Arbeitsverhältnis der Privatbeamten, Handelsangestellten und der mit wichtigeren Aufgaben betrauten Angestellten ist im Grunde auf derselben Grundlage geregelt, wie das der Arbeiter. Das Arbeitsverhältnis dieser Angestellten wird durch einen schriftlichen Vertrag geschlossen. Diese Angestellten haben kein Arbeitsbuch, der Handelsminister wird aber ermächtigt, durch Verordnung das Arbeitsbuch bei einem Teile dieser Angestellten auch einzuführen. Die wichtigsten Bestimmungen sind die über den jährlichen Urlaub und über die Regelung der Kündigung. Der Angestellte soll das Recht auf einen jährlichen Urlaub haben, der nach dem ersten Dienstjahr bis zum zehnten 14 Tage, bis zum zwanzigsten Dienstjahre 21 Tage, bis zum fünfundzwanzigsten 28 Tage, bis zum dreissigsten 35 Tage, und nach dreissigjährigem Dienstverhältnis 42 Tage betragen soll.

Die Kündigungsfrist beträgt in den ersten drei Monaten des Dienstverhältnisses 14 Tage; nach drei Monaten bis fünf Jahre, falls der Angestellte kein höheres Gehalt erhält wie 2400 K oder 8 K per Tag, 6 Wochen. Für Angestellte mit höherem Gehalt 3 Monate; nach fünf bis zehn Jahren 3, respektive 6 Monate; nach zehn Jahren 6, beziehentlich 12 Monate. Kürzere Kündigungsfristen können nicht bedungen werden. Eine höchst nachteilige Bestimmung ist die Konkurrenzklausel, nach der Vereinbarungen, durch die sich der Angestellte verpflichtet, nach Verlassen des Betriebes kein Geschäft gleicher Art zu eröffnen, zwei Jahre rechtsgültig sind. Der Entwurf hat aber keine Bestimmung, durch die die Existenz des Angestellten während dieser zwei Jahre gesichert wird.



Die Arbeitsordnung ist in dem Entwurf noch immer so geregelt, wie das Verordnungsrecht der Ministerien im öffentlichen Rechte. Der Unternehmer erscheint hier wie ein souveräner Herrscher, der gegen alle Verträge seine Anordnungen treffen kann. Dieses absolute Recht ist nicht mit den Bestimmungen des § 401 zu vereinigen, nach dem die Arbeitsordnung ein Teil des Arbeitsvertrages ist. Jeder Unternehmer, der zehn Arbeiter oder Angestellte beschäftigt, ist verpflichtet, eine Arbeitsordnung zu erlassen. In die Arbeitsordnung sind die Bestimmungen des Kollektivvertrages aufzunehmen. Im Falle der Veränderung der Arbeitsordnung ist der Unternehmer verpflichtet, den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Bemerkungen über die Veränderungen zu machen. Jede Arbeitsordnung muss durch den Gewerbeinspektor genehmigt werden (§ 408).

Die Arbeitszeit der Kinder, der jugendlichen Arbeiter, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und der Frauen ist insofern beschränkt, dass diese nur beim Tag beschäftigt werden können und dass ihnen eine nächtliche Ruhe von mindestens elf Stunden gesichert wird (§ 416). Jugendliche Arbeiter, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können täglich nur sieben Stunden, ohne Unterbrechung höchstens vier Stunden beschäftigt werden; Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren können nur acht Stunden, Frauen über 16 Jahre in Gesamtdauer von elf Stunden neun Stunden beschäftigt werden. In den Kanzleien können die jugendlichen Angestellten vor dem vollendeten 16. Jahre täglich acht Stunden, Verkäuferinnen unter 16 Jahren können höchstens zehn Stunden beschäftigt werden. Diese Bestimmungen würden auch dann nicht für hinlänglich betrachtet werden können, wenn sie nicht durch eine Menge von Ausnahmen durchlöchert würden. Human ist die Bestimmung, nach der Frauen, die ihre Kinder stillen, zu diesem Zwecke die nötige Zeit zu lassen ist, auch für die Säuglinge entsprechende Räume einzurichten sind. Frauen, die den Haushalt führen, müssen zu Mittag eine Pause von anderthalb Stunden haben.

Der Entwurf schützt nur jene Arbeiter, die das 16. Jahr noch nicht vollendet haben. Alle anderen Arbeiter müssen ihre Arbeitszeit durch Verträge bestimmen. Der Entwurf sichert ihnen nur eine einstündige Mittagsruhe und nach fünf Stunden Arbeit eine halbstündige Pause.

Die Bestimmungen zur Sicherung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter und der schwangeren Frauen sind sehr zahlreich, aber nicht zureichend, um so weniger, da die Arbeiter auf die mit der Kontrolle betrauten Gewerbeinspektoren keinen Einfluss ausüben werden können.

Eine Neuerung des Entwurfes ist, dass die Arbeitsvermittlung den Händen der Gewerkschaften entwunden und den Gemeinden und den Gewerbekammern überantwortet werden soll, wogegen sich die Arbeiterschaft um so mehr sträubt, als die Gemeindeverwaltungen in Ungarn ganz in den Händen der Bourgeoisie sind, von den Gewerbekammern ganz zu schweigen, die selbstredend bürgerliche Institutionen sind.

Bis jetzt sind in Ungarn alle Vereinbarungen, die eine Lohnerhöhung oder die Erringung vorteilhafterer Vertragsbedingungen zum Zwecke haben, ungültig, nach den Bestimmungen des Entwurfes sollen diese Vereinbarungen Rechtskraft erhalten. Mit dieser Bestimmung ist auch das Streikrecht prinzipiell anerkannt. Boykottierungen hingegen sind auch weiterhin verboten. Vereinbarungen aber, deren Zweck nur dahin geht, dass gewisse Unternehmer nur während der Zeit des Streiks keine Arbeit geliefert erhalten können, sind gültig. Das Streikrecht ist aber auch nur prinzipiell anerkannt. Der Streik ist für alle Arbeiter verboten, wenn er gesetzwidrige Zwecke hat, wenn sein Ziel auch auf dem Wege des Gesetzes zu erreichen ist, wenn er darum geführt wird, um den Unternehmer in der Wahl von Personen zu beeinflussen, wenn die Arbeiter nur eine achttägige Kündigungsfrist haben. Der letztere Fall wird aber immer zutreffen, wenn die Parteien im Vertrag nicht anders beschlossen haben. Ueberhaupt ist der Streik der Postbediensteten, den Arbeitern der Wasserversorgungsanstalten, den Beleuchtungsunternehmungen, der Schifffahrtsgesellschaften, der Fähren, der öffentlichen Krankenhäuser, der Feuerwehr (§ 545) und den Lehrlingen verboten. Die Ausnahmen sind so zahlreich und so umfangreich, dass die Streiks nach wie früher verboten bleiben. Verboten sind weiters



die Aufrufe zum Streik in den zuletzt angeführten Betrieben. Alle Teilnehmer und auch jene, die zu verbotenen Streiks aufrufen, sind schadenersatzpflichtig. Bestimmungen über Streiklager sind im Entwurf nicht zu finden.

Der Entwurf regelt bis in die kleinsten Einzelheiten das Verfahren der für Unternehmer und Arbeiter verbindlichen Schiedsgerichte. In diesem Teil ist negativ ausgesprochen, dass der Streik als „höhere Gewalt“ zu gelten hat. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ist von wenig Bedeutung, denn wenn der Vergleich nicht gelingt, ist zwar ein Urteil zu fällen, es ist aber nicht erzwingbar. Da nach dem Gesetzartikel XLIX vom Jahre 1907 die Eisenbahnangestellten kein Streikrecht haben und da die oben erwähnten Post-, Wasserleitungs-, Feuerwehr- etc. Angestellten nach dem Entwurf auch kein Recht haben sollen, ihre Arbeit zu verweigern, werden in Zukunft alle Differenzen der Angestellten mit ihrem Unternehmer vor ein Schiedsgericht gewiesen.

Die Gewerbeorganisation ist in einem besonderen Titel des Entwurfes geregelt, in dem auch die Organisation der Arbeiterkammern vorgeschrieben ist. Aufgabe der Arbeiterkammern ist, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten und den Ministerien Vorschläge zu machen. Die Arbeiterkammern sollen in zwei Abteilungen geteilt werden, nämlich die der industriellen Arbeiter und die der Handelsangestellten.

Der Entwurf beschäftigt sich auch mit den Produktivgenossenschaften der Kleingewerbetreibenden.

Neu sind die im Entwurf geregelten Gewerbegerichte, die von nun an neben den Handelsgerichten\* bestehen sollen und in den folgenden Fällen entscheiden sollen: a) in jenen privatrechtlichen Streitfragen, die zwischen den Unternehmern und den Arbeitern aus dem Arbeitsverhältnis entstammen; b) in jenen Streitsachen, die zwischen den Arbeitsvertragschliessenden und deren Rechtsnachfolger entstehen; c) in jenen Streitfragen, die aus den durch Gruppen geschlossenen Verträgen resultieren; d) in jenen Fragen, welche auf Grund des Gesetzartikels XLIX vom Jahre 1907 entstehen werden. Zu diesen Gerichten werden Arbeiterbeisitzer gewählt, die zu zweien zu den Sitzungen einberufen werden, bei denen ausser den zwei Arbeitern zwei Unternehmerbeisitzer und ein aus dem Kreise der Richter gewählter Vorsitzender teilnimmt.

Um alle diese Verfügungen zu sichern, bestimmt der Entwurf nach echter ungarischer Art die strengsten Strafen. Unerlaubte Streiks werden mit Gefängnis bis zu zwei Jahren geahndet, der Auflauf während des Streiks vor einer Fabrik oder Werkstätte oder Wohnung, wo sich Nichtstreikende aufhalten, wird mit zwei Monaten Gefängnis und 600 K Geldstrafe bestraft etc. etc.

In dem Entwurf wird auch das Koalitionsrecht der Arbeiter geregelt. Es wird den Arbeitern zwar gestattet, Vereine zu gründen, diese Vereine werden aber auch künftig unter der Kontrolle der Behörden stehen, die ihr Augenmerk darauf richten werden müssen, dass keine unerlaubten Streikunterstützungen ausbezahlt werden. Alle Verfügungen, die im Entwurf aufgenommen sind, erschweren das Bestehen der Arbeitervereine. Von nun an soll die Gewerkschaft nur als Mitglieder aufnehmen können, die als Arbeiter in dem Gewerbe beschäftigt sind. Die Angestellten der Gewerkschaft können also nicht Mitglieder sein. Der Entwurf verbietet alle Einzahlungen, die in den Statuten des Vereines nicht bestimmt sind. Diese Bestimmung ist gegen die Einzahlung der Parteisteuer gerichtet. Die Gewerkvereine sind berechtigt, Kollektivverträge zu schliessen. Um die Gewerkvereine für Vertragsbrüche verantwortlich machen zu können, erklärt der Entwurf, dass die Gewerkvereine juristische Personen sind. Obzwar sich das höchste Interesse der Arbeiterschaft daran knüpft, dass die Gewerkschaften bestehen bleiben, berechtigt der Entwurf doch den Stadthauptmann und Stuhlrichter, die Gewerkschaften aufzulösen oder das Vermögen und die Bücher der Gewerkschaft wann immer mit Beschlag zu belegen.

Wer den heutigen Rechtszustand mit dem des Entwurfes vergleicht, wird den

\* Nach dem Entwurf der ungarischen Zivilprozessordnung sollen aber die Handelsgerichte abgeschafft und die Handelskreise aus der Jurisdiktion ausgeschlossen werden.



heutigen in vielen Beziehungen für besser und gerechter finden als jenen, den der Entwurf schaffen soll.

Wenn man nun den Entwurf im ganzen betrachtet, sieht man, dass er schon jetzt veraltet ist. Die industriellen Verhältnisse Ungarns haben die Tendenz, sich den europäischen Verhältnissen anzupassen, die Gesetzgebung ist hingegen bestrebt, fast alle Errungenschaften der modernen Sozialpolitik den Arbeitern vorzuenthalten. Wird der Entwurf Gesetz, so beginnt für die Arbeiterschaft Ungarns eine Periode des Kampfes: der Kampf gegen das Gesetz für ihre Interessen. Bis jetzt kämpfte es bloss gegen die Interessen der herrschenden Klasse und gegen die Willkür der Behörden, nachher muss es auch die ungerechten gesetzlichen Bestimmungen bekämpfen.

---

---

## Hans Deutsch: Die Hammerbrotwerke

Wenn in einem Lande die Arbeiter sich ihrer Ausbeutung als Konsumenten bewusst werden, so wenden sie sich zunächst gegen jene Ausbeuter, deren Bekämpfung am leichtesten scheint, gegen die kleinen Zwischenhändler. Diese Händler, die gerade wegen ihres geringen Geschäftsumfanges und ihrer unrationellen Betriebsweise zu den ärgsten Ausbeutern gehören, haben wirtschaftlich weit geringere Widerstandskraft als kapitalistische Unternehmungen. Schaffen sich die Konsumenten an einem Orte ihre eigene Zwischenhandelsorganisation, so sind die kleinen Kaufleute nicht imstande, Widerstand zu leisten. Zudem ist es gerade auf diesem Gebiet für die arbeitende Bevölkerung verhältnismässig am leichtesten, Organisatoren des neuen Zwischenhandels aus der Masse der Ausgebeuteten selbst zu finden. So steht an der Wiege der erfolgreichen genossenschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse der Konsumverein.

Bei weitem schwieriger ist es für die eben zum Bewusstsein ihrer Macht als Konsumenten gelangte Arbeiterklasse, sich sogleich an die Produktion für den eigenen Bedarf zu machen. Die junge Arbeiterklasse hat nicht die Macht und nicht die Fähigkeit, eine kapitalistische Eigenproduktion auf die Beine zu stellen. Sie beginnt die Eigenproduktion in Formen, die in der kapitalistischen Welt zur kümmerlichen Existenz und zum Tode verurteilt sind, mit kleingewerblicher Produktion, und selbst diese oft in ungewöhnlich unzureichender Weise. Da darf es nicht wundern, dass viele solche Unternehmungen entweder zugrunde gingen oder sehr langsam sich entwickelten.

Die genossenschaftliche Produktion konnte mit Erfolg erst begonnen werden, als die Konsumenten sich der Waffe des Kapitalismus bedienten. Konsumvereine konnten, gestützt auf ihre dem Detailhandel entstammenden Rücklagen, moderne Betriebe eröffnen. Noch besser wurde es, als der organisierte Detailkonsum das Joch des Grosshandels abzuschütteln begann, als die Konsumvereine Grosseinkaufsgesellschaften gründeten und diese wieder mit den Mitteln ihrer Konsumvereine für deren Bedarf Fabriksbetriebe einrichteten. So entstanden die viel bewunderten Werke der englischen und schottischen Grosseinkaufsgesellschaften.

Indes der Ausbau der Organisation der Arbeiterklasse muss nicht immer gleichen Schritt halten mit dem Klassenbewusstsein. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erfahren bei ihrem Ausbau Impulse verschiedener Stärke, die in verschiedenen Ländern aus historischen Motiven verschieden sind. Galt doch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der genossenschaftlichen Verbindung der Konsumenten lange Zeit überhaupt nicht als Teil des Klassenbewusstseins der Arbeiter. Die politische Organisation hat ihren formalen Ausdruck im Wahlverein und erfahrungsgemäss ist das Bedürfnis der Arbeiterschaft, einer festen politischen Organisation beizutreten, nicht allzu gross. Die feste Organisation des Lohnkampfes hingegen, der Berufsverein, wird beständig gespeist durch die Notwendigkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes, der den sorgfältigsten Ausbau dieser Art von Organisationen in allen Ländern in gleicher Weise erforderlich macht. In entwickelten Ländern rechnet die Arbeiterklasse im Lohnkampfe nur wenig mit jenen, die zum Beitritt zu gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu



gewinnen waren, im politischen Kampfe rechnet sie aber mit Hunderttausenden als sicheren Mitkämpfern, die im Wahlverein nicht eingeschrieben sind. Aehnliche Verhältnisse wie in der politischen liegen bei uns in der genossenschaftlichen Organisation vor und darauf gründet sich die Idee des grossen und einzigartigen Unternehmens, das dieser Tage in Schwechat bei Wien eröffnet wurde. Wie eine politische Aktion der Partei in Wien sich nicht allein an die im Wahlverein Organisierten, sondern an die hunderttausend Wähler richtet, so wendet sich das neue Fabriksunternehmen nicht ausschliesslich an die siebzigtausend Konsumvereinsmitglieder, sondern an die Hunderttausende, die ihrer Ausbeutung als Konsumenten sich zwar bewusst, aber aus irgendwelchen Gründen noch nicht Mitglieder der Konsumvereine sind. Es ist die ideelle Assoziation der bewussten Arbeiterklasse, an welche wir appellieren.

Hier zeigt sich wieder einmal, wie wenig mit papierenen Gesetzen gegen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten angekämpft werden kann. Wenn die Gewerberetter das neue Genossenschaftsgesetz mit seinen Knebelungsversuchen der Konsumvereine auch durchsetzen, so werden sie dem „Karpeles-Projekt“ nicht ein Härchen gekrümmt haben. Die Hammerbrotwerke sind als offene Handelsgesellschaft gegründet worden und in dieser rein kapitalistischen und deshalb in der kapitalistischen Gesellschaft unangreifbaren Form wenden sie sich an das Klassenbewusstsein der Arbeiter als Konsumenten. So wenig man den politischen Kampf der Arbeiterklasse erdrosseln kann, indem man die politischen Vereine auflöst, so wenig kann man den Mittelstand retten, indem man die Konsumvereine drangsaliert. Auch sie sind nur eine Form, deren sich der Kampf gegen den Kapitalismus bedient.

Das neue Unternehmen wird, obwohl es sich an einen weiteren Kreis als die Mitgliedschaft der Konsumvereine wendet, auch der Vermittlung der Zwischenhändler sich bedienen wird, keineswegs die Entwicklung der Konsumvereine hemmen, sondern die Genossenschaftsbewegung auf jenen Kreis erweitern, der ihr bisher nur ideell angehörte, mit ihr nur sympathisierte, ohne sich an ihr zu beteiligen.

Wie die Mitgliedschaft der Wahlvereine wächst, wenn die Zahl der politisch nicht organisierten Wähler unserer Partei zunimmt, so werden die Konsumvereine ihre neuen Mitglieder aus jenen Schichten leichter gewinnen können, die die Erzeugnisse unserer Eigenproduktion durch die Vermittlung eines Zwischenhändlers kennen gelernt und dadurch mit der Genossenschaftsbewegung in Berührung gekommen sind. Auch in der Gewerkschaftsbewegung werden viele in gelegentlichen Aktionen mitgerissen, bevor sie dieser Bewegung angehören. Sowohl in der Politik als in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung eilt die ideelle Assoziation der Arbeiter voran, die formale folgt nach. Dies haben für die Genossenschaftsbewegung vielerorts die Genossen in der Provinz erkannt und mit bescheidenen Kräften auszuführen versucht, indem sie Arbeiterbäckereien für den örtlichen Bedarf gründeten. Dasselbe Prinzip aber für die grossindustrielle Praxis der Grossstädte zum erstenmal angewandt zu haben, ist das Verdienst der österreichischen Sozialdemokratie. Wie das allgemeine Stimmrecht den Willen der Masse in politischer Hinsicht zum Ausdruck bringt, ohne dabei eine feste Organisation dieser Masse in allen ihren Gliedern zu erfordern, so soll der Absatz der Brotfabrik dem Willen jener unorganisierten Massen Ausdrucksmöglichkeit bieten, die ihre Ausbeutung als Konsumenten empfinden.

Das neue Unternehmen muss den kapitalistischen Gesetzen folgen, ebenso wie reine Konsumvereinsfabriken. Es darf nicht teurer produzieren wie reine kapitalistische Unternehmungen, denn es muss mit diesen den Kampf aufnehmen. Dennoch macht sich hier ein wesentlicher Unterschied zwischen den Konsumvereinsfabriken und dem auf Deckung des allgemeinen Bedarfes hinzielenden Parteiunternehmen geltend. Zunächst etwas Gemeinsames: beide müssen einen gewissen Reingewinn erzielen und ihn anhäufen. Der Konsumverein muss dies tun, um sich Kapital zu schaffen und den Betrieb zu erweitern, wie es der Konkurrenzkampf mit den kapitalistischen Unternehmungen erfordert; das Parteiunternehmen kann auch nicht anders, denn es hat den Kredit der Partei in Anspruch genommen, will sich aus Zinspflichtigkeit befreien und den Grossbetrieb in den reinen Besitz der Arbeiterklasse überführen. Nun aber kommt der Unterschied, der in den Eigentumsinstitutionen seine Ursache hat. Der Konsum-



verein arbeitet, indem er seine Produkte annähernd zu denselben Preisen verkauft wie der kapitalistische Unternehmer, noch auf weiteren Reingewinn und verteilt ihn am Ende des Jahres als Dividende an seine Mitglieder. Die ideelle Assoziation aber, auf welcher die Parteifabrik beruht, hat keine Mitglieder im Sinne des geltenden Eigentumsrechtes, die Parteifabrik gehört nicht den Parteiangehörigen, wie der Konsumverein Eigentum seiner Mitglieder ist, sondern den Gesellschaftern der offenen Handelsgesellschaft Skaret, Hanusch u. Komp., in Wahrheit also den delegierten Vertrauensmännern der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und damit diesen selbst. Den Organisationen der Arbeiterklasse muss also der Gewinn zufließen; er wird den Kapitalisten entrissen und auf dem Wege der Organisationen nicht direkt den einzelnen Mitgliedern der Arbeiterklasse, sondern der Gesamtheit zugeführt. So helfen uns die Rechtsinstitutionen der kapitalistischen Gesellschaft zu einem Stück Kollektivismus, und dass dieses Stück recht reichlich ausfalle, muss wieder, wie in einer kollektivistischen Gesellschaft, Aufgabe jedes einzelnen sein.

---

## Eduard Stojetz: Soll der Arbeiter Sport treiben?

Vor nicht allzulanger Zeit wäre es ein Wagnis gewesen, die Frage der Beteiligung der Arbeiter am Sport aufzuwerfen. Sportvereinen sagte man damals nach, dass sie die Arbeiter von der Verfolgung ihrer Klasseninteressen abhalten, und sie wurden darum als schädlich bezeichnet. Dieser Argumentation war tatsächlich nichts entgegenzusetzen und Jahre der Entwicklung allein vermochten es nachzuweisen, dass unter bestimmten Voraussetzungen diese Begründung ihre Basis verlor.

Ehe man an die Beantwortung der Frage, ob der Arbeiter Sport treiben soll, herantritt, erscheint es geboten, den Begriff des Sports näher zu bestimmen.

Wenn Sport Liebhaberei zu einer bestimmten Tätigkeit bedeutet, wenn man das Sammeln von Briefmarken, das Wetten auf Rennpferde, Hahnenkämpfe, Taubenschiessen, ja das Photographieren ebenfalls als Sport bezeichnet, so ist es wohl selbstverständlich, dass diese Gattung Sport aus dem Kreise unserer Betrachtungen ausgeschlossen werden muss.

Aus diesen Erwägungen lässt sich auch die Uebersetzung des englischen Wortes Sport in Spiel nach unserer Meinung nicht anwenden. Näher kommt dieser Auffassung schon das Spiel des Altertums: „Sie legten ihre Gewänder ab, salbten sich die Glieder mit Oel und Apollon schwang die schwere eiserne Diskusscheibe mit starkem Arm bis in die Wolken.“ Nicht jene Gattung Sport kann es also sein, welche dem Modebedürfnis der sogenannten oberen Zehntausend entgegenkommt, für kurze Zeit Abwechslung in das monotone Leben unbeschränkten Genusses zu bringen. Vielmehr kann es sich für uns lediglich um diejenige Art von Sport handeln, welche zum Endzweck körperliche und geistige Entwicklung hat, seelische Befriedigung zu gewähren in der Lage ist, ein Mittel zur Erziehung des Charakters bildet.

Wenn wir also den Sport als das freie Spiel der Kräfte auffassen, betrieben um seiner selbst willen, dann ist er, wie die Kunst, ein wertvolles Erziehungsmittel. Wenn wir gelten lassen, dass ein solcherart betriebener Sport geeignet ist, Selbstvertrauen, Mut und Energie zu fördern, ja zu wecken, dann wird es ziemlich schwierig, gegen die Beteiligung des Arbeiters am Sport eine ablehnende Haltung einzunehmen. Die Frage, was Sport ist, ist schon oft gestellt worden und die Definition, sofern sie eine vollkommene sein kann, ergibt auch die Beurteilung des Wortes Sport im Sinne der vorstehend ausgedrückten Anschauung.

Wenn wir also als wesentlichste Merkmale des Sports, Bewegungstätigkeit, welche bestimmte körperliche und geistige Fähigkeiten in einem über der durchschnittlichen Leistung liegenden Masse erfordert und die Betätigung dieser Fähigkeiten um ihrer selbst willen bezeichnen, so dürfte damit etwaigen irrigen Vorstellungen begegnet sein. Dadurch unterscheidet sich der Sport vom Spiel, welches in der Regel keine überdurchschnittlichen Fähigkeiten verlangt und wo oft auch Bewegungstätigkeit



fehlt. Auch Wettbewerb zählt nicht zu den Merkmalen. Wenn auch zum Beispiel beim Fussballsport anscheinend der Zweck die Besiegung der gegnerischen Partei ist, so darf es nicht die Niederlage des Gegners sein, welche Befriedigung erzeugt, sondern die Freude an der eigenen Leistung, welche den Beweis des Könnens darstellt.

Wenn nun das moderne Erwerbsleben mit dem Prinzip der Arbeitsteilung die Menschen völlig zur Einseitigkeit bildet, dadurch Schädigungen der körperlichen und geistigen Gesundheit verursacht, so wirkt der Sport ausgleichend, indem er die durch das Berufsleben zur Untätigkeit verdammten Fähigkeiten belebt, sie zur Entfaltung bringt. Damit hört aber der Sport auf, eine Liebhaberei zu sein, er wird zu einem wichtigen Kulturelement.

Aus diesen Gründen lässt sich auch erklären, dass Turnen, Fussball, Rodel- und Skifahren und nicht minder die Touristik in allen Spielarten einen ganz ungeahnten Aufschwung genommen haben, dem sich weite Kreise der Arbeiterschaft nicht entziehen konnten. Alle diese Sportarten stellen Anspruch auf Betätigung von Kraft, Gewandtheit, Mut, Ausdauer, Selbstüberwindung, Kaltblütigkeit, die Touristik wirkt ausserdem durch den Anblick des Schönen, durch das Ahnen des übermenschlich Grossen, den innigen Kontakt mit der Natur, bildend im ethischen Sinne.

Und wenn Steinitzer in seiner „Psychologie des Alpinisten“ sagt, dass der Sport Anschauungen konserviert, welche sonst im modernen Leben keinen Platz finden, dass er zum Beispiel ritterliches Gehaben, Kraft und Geschicklichkeit zum Prüfstein der Ehre macht, dass der Sport je zweckloser, desto idealer ist, hat er wohl ebenso recht wie diejenigen, welche in der Sportbetätigung beider Geschlechter ein günstiges Moment erblicken. Gegenseitige Rücksicht, Dämpfung roher Kraftausbrüche, ein harmloser, von konventioneller Prüderie freier Verkehr sind Wirkungen des Sports. Das Menschliche kommt reiner und schöner zu seinem Recht.

Lassen wir nun die Vorteile des Sports an und für sich gelten, so beantwortet sich die Frage: „Soll der Arbeiter Sport treiben?“ eigentlich schon von selbst.

So wie die Sportbetätigung eine nicht zu unterschätzende psychische und moralische Kraftquelle bildet, enthält sie auch für den Arbeiter eine Reihe weiterer guter Eigenschaften.

Der sporttreibende Arbeiter wird anspruchsvoller. Er wird infolge seiner Sportbetätigung eine Fülle neuer Bedürfnisse kennen lernen, welche, einmal erkannt, nicht gemisst werden wollen. Zu ihrer Befriedigung wird er nach Verbesserung seiner Lage streben. Er wird, um den Sport betreiben zu können, zum energischen Kämpfer für Verkürzung der Arbeitszeit und für die Verbesserung der Entlohnung, ein wertvolles Glied seiner gewerkschaftlichen Organisation.

Die Touristik und das Reisen erschliessen abermals neue Gesichtspunkte. Der Arbeiter gelangt in eine ihm bisher verschlossene Welt. Er wird zum Bewusstsein gelangen, dass er auch hier seinen gerechten Anteil zu holen hat, und damit für eine äusserst wichtige Angelegenheit, die Urlaubsbewegung, arbeiten.

So bildet die Sportbetätigung des Arbeiters eine ähnlich wertvolle Ergänzung des Kampfes seiner Klasse um den Aufstieg wie die Bekämpfung des Alkohols. Im gleichen Masse wie der alkoholfreundliche Arbeiter nach kulturellen Gütern, nach schönerer Wohnung, nach Kunstgenuss strebt, welche der Trinker nicht vermisst, wird der sporttreibende Arbeiter trachten, sich dieses Genusses zu versichern. Beide erweisen sich damit als äusserst wertvolle Kämpfertypen des Proletariats.

Auf dem Nürnberger Parteitag wurde die Ansicht vertreten, dass die Jugend der proletarischen Klassenpolitik fernbleiben solle. Aber auch das Gegenteil kam zum Ausdruck. Vielleicht ist auch hier die goldene Mitte das richtige. Die Jugend soll genossen werden! Soll genossen werden, ohne dass deshalb vergessen werde, was an ernster Arbeit zu leisten ist. Können nicht beide Bedürfnisse auf ihre Rechnung kommen? Ein Zuviel an Politik ist für die Jugend von Uebel, ihr fehlt — vielleicht ist es der Jugend Glück — der nötige Ernst dazu. Und da es niemals unsere Absicht sein kann, die Jugend durch einseitigen Drill heranbilden zu wollen, vielmehr stets unser Wunsch, die Individualität ausleben zu lassen und zur Entwicklung zu bringen, erscheint eine ausgedehnte Förderung des Sports innerhalb der Arbeiterschaft wünschenswert und nützlich.



## Wilhelm Hausenstein (München): Der Arbeiter und die bildende Kunst

### Ein Brief

Sie sind verstimmt. Ein Vortrag hat Sie erweckt und Sie haben mit Bewusstsein begonnen, Bilder zu betrachten. Aber Sie fühlten sich nicht aufgeschlossen. Sie haben die Empfindung, dass Ihnen eine fremde Macht die Sinne lähme, so oft Sie einem Kunstwerk gegenüberstehen. Diese Macht verbietet Ihnen, das Gemälde zum Zwiegespräch anzuregen, und dem Gemälde, Sie anzusehen. So stehen beide, Arbeiter und Bild, einander gegenüber wie zwei innige Menschen, die sich für einander interessieren, aber durch ein dunkles Verhängnis auseinandergetrieben werden, so oft sie sich einander nähern wollen.

Ich begreife Ihre Verzweiflung, denn ich habe sie durchgemacht. Aber Sie wissen nicht, wie weit Sie schon gegangen sind. Denken Sie einen Augenblick an die vielen, die noch nicht einmal den Gedanken denken, dass der Arbeiter mit der Kunst leben kann! Der bloße Wille zur Kunst ist aber schon eine Leistung, die einen Menschen eine ganze Strecke geistig weiterträgt. Und dann — Sie sind Sozialdemokrat. Das ist auch diesmal ein Gewinn für Sie — ein mächtiger Hebel auch hier. Sie gaben mir den Beweis. Denn Sie selber haben schon angefangen, jenes dunkle Verhängnis mit sozialer Einsicht zu prüfen. Die Bedingungen seines Daseins und seiner Zukunft kennen, das ist nun so enorm viel, dass Sie Grund haben, fröhlich zu sein. Wir wollen hier ein wenig verweilen und die Frage zusammen durchdenken.

Wahrhaftig, die Erziehung des Arbeiters zur Kunst ist nicht eine Frage reiner Selbsthilfe, wiewohl Kunstgenuss als etwas höchst Persönliches gilt. Wer als Banause geboren wird, ist natürlich auch durch den vollkommensten sozialen Apparat nicht zu einem Rembrandt zu machen. Aber wie viele Begabungen mögen wohl durch die Ungunst unserer gesellschaftlichen Zustände vernichtet worden sein? Schade, dass diese Statistik ewig ungeboren bleibt. Nein — auch Kunst ist eine Frage der Politik, das heisst eine Frage der Organisation, der Partei. Künstlerische Kultur der Persönlichkeit hängt so gut von sozialen Faktoren ab, als ihre wirtschaftliche und staatsbürgerliche Lage, ihre wissenschaftliche Ausbildung. Sie schreiben:

Ich habe fast keine Zeit, mich mit künstlerischen Dingen zu befassen; das brennende Bedürfnis ist da — aber wenn ich alle acht oder vierzehn Tage dazu komme, mich auf ein Kunstwerk zu konzentrieren, so mit ausgeruhter Kraft an einem frischen Sonntagvormittag, dann sorgt die Monotonie des werktägigen Berufslebens dafür, dass ich mich der Erinnerung an die Eindrücke der Feierzeit immer wieder rasch entwöhne.

Das ist's! Die erste Voraussetzung Ihres künstlerischen Wachstums ist das Wachstum der Feierzeit. Ich weiss, dass Ihnen diese Wahrheit nicht zu fauler Entschuldigung dienen wird. Sie sind überzeugt, dass diese Wahrheit nur dann wertvoll ist, wenn sie ein Jungbrunnen politischen Kampfes wird. Wir müssen um die Kunst zunächst auf politischem Boden fechten — wir müssen es als Sozialdemokraten tun. Wir müssen erst das herrliche Geschöpf schaffen, das man das Volk nennt — diesen feinen Empfinder aller wahren Kunst. Denn es gibt heute kein Volk. Es gibt bloss Bevölkerung. Es gibt ein Durcheinander von Menschen aller Klassen, ein scheinbar demokratisches Gewimmel auf Plätzen und Strassen und selbst in Hofgärten — es gibt eine Demokratie, die sich allenfalls in einer gewissen faden Neutralität des Anzugs, in der Allbeliebtheit des steifen Hutes äussert. Es gibt in unserem geselligen Leben vielleicht auch einen Scheintod des Klassenkampfes, aber sicher keine Volkskultur, die alle Klassen ineinander vertreibt, so dass sie eins wären und jedes Glied im andern sich freudig wiederfände. Und darum wollen wir uns nicht durch dünnblütige Aestheten von der Ueberzeugung trennen lassen, dass künstlerische Volkskultur eine Herzensangelegenheit der Politik sein muss. Ohne wirtschaftliche Demokratie keine politische, ohne staatsbürgerliche Demokratie keine Gemeinsamkeit des sittlichen, intellektuellen und



künstlerischen Daseins — und ohne Sozialdemokratie keine Organisation des Kampfes um die Grundfrage: um die ökonomische Demokratie, die Sozialismus heisst!

Aber Sie fürchten, überhaupt nie in ein Verhältnis zur modernen Kunst zu treten — und ebensowenig zur alten. Sie haben alte Meister gesehen und finden ihre Tafeln unbeholfen, gleichartig, unpersönlich, langweilig. Recht so — man soll sich über seine innersten Empfindungen nichts vormachen. Und die Modernen haben eine Manier, die Ihnen unbegründet wüst zu sein, sinnlos zu schmieren scheint. Wir wollen die Sachen mit groben Namen nennen; das verhilft zur Deutlichkeit. Sie begreifen nicht, dass es Leute gibt, die behaupten, die Modernen hätten die Natur sachlich wiedergegeben. Mit einem Wort: nicht nur die gesellschaftlichen, sondern auch die ästhetisch-technischen Schwierigkeiten sind Ihnen fatal.

Mir scheint, auch das darf Sie nicht entmutigen. Muten Sie sich nur immer viel Bilderschen und Vergleichen zu! Sie haben ja gar kein Recht, so rasch über sich selbst zu urteilen. Glauben Sie auch nicht, dass etwa die Intellektuellen sich mit den technisch-ästhetischen Problemen so ohneweiters zurechtfinden. Erst jenseits der sozialen Vorarbeiten beginnt ja die ästhetische Schulung selber.

Von den alten Meistern ein andermal mehr. Auch vor ihnen handelt es sich um Geduld, um die zäheste Beharrlichkeit; aber ausserdem um ein historisch empfindendes, herzliches Eindringen in die fernen Kulturkreise, denen sie angehörten, in ihre devoten Seelen, in ihre Frömmigkeit, in ihren Humor, in ihre materiellen Darstellungsmittel, in die begrenzten künstlerischen Ueberlieferungen, mit denen sie, die von unten anfangen, zu rechnen hatten. Uebrigens — das, was Sie Unbeholfenheit nennen, was Ihnen langweilig erscheint — just das war ein Glück. Wenn die moderne Malerei sich durch die unerhörte Ausbildung des Technischen dem gemeinen Urteil entziehen kann — die alte Malerei konnte das nicht. Jeder, der ein paar frische Augen im Kopfe hatte, konnte das künstlerische Gebaren der Meister kontrollieren. Und die geistige Organisation der mittelalterlichen Gesellschaft tat wahrlich genug, den Laien zur Kunst in Beziehung zu setzen! Wie kam die Kirche dem Bedürfnis der Menschen nach Anschauung, nach Farbigen und Geformtem entgegen! Durch verschwenderische Prozessionen, durch geistliche Schauspiele, in denen eine raffinierte Regie alle szenischen Mittel mobilisierte, spannte die Kirche die Augen der Menschen an und sie hat damit der künstlerischen Erziehung der Vorfahren einen unbezweifelbaren Dienst geleistet. Das Leben des letzten Bettlers streckte sich glänzenden Offenbarungen entgegen, so oft sich der feierliche Prunk der Lithurgie entfaltete und der Weihrauch um die Köstlichkeiten des weithin sichtbaren Dreiflügelbildes über dem Hauptaltar zärtliche Wolken wob. Dort oben, zu Häupten des amtierenden Priesters, war zu sehen, wie klägliche Gestalten armseliger Krüppel neben der Hoheit heiliger Apostel einherkamen und Könige in Hermelin, selbst Mönche und Bischöfe in die Klauen grässlicher Teufel fielen! So lebte die mittelalterliche Gesellschaft auch in ihren Enterbten mit der Kunst. Denn die Kunst war eine öffentliche Angelegenheit — sie war organisch aus den Bedürfnissen der Gesellschaft herausgewachsen.

Der Gegensatz zeigt, was uns abgeht. Die moderne Kunst ist dem Volksbewusstsein entfremdet — inhaltlich so gut als technisch. Denn beides geht Hand in Hand und darum ist es unmöglich, das Soziale und das Aesthetisch-Technische reinlich zu scheiden. Immer wieder werden wir zum Sozialen als dem Urquell aller Problematik zurückgetrieben. Nur da, wo die Kunst von den tiefsten Bewegungen der Volksseele getragen wird, bleibt sie davor bewahrt, sich in ästhetisch-technischer Gymnastik an sich selber witzig zu ergötzen; nur da bleibt ihre Technik und die Schönheit ihrer Linien, ihrer Farben, ihrer Raumbilder dem Volke verständlich. Aber wir haben kein Volk!

So fürchterlich die Last des Absolutismus, das Gewicht des Feudalismus auf die Völker drückte, man muss einräumen, dass die Herren einen Teil der erpressten Summen mit Geist und Geschmack in künstlerischen Werten aufgehen liessen. Watteau, Fragonard, Boucher und Chardin, die grossen Franzosen des 18. Jahrhunderts, sie hatten ein ästhetisch ebenbürtiges Publikum! Der Adel war eine kultivierte Klasse. Die Schlösser des Barock und des Rokoko — sei es Versailles oder Nymphenburg oder der intimere Reiz von Schönbunn und Laxenburg — alle haben jene ausgesprochene künstlerische Einheit, die man



Stil nennt und die in jeder Linie, im Briefton, in der Konversation, im Gang, im Kostüm, in der Fächerhaltung, im Ehrbegriff — und selbst in der sentimental-koketten Frömmelerei büssender Marquisen zum präziösesten Ausdruck kam.

Und der Bauer? Unter dem Druck der Feudalen behielt sogar er die Kraft, sein Dasein mit eigener Technik in künstlerische Formen zu kleiden! Aus seinen Trachten, aus seinen Fayencen holt unsere Zeit die Courage zu einer frohen Pflege starker, breiter, unbefangener Farben.

Wir wollen nicht moralisieren. Aber wir müssen es feststellen, dass es der Bourgeoisie vorbehalten blieb, das künstlerische Gewissen der Völker umzubringen und eine Zivilisation zu zeitigen, die des wahrhaft Schönen willig entbehrte und in einem Milieu von Aktien, roten Plüschmöbeln, Renaissancestühlen und Papiermaché-Antiken ihre ideale Heimat fand. Der klassische Interpret der Bourgeoisie, Daumier, wusste keine andere Möglichkeit, sie darzustellen, als die Karikatur.

Begreifen Sie, weshalb ich Sie immer wieder auf den einen Punkt zurückführe, selbst wenn ich vom Technischen der modernen Kunst rede? Es gibt auch über diese Frage keine andere, keine tiefere Selbstverständigung als die, die sich aufs soziale Leben ausrichtet!

Wo unsere Maler kein Publikum hatten, mussten sie sich selber genügen. Und wo es heissen sollte: Die Kunst fürs Volk! da hiess es: Die Kunst für die Kunst! Keine Mesalliance! Der arrogante, geschmack- und taktlose Wiertz hatte die Situation richtig bezeichnet, als er auf sein Selbstbildnis die ungeheuerliche Phrase schrieb: Ist auf dem Gebiet der Malerei die Kritik überhaupt möglich?

Interessant, dass die grossen Impulse, die der Malerei des 19. Jahrhunderts so gewaltige Revolutionen bereitet haben, aus den politischen Revolutionen des Jahrhunderts hervorgebrochen sind. Delacroix, der warme Franzose, der nach den kalkigen, hochakademischen Bildern der Kaiserzeit flammende Farben in die Malerei brachte, malte die herrliche Apotheose der Julirevolution. Courbet, der Vater des Naturalismus in der französischen Malerei, war Communard; und Millet, der Hohepriester der harten Bauernarbeit, dem die moderne Kunst mächtige Anregungen dankt, hat den Titel des Sozialisten nicht abgelehnt, wenn er ihn auch nicht suchte. Ohne Uebertreibung mag man sagen, dass das junge Proletariat in die Entwicklung der modernen Malerei entscheidend eingriff. Unmöglich konnte es die Malerei kritisch bereichern. Aber es konnte den Malern neue, würdige Stoffe zeigen; unter den grossen Deutschen hat ihn Menzel ergriffen. Und es konnte den revolutionären Stimmungshintergrund schaffen, von dem den Malern die Kraft zuwuchs, auch darstellerisch, formal auf ihrem Gebiet Revolutionäres zu wollen. Inzwischen hat sich die Malerei mit der Logik, die ihr 1830 und 1848 eingepflanzt wurde, und mit dem Temperament, das 1871 in Paris brannte, weiterentwickelt. Die Proletarier sind von der Barrikade zur friedlichen Arbeit zurückgekehrt; die Augenblicke der grossen Verbrüderung aller Kräfte der Empörung sind hinabgesunken und nun steht der Arbeiter vor der Kunst, der er von seinem Herzblut lieh und fragt: Wie verstehen wir uns?

Die Sonne der Freiheit, die dem Staatsbürger der unteren Hälfte noch nicht leuchtet, erglänzt seit jenen grossen Jahren über den Wiesen und Wäldern, den Häusern und den Menschen, die der Maler malt. Seit Courbet 1859 zu Starnberg den Münchenern das Beispiel gab, sind auch die Deutschen in Scharen aus dem Helldunkel des gegipsten Ateliers ins Freie hinausgezogen. Und was fanden sie?

Sie sahen, dass die Sonne die geliebten, sauber gezeichneten Linien, an die man in der Enge des Ateliers geglaubt hatte, unbarmherzig auflöst, dass zwischen Auge und Modell eine eigene Unruhe zittert, die man Luft nennt, dass Beleuchtung und Atmosphäre fortwährend wechseln und das grosse Weben und Leben ohne Unterlass verändern. Das Auge lernte diesen feinsten Verwandlungen folgen und es empfand den Ehrgeiz, den kürzesten Augeneindruck mit bezeichnender Bestimmtheit festzuhalten. Da war aber zu langsamem, bedächtigem Pinseln, zu peinlicher Sauberkeit der Ausführung keine Zeit mehr; der gewählte Moment war kurz — er musste erfasst werden: mit raschem, breitem Strich. So entwickelte sich eine eigentümliche Malernervosität. Man



nennt sie Impressionismus: die Kunst, flüchtige Augeneindrücke — Impressionen — zu bewahren. Immer kühner wurde der Maler in der Auslese der Aufgaben: bewegte Menschenmassen und bewegte Sonnenstäubchen — was immer hell, was immer luftig, was immer unruhig war, wurde von den souveränen Händen der neuen Kunst auf die Leinwand gerafft.

Wer hatte recht? Dürer, als er jedes Haar am Bart des Holzschuher malte, oder der ruckhafte, breite Pinsel der Modernen, der eine Frisur mit sechs groben Strichen bildet?

Gewiss, die moderne Art, an der Sie sich stossen, brachte ihre sinnlosesten Uebertreibungen. Breitmalen hat seinen Sinn bei erheblichen Entfernungen und prallen Beleuchtungen, bei stark bewegtem Modell und vielspätigem Farbeneindruck. Aber immer wird es Probleme geben, die eine ruhige, gemächliche Behandlung erfordern. Schon beginnt eine Reaktion gegen den Nurimpressionismus, die in revolutionärem Ton Rückkehr zum Umriss, zur Zeichnung und neue Pflege grosser, klarer Farbflächen fordert; sie verwirft jene Manier, die den Beschauer zwingt, sich den stark zurückgeschobenen Standpunkt zu suchen, der die einzelnen Farbflecken zur Kollektivwirkung, zu einem runden Akkord zusammenklingen lässt. Diese neue Bewegung wird an den Namen des Malers Marées angeknüpft werden müssen.

Das alles waren Allgemeinheiten. Wie Sie nun persönlich und im einzelnen weiterkommen sollen? Ich will Ihnen sagen, wie ich es machte. Ich nahm, allen Einwendungen zum Trotz, die Blätter, die mich stofflich ergriffen. Ueberlesen Sie einmal die Liste der billigen Kunstwartblätter. Da werden Sie bei Millet, bei Meunier, bei Schwind, bei Spitzweg viel finden, was Ihnen inhaltlich Freude macht. Sie werden rasch merken, wie Ihr Interesse am Stoff, am Dargestellten, an der Erzählung sich in ein Interesse an der Darstellung selber verwandelt. So ging es mir. Und dann suchte ich mir Rechenschaft zu geben: weshalb diese Linie, weshalb diese Strichlage und weshalb dieser Druck der Handballen und Fingerspitzen auf der Meunierstatue? Alles ganz pedantisch, diszipliniert, gut schulmeisterlich, ohne Empfindung für meine Eitelkeit, die mich einen Kunstspießer schalt. Es kommt ja nicht darauf an, geistreich zu sein, sondern zu verstehen, zu erfüllen. Und dann gibt es einen besonders probaten Weg: das Zeichnen und das Modellieren nach der Natur. Das ist ein Zeitvertreib, den der Vater mit dem Jungen teilen mag! Am Ende steht jene Kunst, vom Stoff ganz abzusehen und den Dingen nur ihre farbige Beschaffenheit, ihre Linie abzugewinnen — jene Kunst, die ganze Welt als ein herrliches Stilleben zu betrachten.

An diesem Punkt wird die Sache freilich manchmal faul. Ist man ehrlich, dann merkt man es und sieht zeitig, dass man weiterkommt, bevor man in die Netze der Aestheten fällt. Kunst ist nicht Augenverwöhnung, sondern Augenbildung.

Ich weiss nicht, ob ich viel Gescheites gesagt habe. Aber vielleicht schlägt aus meinen Worten der überzeugende Ton des Erlebten und Persönlichen hervor. Das wäre gut; denn dann schadet es nichts, wenn wir uns im Begriff nicht immer verstanden haben. Viel Glück und freundliche Grüsse!

## Bücherschau

### Marx-Literatur

Dr. Emil Hammacher, Privatdozent der Philosophie an der Universität Bonn, hat im Verlag von Duncker u. Humblot ein Werk über „Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus“ veröffentlicht, das durch seinen ungewöhnlichen Umfang — das Buch zählt nicht weniger als 730 Druckseiten — in der von Monat zu Monat anschwellenden Masse der Marx-Literatur auffällt. Leider steht der Wert des Inhalts

zu der grossen Mühe, die Hammacher aufgewendet hat, in schreiendem Missverhältnis. Wohl zeugt die Arbeit von grosser Belesenheit. Auch ist Hammacher von kleinlicher Gehässigkeit gegen Marx und gegen den Sozialismus überhaupt frei. Für einen Privatdozenten an der Hohenzollernschen Prinzenuniversität sind seine Urteile über die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, über Marx als Historiker und über Marx als Erwecker der Arbeitermassen aller Achtung wert. Was er aber über Marx, für ihn und gegen



ihn, zu sagen hat, ist zum Teil schon allzuoft gesagt worden, als dass es noch Interesse erregen könnte, zum anderen Teil aber zu wenig, als dass es den grossen Umfang des Buches rechtfertigen würde. Zur Einführung in die Marx-Literatur ist das Buch, trotz des reichen Schatzes an Zitaten, den es enthält, und trotz der behaglich-breiten Darstellungsweise auch nicht geeignet, da seine Darstellungsweise zu subjektiv, zu einseitig, für den Neuling auch zu schwer verständlich ist. Viele Leser wird das Buch also wohl nicht finden und eine Bereicherung der Gesichtspunkte, wie sie beispielsweise die Arbeiten von Böhm-Bawerk, Tugan-Baranovsky, Stammer, Rickert, Simmel der Marx-Kritik gegeben haben, enthält es nicht.

Die schwächsten Kapitel des Buches sind diejenigen, die sich mit Marx' Oekonomie beschäftigen. Hier fehlt Hammacher zunächst die Kenntnis der Tatsachen. Zum Beispiel meint er, die Entwicklung der Kartelle habe die Ausbeutung nicht gesteigert, da die Kartelle die Krisengefahr verringern, wodurch die — Konsumenten profitieren. (Seite 633). Nun kann man darüber streiten, ob die Kartelle die Krisengefahr verringern und ob dies ein Gewinn für die in den kartellierten Betrieben beschäftigten Arbeiter ist. Aber zugegeben, dass das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat die Krisengefahr für den Kohlenbergbau verringert und angenommen selbst, dass dies für die Arbeiter des Kohlenbergbaues vorteilhaft sei, so kann man doch nicht behaupten, dass die Hochhaltung der Kohlenpreise während der Periode der Depression den — Konsumenten nützt. Davon gar nicht zu reden, dass früher das Sinken der Produktionsmittelpreise gerade die Ueberwindung der Depression erleichtert hat! Solche Irrtümer über Tatsachen sind in dem Buch nicht selten. Aber auch in der theoretischen Deduktion ist Hammacher nicht viel glücklicher, solange er sich auf dem Boden der Oekonomie bewegt. Er stimmt zum Beispiel zuerst der Arbeitswertlehre zu (Seite 548), will aber dann gleich den mit ihr ganz unvereinbaren Satz beweisen, dass die „angehäufte Arbeit“ (die Produktionsmittel, das konstante Kapital) in derselben Weise Wertproduktivität habe wie die lebendige Arbeit. (Seite 555.) Und die Argumentation! „Marx behauptet, die Maschine verliere immer so viel an Wert, als sie an das Produkt abgibt. Wenn dies wirklich wahr wäre, dann würde kein Mensch eine Maschine anstellen, denn er würde ja gar keinen Nutzen von ihr haben.“ Gegen solchen Unsinn brauchen wir wohl nicht zu polemisieren.

Die Unkenntnis ökonomischer Tatsachen wird auch bei Hammacher durch das Philosophieren über die Oekonomie verhüllt. Mit Recht sagt er gegen Stammer: „Es ist bedauerlich, wenn sonst verdienstvolle Schriftsteller auf Grund blosser — und dazu ganz anders gerichteter — methodologischer Erwägungen Urteile fällen, die sich um den fachwissenschaftlichen Gehalt des beurteilten Gegenstandes gar nicht kümmern.“ Dieses Urteil trifft auf niemanden mehr zu als auf Hammacher selbst. Er bringt es zustande, zu behaupten, dass die Lehre von der Ausgleichung der Profitraten dem Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung widerspreche (Seite 343, 567) und seine Kritik der Marx'schen Oekonomie erklimmt wohl ihren Höhepunkt in

dem Satz: „Das ökonomische Prinzip erleidet Schiffbruch, indem seinem Leitfaden der empirisch-induktive Inhalt des Mehrwerts entgegentritt und so Hegels Identität von Form und Inhalt zerbricht.“ (Seite 392.) Wir halten methodologische Untersuchungen der ökonomischen Gesetze für nützlich und unentbehrlich. Aber die Frage nach den Gesetzen des Wirtschaftslebens darf mit der Frage nach der Möglichkeit und Art solcher Gesetze nicht in der Weise vermengt werden, dass beide in eine Philosophie der Nationalökonomie münden, die an die Vergewaltigung der Naturwissenschaft in der alten Naturphilosophie erinnert.

Auf einem etwas höheren Niveau als die ökonomischen Kapitel steht Hammachers Darstellung und Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung. Sein Begriff der Produktivkräfte ist allerdings zu eng. (Seite 158.) Die Produktivkräfte dürfen nicht mit den Produktionsmitteln verwechselt werden. Sie sind der Inbegriff der Beziehungen zwischen dem Menschen und der Natur als Arbeitsobjekt, schliessen also neben den technischen auch natürliche (Bodenbeschaffenheit, Klima, Rasse) und populationistische Faktoren (die Zahl der Menschen auf gegebener Bodenfläche ist einer der wichtigsten Bestimmungsgründe der Produktivität der Arbeit!) ein und wenn ihre Veränderung die Wandlung der Produktionsverhältnisse (gesellschaftliche Arbeitsteilung, Betriebsorganisation u. s. w.) herbeiführt, so sind sie doch selbst durch die ihnen vorausgehenden Produktionsverhältnisse bestimmt. Erst wenn man den Begriff der Produktivkräfte richtig erfasst, erschliesst sich der wahre Sinn der materialistischen Geschichtsauffassung, die die ganze Fülle menschlichen Geschehens aus den Wandlungen der Produktivkräfte, das heisst aus den Veränderungen im Daseinskampfe des Menschen in der Natur, hervorgehen lässt und dadurch die menschliche Geschichte als einen Teil des Naturgeschehens begreift, zugleich aber die Gesellschafts- von der Naturwissenschaft abgrenzt, indem sie den Menschen nicht bloss als leidendes Objekt, sondern als kämpfendes, arbeitendes Subjekt erfasst. (Vergleiche die Ausführung dieses Gedankens in meinem Artikel „Marx und Darwin“, „Kampf“, II, Seite 174.) Da Hammacher den Begriff der Produktivkräfte zu eng fasst, gelingt es ihm nicht, den echten Sinn der materialistischen Geschichtsauffassung zu erfassen, darum bereitet ihm die Darstellung des Verhältnisses zwischen der „ökonomischen Basis“ und dem „ideologischen Ueberbau“ so grosse Schwierigkeiten. Trotzdem findet sich gerade in diesem Teil seines Buches manches Interessante. Er unterscheidet mit Recht die Lehre, dass das menschliche Bewusstsein sich mit den Wandlungen der gesellschaftlichen Daseinsweise verändert, von der Lehre von der Macht ökonomischer Bedürfnisse und Interessen. Er kann aber beide Theorien nur historisch in Beziehung zueinander bringen, es gelingt ihm nicht, sie als Glieder eines Systems zu begreifen. Das liegt daran, dass wir es noch nicht verstanden haben, zur Theorie ausreifen zu lassen, was Marx nur epigrammatisch angedeutet hat, zu einer sozialen Formenlehre, wie ich sie an anderer Stelle gefordert habe. („Neue Zeit“, XXVI, 1, Seite 792 ff.)

Hammacher nennt sich selbst einen „Fachphilosophen“ und wir haben darum auf die philo-



sophischen Kapitel seines Buches die grössten Hoffnungen gesetzt. Aber auch hier sind wir enttäuscht worden. Hammacher setzt sich sehr ausführlich mit verschiedenen Aeusserungen von Marx und Engels über philosophische Probleme auseinander, die mit Marx' Gesellschaftslehre in keinem notwendigen Zusammenhang stehen, mit dem Marxismus also gar nichts zu schaffen haben. Nicht alle Ansichten von Marx und Engels über alle Fragen bilden einen Bestandteil des Marxismus. Will man im Marxismus Philosophie suchen, so kann man sie nur in jenen zahlreichen methodologischen Erörterungen finden, in denen Marx sein eigenes sozialwissenschaftliches Arbeitsverfahren gerechtfertigt hat. Die methodologischen Erörterungen im „Kapital“ zeigen uns auch das Verhältnis des reifen Marx zu Hegel. Marx hat das Stück Erkenntnistheorie, das Stück Kant, das in Hegel steckt, von seiner ontologischen Hülle befreit, aber trotzdem die durch die ontologische Auffassung bestimmte Terminologie beibehalten und es in dieser Form zur Begründung seiner Forschungsarbeit gebracht. Ich habe auf diesen Zusammenhang schon einigemal hingewiesen. („Neue Zeit“, XXIV, 1, Seite 207 f.; XXVI, 1, Seite 28 ff.) Hammacher aber ist an Marx' methodologischen Bemerkungen zum Teil achtlos vorübergegangen, zum Teil hat er sie grob missverstanden (vergleiche zum Beispiel Seite 107, 288), und aus Hegels Dialektik löst er nur die Antithetik, den Evolutionismus, den Relativismus, die Metaphysik heraus, aber nicht das grosse Stück Erkenntnistheorie, das in ihr steckt, obwohl gerade der erkenntnistheoretische Gehalt von Hegels Logik, zwar von der Metaphysik befreit, aber doch in der ontologisch gefärbten Terminologie ausgedrückt, im Marxismus fortlebt, seinen eigentlichen erkenntnistheoretischen Inhalt bildet und seine Beziehung zu der Erkenntnistheorie überhaupt begründet.

So ist der Ertrag der umfangreichen Arbeit leider nicht gross. Als ganz wertlos wollen wir sie aber trotz aller dieser Einwände nicht bezeichnen. Insbesondere erscheint uns manche Beziehung zwischen Marx und seinen Vorgängern, besonders Hegel und Feuerbach, sehr glücklich nachgewiesen. Vielleicht hat Hammachers Buch für eine wissenschaftliche Biographie von Karl Marx mehr Vorarbeit geleistet als für die Kritik und Fortbildung des Marxismus.

Dr. G. Charasoff sendet uns eine Erwiderung auf unsere Kritik seines Buches, die im Mai-Heft des „Kampf“ erschienen ist. Charasoff bestreitet zunächst die Richtigkeit unserer Inhaltsangabe. Der Satz, die Warenpreise müssten die in den Waren verkörperte Arbeit messen, wenn die Wirtschaft des technischen Fortschrittes fähig sein solle, drücke nach seiner Ansicht nicht das Marx'sche Wertgesetz, sondern das Wertgesetz der klassischen Oekonomie aus. Auch sei dieser Satz nur in demselben Sinne teleologisch zu verstehen wie etwa das Urteil: „Soll eine Tierart am Leben bleiben, so müssen sich ihre Organe an die äusseren Daseinsbedingungen anpassen.“ Auch er fasse Marx' Oekonomie als eine Gesetzeswissenschaft, nicht als eine Kunst-

lehre auf. Ferner beschwert sich Charasoff darüber, dass unsere Besprechung auf seine Auflösung des angeblichen Widerspruches zwischen dem ersten und dem dritten Bande des „Kapital“ und auf seine Untersuchung der Beziehung zwischen dem Gesetz der sinkenden Profitrate und der Krisentheorie nicht eingegangen ist. Unsere Zeitschrift hat für eine weitere Erörterung von Charasoffs Buch keinen Raum; wer sich für seine höchst subjektive Interpretation der Marx'schen Oekonomie interessiert, mag das Buch selbst zur Hand nehmen.

O. B.

## Arbeitszeit

Weit ärmer als die Literatur in englischer Sprache ist die deutsche über die Verkürzung der Arbeitszeit. Was vor dem Erscheinen des ersten Bandes des „Kapitals“ in deutscher Sprache über die Verkürzung der Arbeitszeit erschienen ist, verdient, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum einer Erwähnung, während England zu jener Zeit, entsprechend seiner wirtschaftlichen Entwicklung, schon eine umfangreiche Literatur über dieses Problem besass. In Deutschland ist aber die Literatur über die Arbeitszeit nicht so stark angeschwollen wie der Strom der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine der wichtigsten Seiten des Problems ist die Beziehung von Arbeitsintensität und Beschäftigungsdauer. Viel wertvolles, wenn auch keineswegs die Quellen erschöpfendes Material bringt uns eine Schrift von Ernst Bernhard „Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit, ihre personalen und technisch-sachlichen Voraussetzungen“. (Heft 138 der „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen“, herausgegeben von Gustav Schmoller und Max Sering, Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot 1909, X und 94 S. 8<sup>o</sup>.) Man wird die Schrift mehr als Materialiensammlung wie wegen ihres theoretischen Inhaltes schätzen. Sie bringt mannigfache Angaben über die Verkürzungen der Arbeitszeit, über ihre Wirkungen und Vorteile für Produktion und Arbeiter, sie sucht vor allem in die Verhältnisse der Textilindustrie und des Maschinenbaues tief einzudringen, so dass man die Schrift trotz ihrer Mängel warm empfehlen kann. Dass er sich wie jeder vorwärtstrebende junge Doktor der Staatswissenschaften in Deutschland mit Marx auseinandersetzt, ohne dessen Anregung er nie zur Stellung des Problems gekommen wäre, ist eine allgemeine Krankheitserscheinung, die für den Einzelfall kein besonderes Interesse beansprucht. Wichtiger erscheinen uns die Bemerkungen über die Arbeitszeitverkürzung im Handwerk und in Fabrik, der Nachweis, dass kürzere Arbeitszeiten eine von der Technik aufgenötigte Forderung ist. Vieles hat man schon vorher gewusst, was der Verfasser anführt, manches hat man auch besser und klarer schon gelesen, aber die Zusammenfassung des Materials, die Fülle der Einzelheiten und auch manche Schlüsse aus ihnen machen das Büchlein wertvoll. Es ist besonders Gewerkschaftsbibliotheken zum Ankauf warm zu empfehlen.

ad. br.